

# 2019

## Sicherheitsbericht



**POLIZEIDIREKTION  
GÖTTINGEN**

Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern

Organisation

Bodycams

Digitale Welt

Inspektionen

Cybercrime

Funktionsweste

Einsatzmanagement

Bürgernähe

110

Diensthundeführerstaffel

Unfallursache

Kriminalität

Zentraler Kriminaldienst

Hasskriminalität

Kommissariate

Moderne Technik

Einsatz- und Streifendienst

Transparenz

Clankriminalität

Polizeipräsident

Strafverfolgung

Stationen

Nachwuchswerbung

Leitstelle

Ablenkung im Straßenverkehr

Dokumentenprüfer

Strategie

Polizeivizepräsident

Polizeidirektion  
Göttingen

Gefahrenabwehr

Falsche Polizeibeamte

Teleskopierbarer Einsatzstock

Verkehrskontrolle

CO- Warner

Elektromobilität

Gewalt gegen Polizeibeamte

Sicherheitspartnerschaften

### Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

Sicherheit bedeutet auch Vertrauen. Denn der Wunsch nach sicheren Lebensumständen erschöpft sich nicht allein in der Abwesenheit objektiver Gefahren, sondern bezieht sich ebenso auf das ganz persönliche Sicherheitsgefühl. In einer freiheitlichen Gesellschaft wird dabei ein gewisses Maß an Unsicherheit stets bestehen bleiben. Umso wichtiger ist es jedoch, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in existenziellen Fragen der öffentlichen Sicherheit voll und ganz auf ihre Polizei verlassen können.

Mit dem Sicherheitsbericht 2019 möchten wir einen weiteren Beitrag zu diesem Vertrauen leisten. Auf den folgenden Seiten gewähren wir auf Direktions- wie auch Inspektionsebene einen unmittelbaren Einblick in unsere polizeiliche Arbeit des vergangenen Jahres.

Wir möchten Ihnen umfangreiche und alle wichtigen Informationen zur objektiven Sicherheitslage in Ihrer Region zur Verfügung stellen. Dabei gehen wir auf jene Aufgaben in besonderer Weise ein, die im Jahr 2019 Schwerpunkte unserer polizeilichen Arbeit gebildet haben. Dies betrifft beispielsweise Themen wie die Verfolgung und Prävention von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen oder die Kriminalitätsbekämpfung in der digitalen Welt. Zentrale Bereiche der Verkehrssicherheitsarbeit sind unter anderem die Bekämpfung von Hauptunfallursachen und Schwerpunktkontrollen im Bereich des Schwerlastverkehrs.

Daneben ist es uns jedoch auch wichtig, polizeiliches Handeln über statistische Angaben hinaus transparent zu machen. Unter anderem berichten wir daher aus vielfältigen Arbeitsbereichen, wie zum Beispiel der Nachwuchsgewinnung oder dem Einsatz moderner Technologien. Zudem nimmt auch die Präventionsarbeit einen wichtigen Platz ein.

Wechselseitiges Vertrauen basiert jedoch nicht allein auf Transparenz, sondern insbesondere auch auf einem guten Dialog. Besonders deutlich wird dies unter anderem bei der Sicherheit von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern, die ebenfalls thematisiert wird. In den vergangenen Jahren hat sich der Sicherheitsbericht als Teil des stetigen Austauschs zwischen Polizei, Kommunalpolitik und Medien etablieren können. Dies wollen wir fortführen, indem wir gezielt auf Schnittstellen der Zusammenarbeit eingehen und Ihre polizeilichen Ansprechpartner/-innen vorstellen.

Abschließend bleibt uns vor allem, Ihnen eine interessante und kurzweilige Lektüre zu wünschen. Eines möchten wir Ihnen dabei bereits jetzt für das Jahr 2020 garantieren: Wir werden uns auch weiterhin mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Polizeidirektion Göttingen sicher leben können.



**Gerd Lewin**  
Polizeivizepräsident

**Uwe Lührig**  
Polizeipräsident

# Inhaltsverzeichnis: Polizeidirektion Göttingen

## Organisation. Präsent vor Ort.

Die Organisation im Überblick .....	3
Aufgaben und Personal der Polizeidirektion Göttingen .....	4
Nachwuchsgewinnung und Ausbildung .....	6
Der Behördenstab - Bindeglied und Fachaufsicht .....	12
Die Abteilung 1 .....	13
Spezialisten für die digitale Welt .....	14
Die Abteilung 2 .....	16

## Einsatzbewältigung. Wir sind da und helfen.

Modernes Notruf- und Einsatzmanagement.....	23
Die Abteilung „Anton“ der Polizeidirektion Göttingen.....	26
Auf den Ernstfall vorbereitet - Vollübung „HELIX“ in Hoya.....	29
Die Diensthundeführerstaffel der Polizeidirektion Göttingen.....	30

## Kriminalitätsbekämpfung. Wir ermitteln und klären auf.

Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion Göttingen.....	38
Bekämpfung der Cyberkriminalität in der Polizeidirektion Göttingen.....	45
Erfolgreiches internationales Vorgehen gegen „xplosives.net“ .....	46
Politisch motivierte Kriminalität.....	50
Gewalt gegenüber Polizei- und Rettungskräften .....	53

## Verkehrssicherheitsarbeit. Sicher unterwegs.

Verkehrslagebild der Polizeidirektion Göttingen .....	55
Die regionale Kontrollgruppe - mit digitalem Know-how zum Erfolg.....	58
Bekämpfung der Hauptunfallursachen .....	60
Fachstrategie Verkehr.....	63

## Prävention. Wir informieren und beraten.

Präventionsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen .....	65
---	----

## Moderne Technik und Ausstattung. Wir nutzen sie.

Einsatzbegleitende Polizeitechnik - zukunftsorientiert und effektiv.....	69
Mobilität - immer schnell vor Ort .....	70
Schutz- und Einsatzausstattung .....	71

## Veranstaltungen. Im Sport dabei.

Deutsche Polizeimeisterschaften in Göttingen.....	73
---	----

## Fazit. Mit Sicherheit für Sie da.

Schlusswort des Polizeipräsidenten Uwe Lührig.....	77
--	----

# Inhaltsverzeichnis: Polizeiinspektion Hildesheim

## Organisation. Präsent vor Ort.

Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hildesheim .....	8
Die Polizeiinspektion in der Übersicht.....	18

## Einsatzbewältigung. Wir sind da und helfen.

Besondere Einsatzlagen in der Polizeiinspektion Hildesheim .....	27
Sicherheitspartnerschaften .....	31

## Kriminalitätsbekämpfung. Wir ermitteln und klären auf.

Storytelling: „Falsche Polizeibeamte“ .....	33
Prävention bei Straftaten zum Nachteil älterer Menschen.....	36
Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Hildesheim .....	42
Bekämpfung von Cybercrime in der Polizeiinspektion Hildesheim.....	48
Dokumentenprüfer .....	52

## Verkehrssicherheitsarbeit. Sicher unterwegs.

Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeiinspektion Hildesheim.....	56
--	----

## Prävention. Wir informieren und beraten.

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Hildesheim .....	67
--	----



### Liebe Leserinnen und Leser,

Ich freue mich sehr, Ihnen den bereits vierten Sicherheitsbericht der Polizeiinspektion Hildesheim und der Polizeidirektion Göttingen präsentieren zu können.

Eines möchte ich schon an dieser Stelle vorwegnehmen: Meine Zuversichtlichkeit aus dem Vorwort des letzten Sicherheitsberichtes, dass „wir gemeinsam auch zukünftig verlässlich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Landkreis Hildesheim sorgen werden“ bestätigte sich auch für das vergangene Jahr.

Nach wie vor gilt: In der Stadt und dem Landkreis Hildesheim lebt man sehr sicher!

Wir wollen auch diesmal den Sicherheitsbericht nutzen, einen Rückblick auf besondere Einsätze im Jahr 2019 zu werfen, ausgewählte Kriminalitätsphänomene darzustellen und Ihnen einige nützliche Präventionshinweise mit an die Hand zu geben.

Denn auch wenn Sie hier sicher leben können: Die Herausforderungen, welche es für uns als Polizeibeamte/-innen zu meistern gilt, sind auch im vergangenen Jahr nicht weniger geworden.

Dabei wollen wir einen Anstieg der Verkehrsunfallzahlen, -verletzten und leider auch Getöteten offen ansprechen; ich kann Ihnen aber versichern, dass auch zukünftig die Verkehrssicherheit ein Hauptaugenmerk unserer Arbeit darstellt.

Die gute Aufklärungsquote des Vorjahres konnten wir halten und insbesondere in dem Bereich der Einbruchsdiebstähle eine deutliche Reduzierung der Fallzahlen bei einer signifikanten Erhöhung der Aufklärungsquote herbeiführen. Dies ist uns durch ein Zusammenspiel von einer hohen Kontrolldichte und hervorragender Ermittlungsarbeit der verschiedenen Polizeizweige gelungen. An dieser Stelle kann ich Ihnen versprechen, dass wir mit unseren Anstrengungen auch in diesem Jahr nicht nachlassen werden.

Dies schaffen wir jedoch nur schwer allein; wir sind auf Hinweise aus der Bevölkerung und auf Kooperationspartner angewiesen. Deswegen wollen wir Ihnen auch anhand von Beispielen aus der Praxis die Wichtigkeit von Sicherheitspartnerschaften für die polizeiliche Arbeit vorstellen.

Der demographische Wandel ist vielerorts spürbar und macht auch nicht vor den Türen der Polizei halt. Um in den nächsten Jahren weiter gemeinsam so erfolgreich agieren zu können, brauchen wir natürlich ständig geeigneten polizeilichen Nachwuchs. Um diesen Nachwuchs in Zeiten des Fachkräftemangels zu gewinnen, gehen wir mittlerweile seit vielen Jahren ganz verschiedene Wege. Gern wollen wir Ihnen einen dieser Wege anhand einer jungen Fachoberschülerin veranschaulichen.

Ich wünsche Ihnen nun ganz viel Spaß beim Lesen des Sicherheitsberichtes und freue mich, dass wir Ihnen einen kleinen Einblick in unsere alltägliche Arbeit geben können.

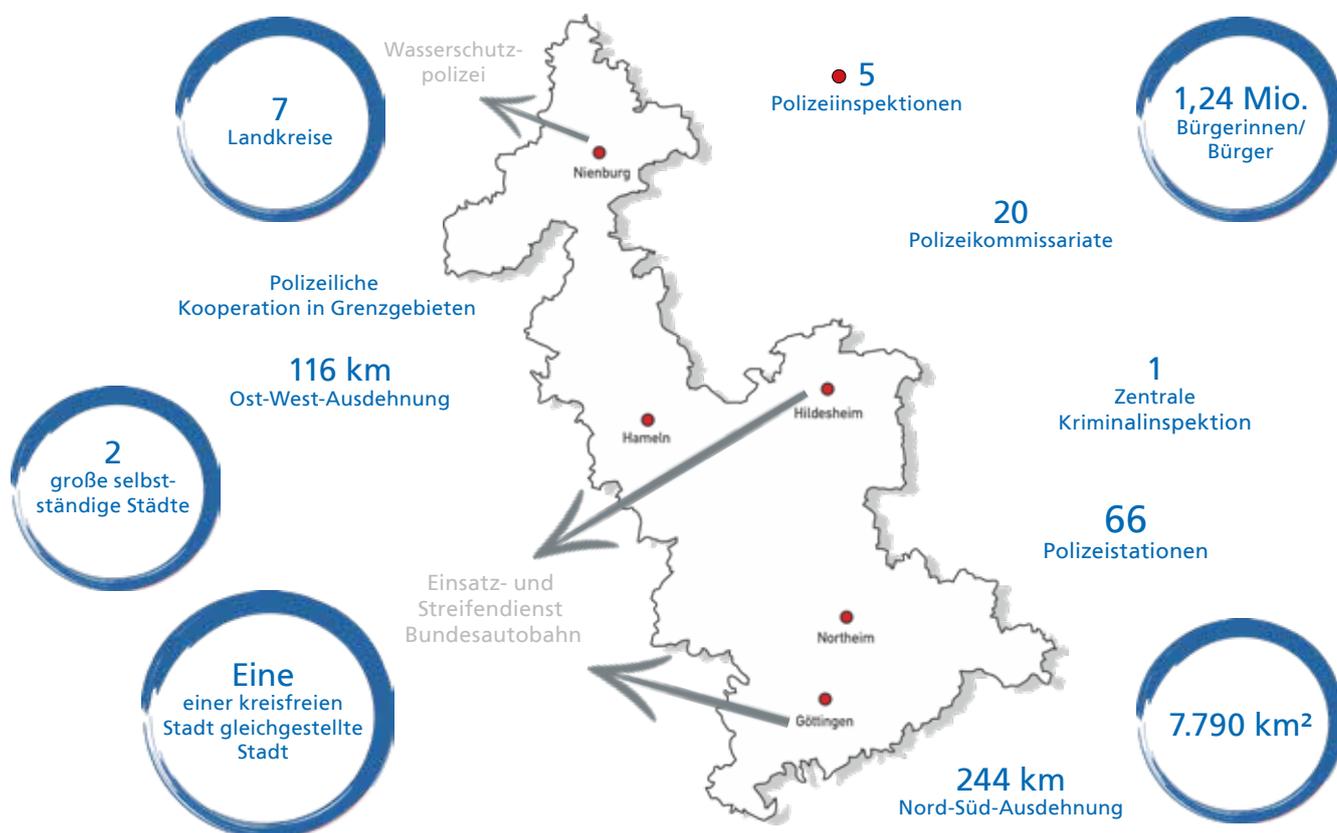
**Uwe Ippensen**  
**Leitender Polizeidirektor**  
**Leiter Polizeiinspektion Hildesheim**



**Organisation**

**Präsent vor Ort.**

# Die Organisation im Überblick



Die Polizeidirektion Göttingen ist zuständig für die Sicherheit von 1,24 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und jederzeit leistungsstark und kompetent für sie da. Von Hoya im Norden bis Hann. Münden im Süden sowie Uchte im Westen bis Walkenried im Osten betreut sie ein Gebiet von etwa 7.790 km<sup>2</sup>. Dieses umfasst sieben Landkreise, die großen selbstständigen Städte Hameln und Hildesheim sowie die Stadt Göttingen, die einer kreisfreien Stadt gleichgesetzt ist.

Der Behörde sind fünf Polizeieinspektionen sowie eine Zentrale Kriminalinspektion nachgeordnet, deren insgesamt 2.932 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an 91 Standorten ein gleichbleibend hohes Sicherheitsniveau im gesamten Direktionsbereich gewährleisten. In 27 Dienststellen sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wechselschichtdienst rund um die Uhr im Einsatz.

Dazu ist es erforderlich, regionale Unterschiede und die Bedürfnisse der Bevölkerung ebenso aufzugreifen wie aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen. Daher werden die Abläufe und Strukturen in der Polizeidirektion Göttingen fortlaufend evaluiert, um diese gegebenenfalls zu optimieren.

Ein Beispiel für diesen Grundsatz war die Anpassung polizeilicher Strukturen in Südniedersachsen zum 1. Januar 2019. Dabei wurden die polizeilichen an die kommunalen Strukturen angeglichen, wodurch die Polizeieinspektionen Göttingen und Northeim nun jeweils für das Gebiet des gleichnamigen Landkreises zuständig sind. So konnte nicht nur die Effizienz unserer Aufgabenwahrnehmung, sondern auch die Zusammenarbeit mit kommunalen Sicherheitspartnern in der Region nochmals verbessert werden.

## Flächenpräsenz und Interventionsfähigkeit

Polizeiliche Präsenz in der Fläche und die unmittelbare Reaktions- und Interventionsfähigkeit in Einsatzlagen, die ein sofortiges Eingreifen erfordern, sind entscheidende Erfolgsfaktoren polizeilicher Arbeit.

Rein rechnerisch betreut dabei jede Polizeibeamtin bzw. jeder Polizeibeamte im Vollzugsdienst 511 Bürgerinnen und Bürger (Polizeidichte).

Zudem gilt für jeden Ort in unserem Zuständigkeitsbereich: Die nächste Polizeidienststelle ist nicht mehr als 20 km entfernt. Außerdem muss jeder Einsatzort im ungünstigsten Fall in spätestens 20 Minuten zu erreichen sein.



Kompetentes und engagiertes Personal ist eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung polizeilicher Kernaufgaben. Im Jahr 2019 hatte die Polizeidirektion Göttingen etwa 5,5 Millionen Personalstunden zur Verfügung, welche für die Leistung von insgesamt 2.932 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stehen.

Die Aufklärung von Straftaten und die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten bilden wichtige Arbeitsschwerpunkte. Zudem kommt Bereichen wie der Kriminal- und Verkehrsprävention, der Verkehrssicherheitsarbeit sowie der Einsatzbewältigung aus besonderem Anlass, wie beispielsweise bei Demonstrationen oder Veranstaltungen, große Bedeutung zu.

Darüber hinaus fordert auch die rechtzeitige Abwehr von Gefahren jeder Art, wie z.B. die Beseitigung von Gefahrenstellen oder die Suche nach Vermissten oder hilflosen Personen, oftmals ein sofortiges und entschlossenes Handeln.

**4.603** ausgelöste Alarme

**34.185** geführte elektronische Kriminalakten

**3.938** Hilfeleistungen (hilflose Personen und Suizidversuche)

**8.229** Maßnahmen im Zusammenhang mit Streitigkeiten/ Ruhestörungen

**1.744** erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen

**1.723** Such- und Fahndungsmaßnahmen (in Verbindung mit Vermisstenanzeigen und Abgängigen)

**14.888** Beseitigung von Gefahrenstellen im öffentlichen Bereich

**71.553** bearbeitete Strafanzeigen

**4.140** Fundsachen

**730** Brandermittlungen

**1.045** bearbeitete Haftbefehle/ Vorführungen

**3.226** bearbeitete Ordnungswidrigkeiten

**2.463** Todesursachenermittlungen

**34.462** bearbeitete Verkehrsunfälle



Unsere Aufgaben in Zahlen

# Aufgaben und Personal der Polizeidirektion Göttingen

## Fachexpertise als Schlüssel zum Erfolg

Gesellschaftliche Veränderungen wirken sich stets auch auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden aus. Angesichts rasanter Entwicklungen wie der Globalisierung und Digitalisierung steht die Polizei immer wieder vor neuen und komplexen Herausforderungen, auf die es angemessen zu reagieren gilt.

Die Polizeidirektion Göttingen setzt dabei in allen Bereichen auf hochqualifiziertes Personal, das auf ein umfangreiches Expertenwissen und eine oftmals langjährige Praxiserfahrung zurückgreifen kann.

Neben einer Vielzahl von Specialistinnen und Spezialisten aus den Reihen der Polizei, beschäftigt die Behörde dabei zunehmend auch Fachkräfte mit einem externen Ausbildungshintergrund. Dazu zählen unter anderem 42 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einem Hochschulabschluss, die in so unterschiedlichen Fachbereichen wie der Bekämpfung von Cyberkriminalität, dem polizeilichen Staatsschutz oder der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt sind.



**Auch im Jahr 2020 sind Einstellungen externer Fachkräfte vorgesehen.**

**Aktuelle Stellenangebote der Polizeidirektion Göttingen finden Sie unter:**

[www.pd-goe.polizei-nds.de/beruf\\_karriere/](http://www.pd-goe.polizei-nds.de/beruf_karriere/)





**FLUCHTWAGEN GESTOPPT,  
SCHULWEG GESICHERT.**

**und deintag?**

**BEWIRB DICH JETZT** bei der Polizei Niedersachsen (mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

**polizei-studium.de**  
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Junge Menschen für den Polizeiberuf zu gewinnen, ist für das Personalmanagement der Polizeidirektion Göttingen ein entscheidendes Ziel. Steigende Pensionierungszahlen werden dabei auch künftig zu einem hohen Bedarf an polizeilichem Nachwuchs und einer Verjüngung in vielen Dienstbereichen führen. In dieser Entwicklung liegt sowohl für Bewerberinnen und Bewerber als auch für unsere Organisation eine große Chance.

Nur wenige Berufszweige verfügen über ein ähnliches Ansehen und Vertrauen in der Bevölkerung wie der Polizeiberuf. Vielfältige Arbeitsbereiche eröffnen je nach persönlichen Kenntnissen und Interessen eine große Zahl verantwortungsvoller Tätigkeiten. Zudem tragen die Teilhabe an einer starken Gemeinschaft und ein dauerhaft sicherer Arbeitsplatz zur Attraktivität der Polizei als Arbeitgeber bei.

Dies zeigt sich auch in den konstant hohen Einstellungszahlen. Im Jahr 2019 konnten wir in der Polizeidirektion Göttingen bei 727 Bewerbungen insgesamt 163 Polizeianwärterinnen und –anwärter einstellen, die ihren Dienst nach dem Polizeistudium in allen Teilen unseres Zuständigkeitsbereichs versehen werden. Dabei steht der Weg zur Polizei sowohl Schulabsolventinnen und –absolventen mit einer Hochschulzugangsberechtigung (z.B. Abitur) als auch solchen mit einem sogenannten Sekundarabschluss II (z.B. Real- oder Oberschulabschluss) oder vergleichbarer Schulbildung offen. Letzteren Weg über den vorherigen Besuch der Fachoberschule „Wirtschaft und Verwaltung“ mit dem Schwerpunkt Polizei haben im Jahr 2019 bei 120 Bewerbungen insgesamt 17 neue Schülerinnen und Schüler angetreten.

Im Mittelpunkt eines zukunftsorientierten Personalmanagements stehen aus unserer Sicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Flexible Arbeitszeitmodelle sowie berufliche Gesundheitsangebote sind dabei nur zwei Beispiele für diesen Grundsatz. Als Arbeitgeber, der mit dem Zertifikat „audit berufundfamilie“ ausgezeichnet ist, legen wir zudem ein besonderes Augenmerk auf die Unterstützung von Eltern und Mitarbeitern/-innen mit pflegebedürftigen Angehörigen.



### Ihre Ansprechpartnerinnen:

**Gesa Hujahn:** Tel.: 0551 / 491 - 1314

**Carmen Kauschke:** Tel.: 0551 / 491 - 1326

[nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de](mailto:nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de)

[www.polizei-studium.de](http://www.polizei-studium.de)

163 Neueinstellungen 2019

<http://www.polizei-studium.de/>

## Nienburg

Polizeiakademie  
Niedersachsen

## Hannover

Fachoberschule für  
Wirtschaft und  
Verwaltung

## Braunschweig

Fachoberschule für  
Wirtschaft und  
Verwaltung

## Northeim

Fachoberschule für  
Wirtschaft und  
Verwaltung

## Holzminden\*

Berufsbildende Schule  
mit Fachoberschulbereich  
Wirtschaft und Verwaltung

## Hann. Münden

Polizeiakademie  
Niedersachsen

Fachoberschule für  
Wirtschaft und  
Verwaltung

\* seit dem Jahr 2019

# Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hildesheim



Die erste Ansprechpartnerin für die Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hildesheim ist Polizeioberkommissarin Julia Schwertfeger aus dem Sachbereich Aus- und Fortbildung (AuF). Sie koordiniert das „Team Nachwuchsgewinnung“, das sich unter anderem aus Ansprechpartnerinnen und –partnern aller Dienststellen der Polizeiinspektion Hildesheim zusammensetzt. Gemeinsam mit den zusätzlichen Studienberaterinnen und –beratern informiert das Team am Inspektionsstandort und in den Polizeikommissariaten zum Thema Berufseinstieg.

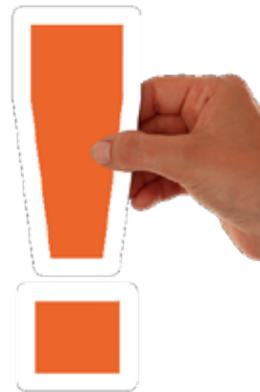
Im Jahr 2019 war die Polizeiinspektion Hildesheim zudem auf insgesamt 23 Veranstaltungen zum Thema Nachwuchswerbung vertreten – und stieß dabei oftmals auf großes Interesse.



## Ihr Kontakt zur Polizeiinspektion Hildesheim

**POK'in Julia Schwertfeger**

[auf@pi-hi.polizei.niedersachsen.de](mailto:auf@pi-hi.polizei.niedersachsen.de)  
Tel.: 05121 / 939-105



### Geplante/begleitete Veranstaltungen 2020

- bis 06/2020 Absage aller Veranstaltungen aufgrund der Pandemie
- 09/2020 Nacht der Bewerber 2020 Hildesheim
- 10/2020 Vocatium Hildesheim 2020 Fachmesse Ausbildung + Studium



Angeichts der aktuellen Situation infolge der Covid-19 Pandemie bitten wir um Verständnis bei kurzfristigen Änderungen.

Luna Frömling ist 17 Jahre alt und kommt aus Elze.

Momentan macht sie ihr Fachabitur an der Hannah-Arendt-Schule in Hannover, wozu auch ein einjähriges Praktikum in der Polizeiinspektion Hildesheim gehört.

Danach möchte sie das Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen antreten.



**Nach dem Realschulabschluss hattest Du unterschiedliche Möglichkeiten für den Einstieg in das Berufsleben.**

**Warum hast Du Dich letztendlich für den Polizeiberuf entschieden?**

Ich habe mich für den Polizeiberuf entschieden, weil ich mir nichts Anderes vorstellen konnte und kann! Der Wunsch dazu bestand schon mehrere Jahre. Auch Praktika in anderen Tätigkeitsfeldern änderten daran nichts.

Mich faszinierten vor allen die Teamarbeit und die Vielseitigkeit des Berufs. Darin bestärkte mich unter anderem auch ein Schülerpraktikum in einem Polizeikommissariat. Nun möchte ich möglichst schnell weitere praktische Erfahrungen sammeln. Der Ausbildungsweg über die Fachoberschule mit einem einjährigen Praktikum zu kombinieren, bietet mir genau diese Gelegenheit.

**Hast Du Dich bereits im Vorfeld über den Polizeiberuf informiert? Wenn ja, auf welchem Weg?**

Abgesehen von den Erfahrungen aus meinem Schülerpraktikum erhielt ich weitere Informationen hauptsächlich aus dem Internet. Einerseits nutzte ich dafür die Homepage der Polizei Niedersachsen, auf der ich viele wichtige Auskünfte erhielt. Zudem habe ich mir Forenbeiträge von Studierenden der Polizeiakademie durchgelesen. Auch Gespräche mit Polizeibeamten aus dem Bekanntenkreis haben mir weitergeholfen.

**Bevor Du die Ausbildung an der Fachoberschule beginnen konntest, galt es, einen Eignungstest zu bestehen. Wie hast Du Dich darauf vorbereitet?**

Mit der Einladung der Polizeiakademie erhielt ich auch Angaben zum Ablauf des Eignungstests. Für den theoretischen Teil habe ich mir ein spezielles Buch zur Vorbereitung zugelegt und die enthaltenen Testbögen mehrfach bearbeitet.

Auf den Sporttest habe ich mich mit einem intensiven Lauftraining und Schwimmeinheiten vorbereitet.

Für das strukturierte Interview habe ich mich zudem genauer mit den Inhalten des Studiums an der Polizeiakademie befasst.

Auf Fragen zu bestimmten Lebenssituationen oder der Art „Wie würdest Du Dich verhalten, wenn...“ habe ich mich nicht weiter vorbereitet. Ich bin als „Ich selbst“ in das Gespräch gegangen und habe versucht, ehrlich und spontan zu antworten. Aus meiner Erfahrung hat sich dies auch als Vorteil herausgestellt. Die zeitintensive Vorbereitung hat sich jedoch in jedem Fall gelohnt.

**Im Mittelpunkt der 11. Klasse an der Fachoberschule steht ein Praktikum, in dem Du die Polizeiarbeit zum ersten Mal hautnah miterleben kannst. Welche Bereiche lernst Du dabei kennen?**

Im ersten Halbjahr der 11. Klasse durfte ich mehrere Monate im Einsatz- und Streifendienst (ESD) der Polizeiinspektion Hildesheim verbringen. Dabei habe ich einige Male auch die spezialisierte Tatortgruppe begleitet.

Seit Ende 2019 bin ich im Zentralen Kriminaldienstes (ZKD). Zunächst wurde ich im Fachkommissariat 2 angeleitet, das sich unter anderem mit Eigentumsdelikten und Betäubungsmittelkriminalität befasst.

Im Januar 2020 wechselte ich in das Fachkommissariat 1 und lerne die Ermittlungsarbeit zu Delikten am Menschen, z.B. gegen Leib und Leben, kennen.



### **Gibt es ein Erlebnis aus Deinem Praktikum, das Dir ganz besonders in Erinnerung geblieben ist?**

Zum einen gibt es natürlich Einsätze und Erlebnisse, die mich bereits jetzt geprägt haben. Zum anderen ist es jedoch vor allem der tolle Umgang mit meinen „Kollegen“, die mir nie das Gefühl geben, ihnen zur Last zu fallen.

Ich wurde sehr herzlich aufgenommen und im Rahmen der Möglichkeiten in die Arbeit integriert. Alle meine Fragen werden schnellst- und bestmöglich beantwortet. So habe ich das, was mir in sehr guter Erinnerung bleiben wird.

### **Wenn alles nach Plan verläuft, wirst Du in Kürze das Studium an der Polizeiakademie aufnehmen – und damit den nächsten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Polizeibeamtin gehen. Freust Du Dich auf das Studium und was erhoffst Du Dir davon?**

Natürlich freue ich mich schon sehr auf den Beginn des Studiums, das es mir ermöglichen kann, in meinem Traumberuf zu arbeiten.

Ich stelle aber auch fest, dass jeder Schritt meines Ausbildungswegs sehr wichtig ist. Daher nutze ich alle Angebote meines Praktikums in der Polizeiinspektion Hildesheim. So versuche ich, wertvolle Erfahrungen zu sammeln, die mir sicherlich auch im Studium weiterhelfen, und die Fachoberschule mit einem guten Zeugnis abzuschließen.

Vom Studium selbst erhoffe ich mir natürlich, dass es mich gut vorbereitet in den Polizeidienst entlässt.



### **Inzwischen hast Du in der Theorie und in der Praxis bereits erste Erfahrungen damit gemacht, was es bedeutet, Polizistin zu sein. Woran bist Du besonders gewachsen und hat sich Dein Blick auf den Beruf dadurch verändert?**

Meine Erfahrungen haben mich in vielerlei Hinsicht beeinflusst und positiv verändert. In einigen Situationen im ESD und bei der Tatortgruppe musste ich bisherige Grenzen überschreiten – und steckte mir so neue ab. Diese Erlebnisse ließen mich reifer, erwachsener und belastbarer werden.

Ich konnte Einblicke in die einzelnen Schritte und rechtlichen Vorschriften der Arbeitsabläufe im Ermittlungsbereich gewinnen.

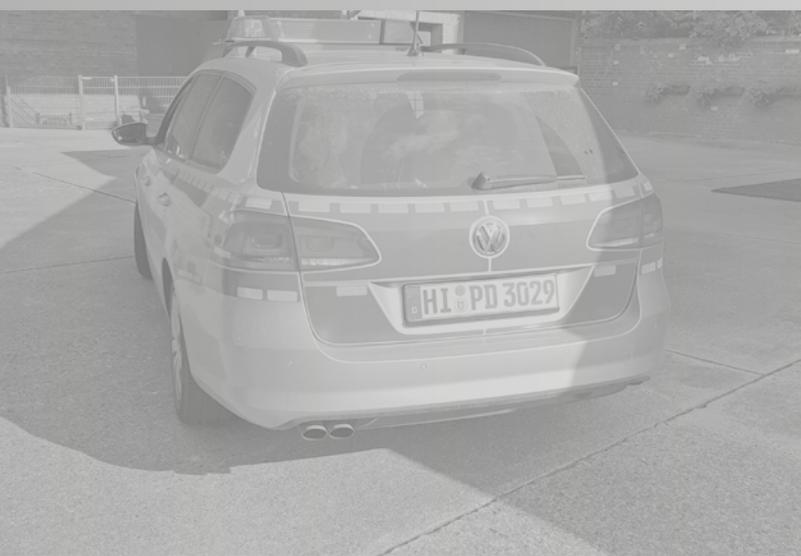
Zusammenfassend kann ich ganz klar sagen, dass die bisherigen Erfahrungen meine Erwartungen übertroffen und meinen Berufswunsch weiter gestärkt haben.

### **Wenn Du an Deine Zukunft bei der Polizei denkst: Welche Tätigkeitsbereiche faszinieren Dich und welchen Herausforderungen möchtest Du Dich später besonders gern stellen?**

Da ich bisher nur einige Bereiche der Polizei kennenlernen durfte, ist diese Frage zum jetzigen Zeitpunkt nur schwierig zu beantworten. Ich konnte aber bereits feststellen, dass jeder Arbeitsbereich seinen Reiz und viele faszinierende Facetten hat.

Die Zeit im ESD war geprägt vom täglichen Umgang mit verschiedenen Situationen und den unterschiedlichsten Menschen. Dadurch war die Arbeit sehr abwechslungsreich.

Im ZKD lerne ich, wie ich Anzeigen aufnehme, Sachverhalte bearbeite und Durchsuchungen und Vernehmungen vornehme. Auch das ist sehr spannend. Daher möchte ich mich grundsätzlich allen Herausforderungen stellen, die mich in diesem Beruf erwarten.





**POLIZEI**  
NIEDERSACHSEN

**FLUCHTWAGEN GESTOPPT,  
SCHULWEG GESICHERT.**

**und deintag?**

**BEWIRB DICH JETZT** bei der Polizei Niedersachsen (mit Abitur oder Realschulabschluss) und sichere Dir Deine Chance auf eine spannende und abwechslungsreiche Zukunft!

**polizei-studium.de**  
@POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

## Der Behördenstab – Bindeglied und Fachaufsicht

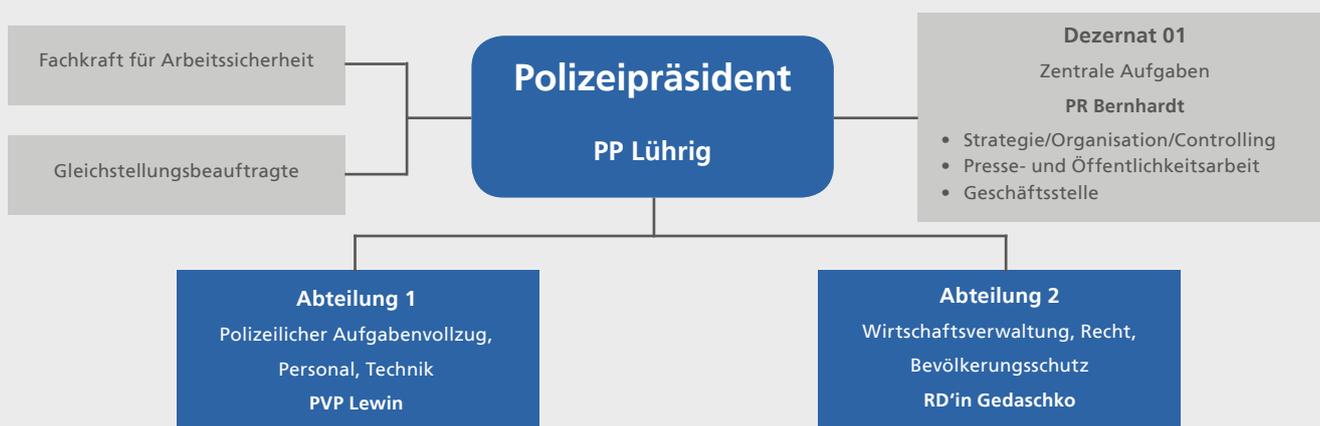
Im Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen werden alle Aufgaben und Themenfelder bearbeitet, die alle nachgeordneten Polizeiinspektionen betreffen oder von behördenübergreifender Bedeutung sind. Dabei übernimmt er Koordinierungsfunktionen und unterstützt die Inspektionen auf fachlicher Ebene bei der Aufgabenwahrnehmung. Zudem zählt es zu seinen Aufgaben, aktuelle Entwicklungen zu erkennen und die nötigen Prozesse anzustoßen, um die Zukunftsfähigkeit der Organisation zu gewährleisten.

Der Stab umfasst zwei Abteilungen, wobei die Leitung der Abteilung 1 dem Polizeivizepräsidenten obliegt. Das Dezernat 01 ist der Behördenleitung direkt angegliedert. Neben der Geschäftsstelle der Behörde sind hier unter anderem auch die Bereiche Strategie und Controlling, Prozessmanagement sowie der „Interkulturelle Dialog“ angebunden.

Im Behördenstab sind insgesamt 282 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Neben den originären Stabsaufgaben sind seinen Dezernaten auch Bereiche wie das Diensthundeführerwesen und die Lage- und Führungszentralen (LFZ) in Göttingen und Hameln zugeordnet.

Darüber hinaus fungiert der Behördenstab als Bindeglied zwischen den Polizeiinspektionen und dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport. Beispielsweise werden ministerielle Erlasse hier als Verfügungen auf Behördenebene umgesetzt.

Zudem berät der Stab die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben, wobei er in einigen Bereichen, wie z.B. dem Waffenrecht, eine gesetzlich übertragene Fachaufsicht ausübt.



### Polizeipräsident Uwe Lührig

- Präsident der Polizeidirektion Göttingen seit April 2015
- Eintritt in die Polizei im Jahr 1977
- Vorherige Aufgaben  
Präsident der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen und Landespolizeidirektor im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport
- Geburtsjahr: 1957
- Verheiratet, zwei Kinder, wohnhaft in Hildesheim



# Die Abteilung 1



Ein Großteil des Behördenstabs ist mit 252 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung 1 organisiert. Polizeivizepräsident Gerd Lewin leitet die Abteilung und ist zugleich ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten.

Die Abteilung 1 umfasst insgesamt vier Dezernate. Dabei gilt für das Dezernat 12 die Besonderheit, dass hier neben der Stabsarbeit auch operative Aufgaben wahrgenommen werden. Denn sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lage- und Führungszentrale in Göttingen sowie der kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland in Hameln als auch die Diensthundführergruppen sind diesem zugeordnet.

Zudem ist in der Polizeidirektion Göttingen Niedersachsens dienstälteste Präventionspuppenbühne angesiedelt. Bereits seit dem Jahr 1978 ist das Puppenspiel in Göttingen fester Bestandteil der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsprävention. Inzwischen gehört die Puppenbühne mit ihren beiden Standorten in Göttingen und Hildesheim zum Dezernat 11.

## Personalwechsel im Jahr 2020

Zu Beginn des Jahres 2020 kam es in der Besetzung der Führungspositionen in den Dezernaten der Abteilung 1 zu einigen Veränderungen.

Mit März 2020 hat Polizeioberärztin Maren Jäschke die Leitung des Dezernats 12 übernommen, die zuvor Leiterin des Dezernats 01 der Behörde war. Ihre Nachfolge als Dezernatsleiter hat Polizeirat Christian Bernhardt angetreten, der zuvor Leiter der Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen war. Nachfolger ist hier Polizeioberarzt Martin Schiersching, der damit die Leitung des Dezernats 14 abgibt. Hier hat der Erste Polizeihauptkommissar Frank Janotta die Leitung vorübergehend übernommen. Bereits zuvor war er in stellvertretender Funktion tätig.

### Polizeivizepräsident Gerd Lewin

- Vizepräsident der Polizeidirektion Göttingen seit September 2019
- Eintritt in die Polizei im Jahr 1980
- zuvor unterschiedliche leitende Funktionen in der Polizeidirektion Hannover, z.B. als Leiter der Polizeiinspektion Ost, sowie zwischen 2016 und 2019 als Leiter des Referats 24 – Einsatz und Verkehr im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport
- Geburtsjahr: 1960
- Verheiratet, ein Kind, wohnhaft in Hann. Münden



## Spezialisten für die digitale Welt

Auch die polizeiliche Ermittlungsarbeit wird inzwischen zunehmend durch den digitalen Wandel geprägt. Denn für die Aufklärung und Beweisführung im Zusammenhang mit Straftaten wird es immer bedeutender, die entscheidende digitale Spur zu finden und auszuwerten.

Die Polizeidirektion Göttingen trägt dieser Entwicklung auf unterschiedliche Weise Rechnung. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Zusammenarbeit mit der Hochschule Mittweida in Sachsen.



### Angewandte Wissenschaft unterstützt die Ermittlungsarbeit

Seit März 2019 besteht zwischen der Polizeidirektion Göttingen und der Hochschule Mittweida in Sachsen ein strategischer Verbund mit praktischem Nutzen. Die Suche, Sicherung und Auswertung elektronischer Beweismittel ist nicht nur aufwendig, sondern erfordert große fachliche Expertise, stetige Weiterbildung sowie immer wieder neue Methoden und Technologien. Aspekte wie die dynamische Entwicklung beim Smartphone, die zunehmende Vernetzung von Haus und Mobilität, die Digitalisierung der Industrie, steigende Datenmengen und komplexere Informationstechnik stellen die Polizeiarbeit vor Herausforderungen.

Gerade im Bereich der forensischen Methoden kann digitale Technologie die Polizeiarbeit jedoch auch erheblich unterstützen. So verfügt die Hochschule Mittweida beispielsweise über anerkannte Fähigkeiten in den Bereichen der digitalen Nachbildung von Tatorten, Simulation von Tatabläufen und der Gesichtsteilrekonstruktion. Gerade bei der Arbeit an bisher nicht aufgeklärten Altmordfällen („Cold Cases“), können diese Methoden einen wesentlichen Beitrag leisten.

Als moderne Behörde möchte die Polizeidirektion Göttingen sowohl den gestiegenen Anforderungen der Digitalisierung begegnen als auch deren Potenziale ausschöpfen.

Die Kooperation mit der Hochschule Mittweida beinhaltet daher ebenso den gegenseitigen Austausch und Wissenstransfer wie die Beratung bzw. Erstellung von Gutachten in konkreten Fällen. Zudem trägt die Polizeidirektion Göttingen auf diesem Wege kriminalistische Problemstellungen und Praxisanforderun-

gen an die Forschung heran, um gemeinsam neue Technologien sowie IT-gestützte Verfahren und Ermittlungsmethoden zu deren Lösung zu entwickeln.

Bereits nach wenigen Monaten zeichnet sich dabei ein spürbarer Gewinn für die Polizei ab. Die Zusammenarbeit mit Herrn Prof. Dr. rer. nat. Dirk Labudde der Fakultät „Angewandte Computer- und Biowissenschaften, (Bio-)Informatik und Forensik“ führt nicht nur zu neuen Herangehensweisen bei der Ermittlungsarbeit, sondern hilft auch eigene Kompetenzen auszubauen. Im Gegenzug profitiert die Forschung von der Möglichkeit, wissenschaftliche Methoden und Neuentwicklungen in der „Feldumgebung“ zu testen. Dabei sind bereits jetzt genügend Ideen, Anwendungsbereiche und Neugier vorhanden, um den Weg der polizeilich-wissenschaftlichen Kooperation fortzusetzen.



# Spezialisten für die digitale Welt

## IT-Spezialisten im Einsatz

Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung leisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche auf ein Informatikstudium oder einen gleichwertigen akademischen Abschluss zurückgreifen können, einen wichtigen Beitrag zur Polizeiarbeit.

Sieben der neun Stellen für IT-Spezialisten sind aktuell besetzt, so dass ein flächendeckender Einsatz gewährleistet ist. Zu Ihren Aufgaben zählen unter anderem die Analyse und Verarbeitung von Massendaten sowie die technische Unterstützung umfangreicher Ermittlungsverfahren oder im Zusammenhang mit Cyberdelikten.

Darunter fallen beispielsweise:

- die Auswertung von (verschlüsselten) Daten aus sozialen Medien wie Facebook oder Instagram,
- die Auswertung und Analyse im Bereich Smart Home und Smart Car,
- die Auswertung von Domaindaten,
- die Entwicklung ermittlungsbegleitender Software oder von Anwendungen für selbstständige Webrecherchen,
- die Erstellung sogenannter „Heatmaps“ zur Visualisierung großer Datenmengen,
- die Unterstützung von Ermittlungen im Zusammenhang mit Kryptowährungen sowie im Darknet bzw. Deep Web,
- die Abfrage von Bestandsdaten und die Analyse bestehender Prozesse bei der Verarbeitung digitaler Daten,
- die Programmierung von Workflows in KNIME (Software für Datenanalyse)
- die Weitergabe von Entwicklungen und Tools für andere Dienststellen



### IT-Spezialist Marc Krüger

„Mein Name ist Marc Krüger. Seit dem 01.04.2019 arbeite ich als IT-Spezialist bei der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden. Davor habe ich bereits in einer anderen Dienststelle innerhalb der Polizeidirektion Göttingen Einblicke in die Polizeiarbeit gewinnen können.“

Als Diplom-Wirtschaftsinformatiker (FH), Master of Science Praktische Informatik und neuerdings auch Master of Engineering in IT-Sicherheit und Forensik, unterstütze ich mit meinem informationstechnischen Fachwissen die Kollegen/-innen im Bereich der Ermittlungsarbeit.

Zusätzlich zu diesen Aufgaben erarbeite ich Software und Auswertelösungen für das LKA Niedersachsen.“





Die Abteilung 2 der Polizeidirektion Göttingen gliedert sich in die Dezernate 21, 22 und 23 und wird von Regierungsdirektorin Karin Gedaschko geleitet, die im Dezember 2019 die Nachfolge von Dr. Martina Oelkers angetreten hat.

### Karin Gedaschko, Abteilungsleiterin 2

- Abteilungsleiterin 2 der Polizeidirektion Göttingen seit Dezember 2019
- seit 1998 im Bereich der Polizei tätig
- vorherige Aufgaben u.a.: Leitung des Rechtsdezernats der Polizeidirektion Lüneburg (2006-2016), Leitung des Rechtsdezernats und der Versammlungsbehörde der Polizeidirektion Hannover (2016-2019)
- Geburtsjahr: 1961
- verheiratet, zwei erwachsene Kinder aus erster Ehe
- lebt in Göttingen, Buchholz, Nordheide und Wien

### Rechtsangelegenheiten

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernates 22 bearbeiten die rechtlichen Angelegenheiten der Polizeidirektion Göttingen. Dazu gehört die Abwicklung sämtlicher Schadensangelegenheiten, die auf Ausgleich von Schäden für und gegen die Polizei im Direktionsbezirk gerichtet sind. Im Bereich der Gefahrenabwehr werden vorwiegend die Gerichtsverfahren geführt, die aus gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen der Beamten vor Ort resultieren. Auch werden hier die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger auf Auskunft über die Speicherung ihrer personenbezogenen Daten in den polizeilichen Datensystemen beantwortet.

In den Bereichen Waffen- und Versammlungsrecht übt das Dezernat 22 die Fachaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Waffen- und Versammlungsbehörde aus. Im Jahr 2019 lag ein besonderer Schwerpunkt der Zusammenarbeit im Vorgehen gegen extremistische Straftäter, z.B. in Form von Waffenbesitzverboten.

Unter bestimmten Voraussetzungen können auch Bürgerinnen und Bürger die Dienste des Dezernats 22 in Anspruch nehmen. Denn zu seinen Aufgaben zählt auch die Beglaubigung von Urkunden und Dokumenten, welche durch Kommunen im Zuständigkeitsbereich der Behörde ausgestellt wurden und im Ausland Verwendung finden sollen.

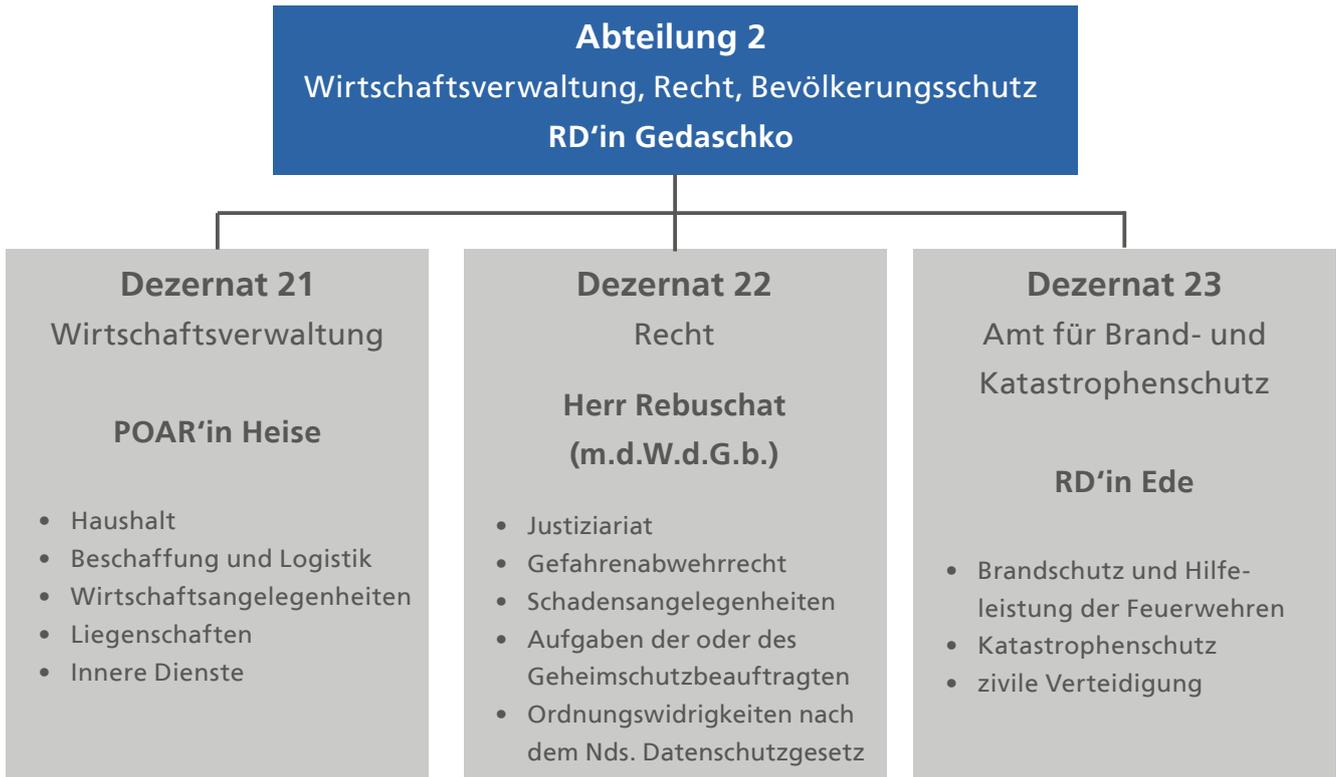
### Wirtschaftsverwaltung

Dem Dezernat 21 obliegt die Wirtschaftsverwaltung und Finanzsteuerung innerhalb der Polizeidirektion Göttingen.

Im Jahr 2019 stand der Behörde dabei ohne Personalkosten ein Budget von 11,53 Millionen Euro zur Verfügung.

Zu diesen Aufgaben zählt auch die Instandhaltung und Verwaltung der Liegenschaften, wie im Jahr 2019 zum Beispiel die Suche nach neuen Räumlichkeiten für die Innenstadtwache in Göttingen.





## Das Amt für Brand und Katastrophenschutz

Das Amt für Brand- und Katastrophenschutz (AfBK) der Polizeidirektion Göttingen bearbeitet zum Beispiel gesetzlich übertragene Aufgaben des betrieblichen Brandschutzes, der Anerkennung und Kontrolle von Werkfeuerwehren und in Teilen der Aufsicht von Gemeinden mit Berufsfeuerwehren.

Zudem gehören die Aus- und Fortbildung von Brandschutzprüfern/-innen sowie gutachterliche Stellungnahmen im Bereich der Brandschutztechnik zum Aufgabenbereich des AfBK.

Darüber hinaus betreut das Amt für Brand- und Katastrophenschutz in der Polizeidirektion Göttingen im Rahmen der Fachaufsicht auch die Katastrophenschutzbehörden. Unter anderem koordiniert es den behördenübergreifenden Katastrophenschutz bei der Ausbildung und bewirtschaftet die Haushaltsmittel für den Katastrophen- und Zivilschutz von Land und Bund. Im Katastrophenfall koordiniert das Amt für Brand- und Katastrophenschutz die überörtliche Hilfe, d.h. es stellt Hilfeleistungen bereit, wenn die kommunale Nachbarschaftshilfe nicht mehr ausreicht.

Zudem übernimmt es in diesen Fällen unter Beteiligung von Fachberatern/-innen (Veterinären, Wasserbauingenieuren, etc.) strategische, logistische und kommunikationsbezogene Aufgaben.

Seit Beginn des Jahres 2019 plant das Niedersächsische Innenministerium eine umfassende Reorganisation des staatlichen Brand- und Katastrophenschutzes Niedersachsens. Im Rahmen der Reform soll

- die gesamte Verwaltung in diesem Bereich in einem zentralen Landesamt konzentriert werden und
- die Aufgabenteilung zwischen ministerieller und nachgeordneter Ebene neu geordnet werden.

Im Rahmen der geplanten Organisationsänderung sollen unter anderem die sechs Ämter für Brand- und Katastrophenschutz aus den Polizeidirektionen herausgelöst und mit Aufgaben und Personal in das neue Landesamt mit den Standorten Celle und Loy überführt werden.

Ziel des Vorhabens ist ein effektiver Umgang mit aktuellen Herausforderungen welche sich zum Beispiel durch veränderte Lagebilder, einen gestiegenen planerisch-konzeptionellen Aufwand (z.B. beim Schutz kritischer Infrastrukturen oder in der zivilen Verteidigung) und im Bereich der Sicherstellung eines flächendeckenden Brandschutzes ergeben. Die neue Organisationsstruktur soll zum 01. Januar 2021 umgesetzt werden.

## Die Polizeiinspektion Hildesheim in der Übersicht

Die Polizeiinspektion Hildesheim betreut polizeilich die Stadt und den Landkreis Hildesheim mit einer Gesamtfläche von ca. 1.206 km<sup>2</sup> und ca. 276.600 Einwohnerinnen und Einwohnern. Davon leben etwa 100.000 im Stadtgebiet.

Neben dem Hauptsitz in der Schützenwiese in der Stadt Hildesheim ist die Polizeiinspektion an vier Standorten mit Polizeikommissariaten („Rund-um-die-Uhr-Dienst“) und 14 nachgeordneten Polizeistationen im Landkreis Hildesheim vertreten.

Unter der Leitung des Leitenden Polizeidirektors Uwe Ippensen sind in der Polizeiinspektion Hildesheim aktuell 537 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Davon sind 460 Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte.

Der Zentrale Kriminaldienst (ZKD) der Polizeiinspektion Hildesheim wird von Kriminaldirektorin Birgit Thieme geleitet. Er besteht aus sieben Fachkommissariaten, die jeweils unterschiedliche Deliktsbereiche bearbeiten, der Analysestelle sowie der Fahndungsgruppe.

Hauptverantwortlich für das Einsatzgeschehen in Stadt und Landkreis Hildesheim ist Polizeidirektor Peter Girschik. Ihm unterstehen unmittelbar die Einsatz- und Streifendienste der Stadt Hildesheim (einschl. Innenstadtwatche) und der Autobahn, die Verfügungseinheit, die Sachbereiche Verkehr und Allgemeine Gefahrenabwehr/Umweltschutz sowie der Fachbereich Führungs- und Einsatzmittel.

Zur Leitung der Inspektion gehören ferner die Bereiche Personal-/Disziplinarwesen, Aus- und Fortbildung (einschl. Systemisches Einsatztraining), Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Präventionsteam sowie die Wirtschaftsverwaltung.

Auch online ist die PI Hildesheim erreichbar und stellt unter: [www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi\\_hildesheim/](http://www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi_hildesheim/) weitere Informationen zur Verfügung.



Die Polizeiinspektion Hildesheim in den sozialen Netzwerken:

Twitter-Account: @Polizei\_HI



# Die Polizeiinspektion Hildesheim in der Übersicht



## Einsatzkoordination bei der Polizeiinspektion Hildesheim

Die Einsatzkoordinatorinnen und –koordinatoren der Polizeiinspektion Hildesheim sind mit der wichtigen Aufgabe betraut, jederzeit die reibungslose Bearbeitung von Einsätzen zu gewährleisten.

Seit November 2015 übernehmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionalleitstelle in Hameln die Bearbeitung von Notrufen aus der Stadt und dem Landkreis Hildesheim. Diese war bereits zuvor für das Notruf- und Einsatzmanagement der Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holzwinden und Nienburg/Schaumburg zuständig. Damit wurde die langjährige Leitstelle „Hilde“ abgelöst.

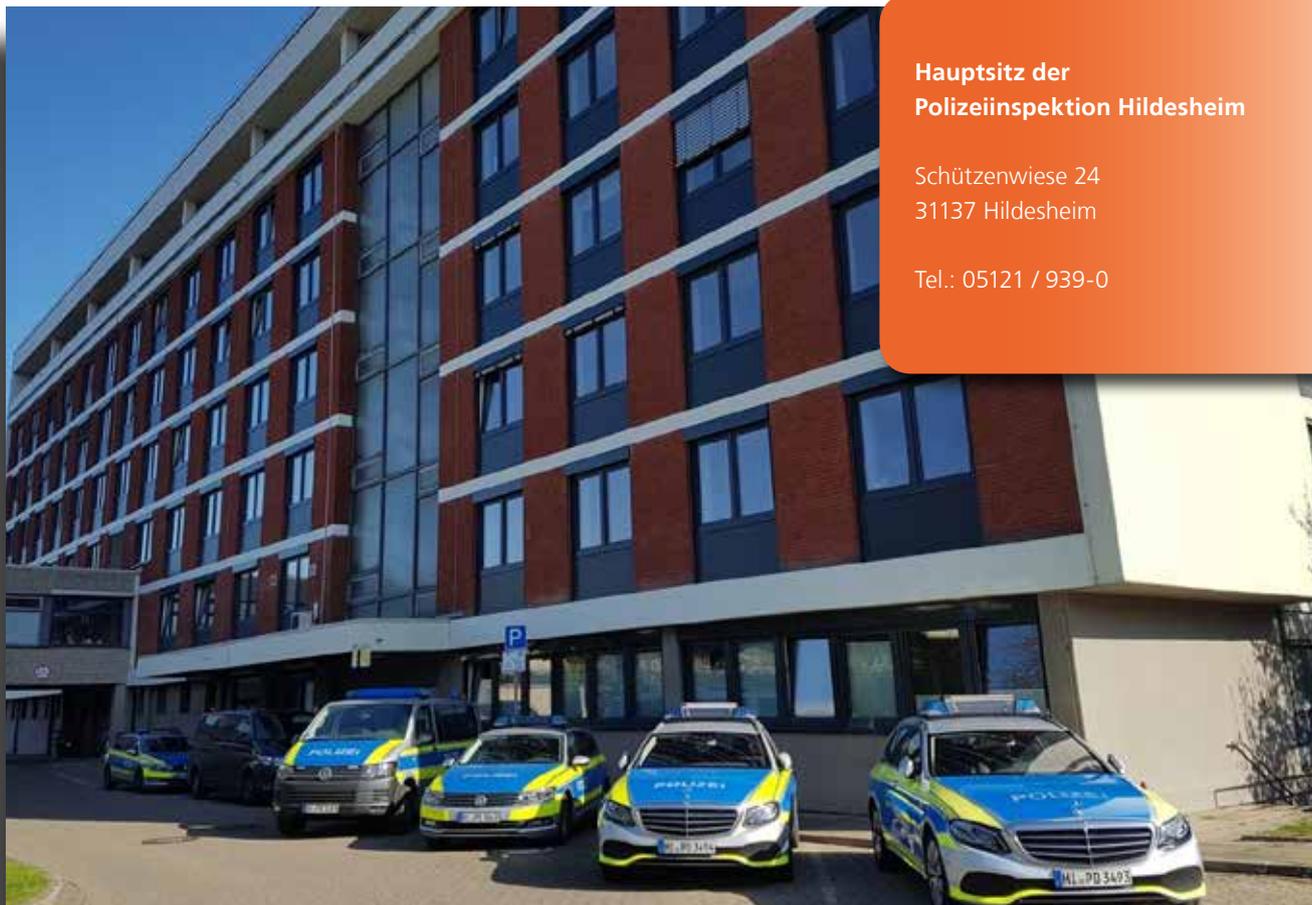
Erfahrungen der Verlegung des Notruf- und Einsatzmanagements der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg haben gezeigt, dass ein solcher Schritt zur künftigen Einsatzbewältigung zwingend ein Bindeglied zwischen der Leitstelle und der Polizeiinspektion Hildesheim erfordert. Diese wichtige Aufgabe nehmen die Einsatzkoordinatorinnen und –koordinatoren wahr. Daher wurde jeder der vier Dienstabteilungen im Einsatz- und Streifendienst der Polizeiinspektion Hildesheim ein hauptamtlicher Einsatzkoordinator zugeteilt. Diese Aufgabe übernehmen Beamtinnen und Beamte, die zuvor ihren Dienst in der Leitstelle „Hilde“ versehen haben. Darüber hinaus stehen in allen Dienstabteilungen Vertreterinnen und Vertreter zur Verfügung. Um zudem einen ständigen Kontakt zwischen den Einsatzkoordinatoren und den Dienstabteilungen sicherzustellen, sind ihre Arbeitsplätze unmittelbar nebeneinander angesiedelt.



Die Einsatzkoordinatorinnen und –koordinatoren übernehmen dabei Aufgaben und Tätigkeiten aus der ehemaligen Leitstelle „Hilde“, die auch nach der Verlegung bei der Polizeiinspektion Hildesheim verblieben sind. Dazu zählen unter anderem:

- Annahme, Anlegen, Dokumentation und Weiterleitung von Einsätzen, die über die Amtsleitung oder durch persönliche Anzeige eingegangen sind
- Einsatz- und Ermittlungsunterstützung außerhalb der Geschäftszeit (z.B. durch Auskünfte aus polizeilichen Auskunftssystemen)
- Kfz-Halterfeststellungen/-benachrichtigungen
- Annahme und Weiterleitung von Meldungen über vermisste oder abgängige Personen
- Bearbeitung und Weiterleitung von Onlineanzeigen
- Steuerung der elektronischen Post und Bearbeitung des E-Mailverkehrs außerhalb der Geschäftszeit
- Durchführung von Mobiltelefonortungen bei Sofortlagen
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit außerhalb der Geschäftszeit
- Bearbeitung von Bürgeranfragen

## Die Polizeiinspektion Hildesheim in der Übersicht



### Hauptsitz der Polizeiinspektion Hildesheim

Schützenwiese 24  
31137 Hildesheim

Tel.: 05121 / 939-0



### Polizeikommissariat Bad Salzdetfurth

Bahnhofstraße 11, 31162 Bad Salzdetfurth

Leitung: KHK'in Dagmar Leopold  
Tel.: 05063 / 901-0

# Die Polizeiinspektion Hildesheim in der Übersicht



## Polizeikommissariat Elze

Sedanstraße 34, 31008 Elze

Leitung: PHK Lutz Ike  
Tel.: 05068 / 9303-0



## Polizeikommissariat Alfeld

Ravenstraße 8, 31061 Alfeld

Leitung: EPHK Thomas Brandes  
Tel.: 05181 / 9116-0



## Polizeikommissariat Sarstedt

Am Bruchgraben 7a, 31157 Sarstedt

Leitung: EKHK'in Sylke Hanke  
Tel.: 05066 / 985-0



**Einsatzmanagement**

**Wir sind da und helfen.**

# Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

Innerhalb der Polizeidirektion Göttingen wird das gesamte Notruf- und Einsatzmanagement an zwei Standorten koordiniert: In Göttingen ist die Lage- und Führungszentrale „Weser“ für die Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim zuständig. Die Inspektionen Hildesheim, Hameln-Pyrmont/Holzwinden und Nienburg/Schaumburg werden durch die Kolleginnen und Kollegen in der Leitstelle „Süntel“ in Hameln betreut.



**81**

Operative Mitarbeiter/-innen  
(einschließlich Datenabfragen)

**73.000**

Notrufe im Jahr 2019  
bei „Weser“

**162.000**

Notrufe im Jahr 2019  
insgesamt

**89.000**

Notrufe im Jahr 2019  
bei „Süntel“

**232.000**

Einsätze im Jahr 2019  
insgesamt

**96.000**

Einsätze im Jahr 2019  
bei „Weser“

**136.000**

Einsätze im Jahr 2019  
bei „Süntel“

**Hinweis:**

Die meisten Einsätze entstehen infolge von Notrufen. Darüber hinaus können aber auch aus einer persönlichen/telefonischen Meldung auf der Wache oder eigeninitiativer Feststellung durch Beamtinnen und Beamte Einsätze entstehen.



# Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

## Stets auf dem aktuellen Stand: Einsatzbewältigung mit modernster Technik

Polizeiliche Lagen, sei es aus herausragendem Anlass oder im täglichen Einsatzgeschehen, stellen immer eine Herausforderung für die beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dar. Der Einsatz moderner Technik und ein gesunderhaltendes Arbeitsumfeld sind dabei Faktoren, die entscheidend zur erfolgreichen Bewältigung beitragen.

Die Polizeidirektion Göttingen berücksichtigt diese Umstände unter anderem durch regelmäßige technische oder bauliche Modernisierungsmaßnahmen.



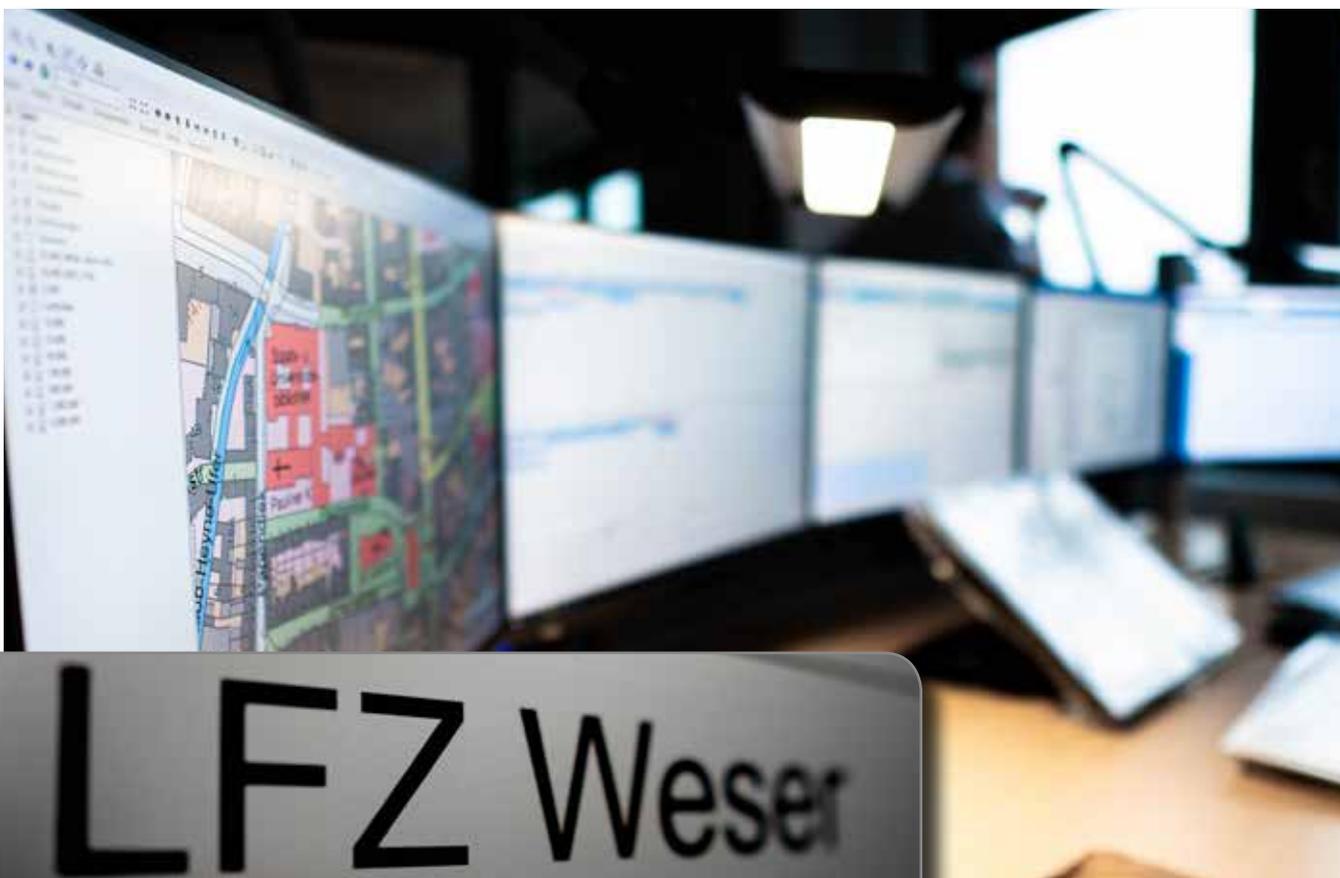
## Modernisierung der Lage- und Führungszentrale „Weser“ ist abgeschlossen

Seit dem 01. Juli 2019 ist die Modernisierung der Lage- und Führungszentrale (LFZ) „Weser“ am Standort Göttingen erfolgreich abgeschlossen. Nachdem bereits Ende 2017 eine neue Kommunikationstechnologie eingeführt wurde, erfolgte eine Renovierung des Betriebsraumes der LFZ „Weser“.

In der sechsmonatigen Bauzeit wurde durch das Herausnehmen von Wänden der Betriebsraum um etwa 50 qm auf nun insgesamt 200 qm vergrößert. Zudem wurde eine neue Decke inklusive moderner Klimatechnik und sparsamer LED-Beleuchtung eingezogen und der Fußboden erneuert.

Desweiteren wurden in dem Betriebsraum der LFZ „Weser“ auch eine neue Medientechnik installiert, die in höhenverstellbaren Arbeitstischen untergebracht ist. Darüber hinaus erfolgte ein Austausch der 24-Stunden-Stühle, die längeres Arbeiten im Sitzen erleichtern.

Schon nach kurzer Zeit konnte im Gespräch mit den Mitarbeitern/-innen festgestellt werden, dass die Investitionen die Qualität der Arbeitsbedingungen in der Leitstelle nachhaltig verbessern.



## Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

### Raum für besondere Einsatzlagen der Polizeidirektion Göttingen

Im Februar 2019 wurde der Raum für besondere Einsatzlagen der Polizeidirektion Göttingen nach einem umfangreichen Umbau in Betrieb genommen. Dieser dient zur strukturierten Leitung von Einsätzen, die nicht mehr mit den Einsatzkräften der täglichen Polizeiarbeit bewältigt werden können. Beispiele dafür sind Versammlungslagen aber auch Geiselnahmen oder Erpressungen.

Mit der sogenannten „Kreuzschiene-technik“ erhielt der Raum eine Medientechnik, die mittels einer zentralen digitalen Steuerung eine visuelle Darstellung von Inhalten auf mehreren Flächen ermöglicht.

Ebenso wie in der LFZ „Weser“ wurde auch hier für besondere Einsatzlagen eine neue Decke mit moderner Klimatechnik und LED-Beleuchtung integriert.

Diese Veränderungen haben sich bereits bei der Bewältigung von zwei Einsatzlagen sowie mehreren Übungen und Fortbildungen bewährt.



# BAO Lageraum



# Die Abteilung „Anton“ der Polizeidirektion Göttingen

Besondere Einsatzlagen wie Demonstrationen oder größere Veranstaltungen können teilweise nur mit einem großen polizeilichen Kräfteaufwand bewältigt werden. Für diese Fälle verfügt die Polizeidirektion Göttingen mit der Abteilung „Anton“ über eine spezielle Organisationseinheit, die jederzeit zur Begleitung von Einsatzmaßnahmen aufgerufen werden kann.

Bei einem vollständigen Aufruf könnten so 550 Einsatzkräfte hinzugezogen werden. Dies ist bisher jedoch nur sehr selten geschehen. Bei den meisten Einsätzen werden nur Teilkomponenten, wie zum Beispiel eine Einsatzhundertschaft oder einzelne Einsatzzüge angefordert und eingesetzt.

Da es sich bei der Abteilung „Anton“ um eine Aufrufeinheit handelt, versehen die eingeplanten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in der Alltagsarbeit ihren Dienst in den Einsatz- und Streifendiensten, den Zentralen Kriminaldiensten, den Kriminal- und Ermittlungsdiensten, den Verfügungseinheiten und in den Stabsbereichen der einzelnen Dienststellen. Für einen Einsatz in der Abteilung „Anton“ werden sie nur dann von ihrer täglichen Arbeit freigestellt, wenn es ein konkreter Anlass erfordert.

## Besondere Einsätze ohne Beteiligung der Abteilung „Anton“

Der weit überwiegende Teil der besonderen Einsatzanlässe wird in der Polizeidirektion Göttingen hingegen ohne Beteiligung der Abteilung „Anton“ abgearbeitet. Aber auch deren Bewältigung war vielfach nur außerhalb des Alltags im Rahmen „geschlossener Einsätze“ möglich. Dabei handelt es sich um eine besondere Einsatzstruktur, der mindestens sieben Polizeibeamtinnen und –beamte und eine Leitung angehören.

Im Jahr 2019 leisteten Kräfte der Polizeidirektion Göttingen und anderer Behörden in diesen Einsätzen insgesamt 106.000 Einsatzstunden (2018: 96.000 Einsatzstunden).

## Einsätze der Abteilung „Anton“ im Jahr 2019

Im Jahr 2019 wurde die Abteilung „Anton“ im Rahmen von acht Einsätzen angefordert, die sich teilweise im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen, teilweise im Bereich anderer Polizeibehörden in Niedersachsen befanden. Beispiele für eine behördenübergreifende Unterstützung durch die Abteilung „Anton“ waren unter anderem Einsätze anlässlich großer Versammlungen in Braunschweig und Hannover.



34.000 Stunden für Einsätze anlässlich Versammlungen

33.500 Stunden für Einsätze zur Kriminalitätsbekämpfung

12.500 Stunden für Verkehrseinsätze

# Besondere Einsatzlagen in der Polizeiinspektion Hildesheim

Im Jahr 2019 wurde die Polizeiinspektion Hildesheim durch einige Einsatzlagen in besonderem Maße gefordert. Die folgenden Beispiele können dies verdeutlichen.

## Besondere Einsätze

# 2019

### Aufbrüche von Kassenautomaten auf Parkplätzen und in Parkhäusern

Zwischen September 2018 und April 2019 kam es auf Parkplätzen und in Parkhäusern in Hildesheim zu neun Aufbrüchen von Kassenautomaten. Hinsichtlich der gewaltsamen Öffnung der Automaten war dabei eine identische Vorgehensweise der Täter zu erkennen.

Durch intensive Ermittlungs- und Spurenarbeit und das Zusammenführen von Beweismitteln geriet ein 23-jähriger Mann aus Bremen in den Fokus der ermittelnden Beamten. Dies wurde zudem durch Hinweise auf einen VW Golf mit Bremer Kennzeichen als mögliches Tatfahrzeug gestützt. Ferner wurde bekannt, dass es in Niedersachsen zu sechs sowie in Baden-Württemberg zu zwei gleichgelagerten Taten gekommen ist, die dem 23-jährigen zugeordnet wurden.

Am Abend des 30. April 2019 kam es in Hildesheim zu einem weiteren Aufbruch eines Kassenautomaten, wodurch ein Alarm ausgelöst wurde. Sofort nach Bekanntwerden leitete die Polizei eine Fahndung ein. Aufgrund der Hinweise auf einen Tatverdächtigen aus Bremen wurde dabei auch die A 7 einbezogen. Eine Besatzung der Autobahnpolizei bemerkte den erwähnten VW Golf beim Auffahren auf die Autobahn. Zudem fiel den Beamten ein VW Phaeton aus dem Bereich Verden auf, der aufgrund seiner Fahrmanöver offensichtlich zu dem Golf gehörte. Daher wurden beide Fahrzeuge kontrolliert.

Im Golf wurde der 23-jährige Tatverdächtige angetroffen, in dem anderen Fahrzeug ein 33-jähriger Mann, der ebenfalls aus dem Raum Bremen stammte. Später stellte sich heraus, dass es sich bei der zweiten Person um einen Komplizen des Tatverdächtigen handelte. In den Fahrzeugen wurden Tatwerkzeuge sowie größere Mengen an Bargeld in Münzen und Scheinen gefunden und sichergestellt. Beide Männer wurden festgenommen und Anfang Oktober zu Haftstrafen verurteilt.



### Tödlicher Verkehrsunfall in der Hildesheimer Innenstadt

In den frühen Morgenstunden des 06. Juni 2019 suchte ein 41-jähriger Mann aus Hildesheim die Wohnung seiner ehemaligen Lebensgefährtin auf. Hintergrund war sein Missfallen über die Anwesenheit eines 26-jährigen Bekannten, den er für ihren neuen Freund hielt. Als es zwischen dem 41-Jährigen und der Frau zu Streitigkeiten kam, verließ der Bekannte die Wohnung und entfernte sich mit seinem Auto.

Allerdings entschloss sich der 41-Jährige im Anschluss, dem vermuteten neuen Freund mit dem eigenen Fahrzeug, einem Audi Q 7, zu folgen. Auf der Schützenallee in Hildesheim kollidierte der Audi des 41-jährigen mit dem Fahrzeug des 26-jährigen, so dass dieser nach rechts von der Fahrbahn abkam und gegen drei geparkte Fahrzeuge stieß. Der 26-jährige wurde dabei leicht verletzt.

Der 41-jährige verlor anschließend die Kontrolle über sein Fahrzeug und schleuderte über die Gegenfahrbahn in den abschüssigen und mit Bäumen bewachsenen Abhang einer Parkanlage. Bei dem Unfall wurde der Mann im Fahrzeug eingeklemmt und derart schwer verletzt, dass er von der Feuerwehr befreit und reanimiert werden musste. Der 41-jährige wurde im Anschluss in die Medizinische Hochschule Hannover verbracht, wo er wenige Stunden später seinen schweren Verletzungen erlag.



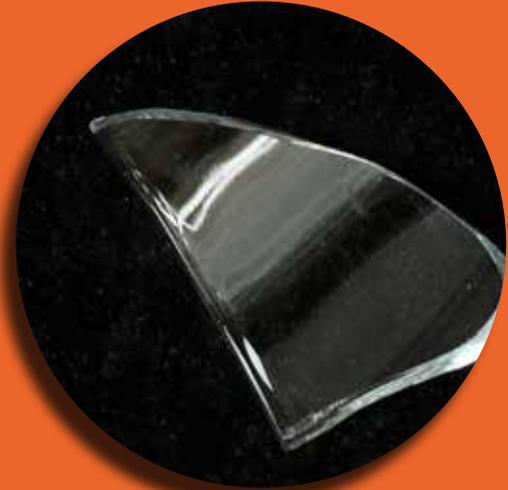
### Patient sticht mit Glasscherbe auf Mitpatienten ein

Am 05. Juni 2019 ging gegen 7:20 Uhr ein Hinweis aus einem Hildesheimer Krankenhaus bei der Polizei ein. Ein 85-jähriger Patient sei mit einer Schnittverletzung am Hals in seinem Zimmer vorgefunden worden. Zudem seien diverse mit Blut behaftete Glasscherben gefunden worden. Gleichzeitig werde der 33-jährige Mitpatient aus dem gleichen Zimmer vermisst. Aufgrund der lebensbedrohlichen Verletzungen musste der 85-Jährige notoperiert werden, wodurch sein Zustand glücklicherweise stabilisiert werden konnte.

Im Rahmen einer Sofortfahndung nach dem 33-jährigen konnte dieser kurze Zeit später im Bereich des Hildesheimer Bahnhofs aufgegriffen und festgenommen werden. An dem Mann wurden Blutanhaftungen festgestellt.

Der 33-jährige war bereits in der Nacht des 03. Juni 2019 auffällig geworden als er auf der A 7 in einen Unfall verwickelt war. Dabei war er gegen 23.00 Uhr als Fahrer eines unerlaubt genutzten Pkw mit einem Motorradfahrer kollidiert, welcher dadurch gestürzt und schwer verletzt worden war. Der 33-Jährige war dabei mit seinem Fahrzeug nach rechts von der Fahrbahn abgekommen und nach Durchbrechen der Leitplanke eine Böschung hinabgestürzt. Anschließend war er im Rahmen der Unfallaufnahme schwerverletzt angetroffen und von Rettungskräften in das Hildesheimer Krankenhaus gebracht worden. Hinweise auf psychische Auffälligkeiten hatten bei dem 33-jährigen zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht vorgelegen. Erst die Verletzung des 85-jährigen Mitpatienten offenbarte ein irrationales Verhalten, bei dem zunächst keine Motivlage erkennbar war. Ermittlungen im Zusammenhang mit der Aufklärung des versuchten Tötungsdelikts ergaben schließlich, dass der Mann schon seit längerem unter einer psychischen Erkrankung litt. Das Gericht ordnete die Einweisung des 33-jährigen in eine Fachklinik an.

Bei einem Prozess vor dem Landgericht Hildesheim im Dezember 2019 werteten die Richter das Vorgehen des Mannes im Krankenhaus als versuchten Totschlag in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung. Er wurde jedoch nicht zu einer Haftstrafe verurteilt. Denn laut eines psychiatrischen Gutachtens war der Mann sowohl bei dem Unfall als auch bei seinen Handlungen im Krankenhaus schuldunfähig. Aus diesem Grund wurde eine weitere Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik angeordnet.



## Auf den Ernstfall vorbereitet – Vollübung „HELIX“ in Hoya mit mehr als 300 Teilnehmenden



Am 24. Mai 2019 führte die Polizeidirektion Göttingen unter dem Namen „Helix“ eine Stabsrahmenübung mit Vollübungsanteilen durch. Die Übung umfasste unterschiedlichste Szenarien, zu denen unter anderem ein Stromausfall in einem Kraftwerk mit unbekannter Ursache und ein simulierter Anschlag auf eine Papierfabrik gehörten.

Nicht zuletzt aufgrund der Vielzahl beteiligter Stellen lag ein Schwerpunkt der Übung auf der Herausforderung, im Rahmen eines komplexen Szenarios an diversen Schnittstellen einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten.

Übungsinhalte waren dabei neben dem „Ersten Angriff“ vor Ort mit einem besonderen Fokus auf der Bekämpfung der Täter und die Rettung verletzter Personen, insbesondere auch die Zusammenarbeit mit weiteren BOS-Kräften. Zeitgleich wurde in einer speziellen technischen Umgebung auch die einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit in den sozialen Medien geübt, die bei der Bewältigung tatsächlicher Einsatzlagen zunehmend an Bedeutung gewinnt.



Im Ergebnis ist es allen Beteiligten bereits gut gelungen, mit der komplexen Übungssituation umzugehen. Gleichzeitig konnten wertvolle Hinweise gewonnen werden, an welchen Stellen weitere Optimierungen möglich sind. Dadurch hat sich unter anderem auch erneut gezeigt, dass Großübungen für die Vorbereitung auf Echtlagen dieses Ausmaßes von entscheidender Wichtigkeit sind.

Die Übung wurde in enger Zusammenarbeit mit der Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg und Vertreterinnen und Vertretern anderer Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) durchgeführt, wodurch es möglich war, insgesamt mehr als 190 Einsatzkräfte zu beteiligen. Dazu zählten u.a. Mitglieder des örtlichen Einsatz- und Streifendienstes (ESD), der Rettungsdienste, Feuerwehren sowie ein Polizeihubschrauber und des Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Polizei Niedersachsen.





Göttingen, Hildesheim, Hameln und Nienburg – an diesen Standorten sind die Diensthundeführergruppen der Polizeidirektion mit ihren insgesamt 36 Diensthunden angesiedelt. Alle Tiere erhalten dabei eine Grundausbildung als Schutzhund, die größtenteils nach ihrer Veranlagung um eine Spezialisierung ergänzt wird.

Im Einzelnen stehen der Polizeidirektion Göttingen 13 Rauschgiftspürhunde (zwei davon mit dem Zusatz eines Banknotenspürhundes), zwei Leichen- und Blutspürhunde, sieben Sprengstoffspürhunde und ein Brandmittelspürhund zur Verfügung. Sechs Hunde befinden sich gegenwärtig noch in der Ausbildung.

Gemeinsam mit ihren Diensthunden waren die Diensthundeführer/-innen der Polizeidirektion Göttingen an insgesamt 1993 Einsätzen beteiligt, 828 davon mit Spezialhunden. Dabei werden die Diensthunde nicht nur behörden- und landesweit, sondern teilweise auch in anderen Bundesländern eingesetzt.



## Portrait: Der Brandmittelspürhund

Eine mögliche Spezialisierung eines Schutzhundes ist die des Brandmittelspürhundes. Durch seine Ausbildung ist er in der Lage, die Ermittler/-innen bei der Untersuchung einer Brandstelle zu unterstützen. Bei der Suche nach Brandbeschleunigern ist er dabei deutlich schneller als technische Hilfsmittel, wie z.B. Photoionisationsdetektoren (PID). Dies gilt insbesondere für das Absuchen großer Flächen oder Gebäude.

Zeigt der Brandmittelspürhund eine bestimmte Stelle an, kann diese anschließend auch nochmals mittels des PID abgesucht werden. Allerdings hat die Erfahrung gezeigt, dass der technische Detektor dabei nicht immer etwas anzeigt. Teilweise wird erst bei einer späteren Laboranalyse einer Brandschuttprobe der Einsatz eines Brandbeschleunigers bestätigt. In solchen Fällen wäre diese Information ohne den Einsatz des Diensthundes nicht gewonnen worden.

Brandmittelspürhunde werden an den unterschiedlichsten Brandstellen von Papiercontainern und Gartenlauben bis hin zu großen Gebäuden wie Fabrikhallen eingesetzt. Einzig die Einsturzgefahr eines Brandortes kann dem Einsatz entgegenstehen. In der Polizeidirektion Göttingen waren sie im Jahr 2019 unter anderem beim Auffinden einer Brandvorrichtung unter einem ausgebrannten LKW und bei den Ermittlungen des Landeskriminalamtes Hessen zum Brand einer Gaststätte im Einsatz. Dort konnte ein Brandmittelspürhund Stellen anzeigen, an denen später der Einsatz von Brandbeschleuniger nachgewiesen wurde.

# Sicherheitspartnerschaften in der Polizeiinspektion Hildesheim

Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden, die ebenfalls mit der Wahrung der öffentlichen Sicherheit betraut sind, ist wesentlicher Bestandteil der polizeilichen Aufgabenerfüllung in der Polizeiinspektion Hildesheim. Dazu zählen insbesondere die Stadt und Landkreis Hildesheim, die dazugehörigen Gemeindeverwaltungen, die Feuerwehren und der Zoll.

Die große Bedeutung dieser Sicherheitspartnerschaften können dabei die folgenden Beispiele erfolgreicher Kooperationen verdeutlichen, die von allen Beteiligten als sehr positiv bewertet wurden:

## Verbot einer Veranstaltung mit PKK-Bezug

Im November 2019 erhielt die Polizeiinspektion Hildesheim Kenntnis, dass am 23. November 2019 im Söhlder Ortsteil Hohe-neggelsen eine Veranstaltung mit PKK-Bezug stattfinden sollte. Es wurde von mehreren Hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgegangen. Die PKK ist eine kurdische Arbeiterpartei, die nach dem Vereinsgesetz verboten wurde. Damit sind auch Veranstaltungen oder sonstige Betätigungen, die einen Bezug zur PKK aufweisen, rechtswidrig.

Nach einer ersten Bewertung fanden intensive Abstimmungen zwischen der Gemeinde Söhle als zuständige Gefahrenabwehrbehörde und der Polizeiinspektion Hildesheim statt. Nach intensiver Prüfung erließ die Gemeinde eine Verbotsverfügung für die Veranstaltung, die dem Veranstalter am 21. November 2019 persönlich übergeben wurde. Im Rahmen der Amtshilfe überwachten Kräfte der Polizei am Veranstaltungsort die Einhaltung des Verbots. Da jedoch nur eine Person erschien, die an der Veranstaltung teilnehmen wollte, war ein weiteres Einschreiten nicht erforderlich.

## Auflösung eines illegalen Wohnungsbordells

Durch intensive Recherchen hatten Mitarbeiter des Landkreises Hildesheim festgestellt, dass in den Räumen einer Wohnung in Hildesheim ein nicht ordnungsgemäß angemeldetes Bordell betrieben wurde. Anschließend stimmten der Landkreis und die Polizeiinspektion Hildesheim in enger Kooperation das weitere Vorgehen ab. So war bereits Anfang November eine gemeinsame Überprüfung der Wohnung erfolgt, bei der zwei Personen angetroffen wurden, die sich unerlaubt in Deutschland aufhielten und später abgeschoben wurden.

Am 19. November 2019 wurden die Räumlichkeiten erneut gemeinsam durchsucht. Dabei wurden zwei Frauen angetroffen, die sich ebenfalls unerlaubt in Deutschland aufhielten. Zudem bestätigte sich die Annahme, dass diese in der Wohnung ohne Arbeits-erlaubnis der Prostitution nachgingen.

Die 42- und 44-jährigen Thailänderinnen nutzten die Wohnung dabei als Etablissement. Hinweise auf Zwangsprostitution lagen nicht vor.



## Partner polizeilicher Sicherheitskooperationen

Ordnungs- und Jugendämter, Gewerbeaufsichtsämter, Zoll (Abt. „Schwarzarbeit“ und „Steuervergehen“), Gesundheitsämter, Bundespolizei, Drogenberatungsstellen, Straßensozialarbeit, Jugendhilfeeinrichtungen (Aufzählung nicht abschließend)

## Gemeinsame Aktivitäten

Gemeinsame Streifen, mobile Wachen, Kontrollen (Gaststätten, Kioske, (Shisha-)Bars, Spielhallen, Güter- und Personenverkehr), Verkehrsüberwachung, Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Brennpunkten sowie zu Rand- und Problemgruppen und deren Treffpunkten (Aufzählung nicht abschließend)

Beide Frauen wurden festgenommen und Maßnahmen zur Abschiebung vorbereitet. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ordnete das Amtsgericht zudem zur Sicherung des Strafverfahrens eine Sicherheitsleistung (ein dreistelliger Geldbetrag) an. Gegen den Eigentümer leitete der Landkreis Hildesheim ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Betreibens eines Prostitutionsgewerbes ohne die erforderliche Erlaubnis ein.

Die geschilderten Maßnahmen sind lediglich Beispiele für die guten und engen Kooperationen mit anderen Behörden und Organisationen, welche die Polizeiinspektion Hildesheim auch im Jahr 2020 fortsetzen wird.

2 geile Polinnen gr. OW, 3er + mehr, in Elze ☎ (01 52) 2 47 82  
sexhungerige Rentnerin \* 0162-46 55  
www.intimes-niedersachsen.de

Polizeifemleins  
Heide & Freche Andrea 25J ganz Privat + für alle ohne AW-ZK!!! 24h ansonst: 0151 2497 92  
Nette, spontane Sie mit Heubroschen ☎ (01 70) 7 80 0  
Nicole + ganz neue Kollegin in Elze, ☎ (01 52) 2 47 82  
68J, 8M 00, ganz privat 0162-46 55  
www.intimes-niedersachsen.de



**Kriminalitätsbekämpfung**

**Ermitteln und aufklären.  
Wir ermitteln und klären auf.**

## Storytelling „Falsche Polizeibeamte“



### Aus der Praxis: „Falsche Polizeibeamte“

Ältere Menschen geraten immer wieder in den Fokus krimineller Gruppierungen. Die Täter/-innen sind dabei oftmals sehr redegewandt und verstehen es, das Vertrauen ihrer Opfer zu gewinnen oder diese unter Druck zu setzen. Dabei setzen sie verschiedene Begehungsweisen ein, die in vielen Fällen die Gutgläubigkeit oder das Vertrauen von Seniorinnen und Senioren in staatliche Institutionen ausnutzen. Diese manipulative Einwirkung auf die lebensälteren Opfer führt dabei neben den materiellen Schäden nicht selten zu erheblichen psychischen Belastungen. Ein „Modus Operandi“ besteht darin, sich als Polizeibeamte auszugeben.

### Was sind „Falsche Polizeibeamte“?

Die Vorgehensweise der Täter/-innen beginnt in diesen Fällen mit einem Anruf bei einer lebensälteren Person. Häufig erfolgen diese Anrufe aus Callcentern mit Standort in der Türkei. Zudem nutzen die Täter/-innen in der Regel das sogenannte Call ID-Spoofing. Dies ist eine technische Methode, die es ermöglicht, eine beliebige Nummer im Display der angerufenen Person einzublenden. Im Falle falscher Polizeibeamter kann dies beispielsweise die Notrufnummer 110 oder die Nummer einer örtlichen Dienststelle sein, um Seriosität vorzutäuschen.

Die Anrufer/-innen, sogenannte „Keiler“, geben sich am Telefon zum Beispiel als Polizeibeamte/-innen oder Staatsanwälte /-innen aus und setzen die Geschädigten massiv unter Druck. Sowohl die Legendenbildung als auch das weitere Vorgehen passen sie dabei flexibel den örtlichen Gegebenheiten und den Reaktionen der Angerufenen an. Dabei bauen sie schrittweise Druck auf, indem sie die Opfer in eine fiktive Geschichte verwickeln und ihnen die Angst einflößen, potenzielle Opfer einer Verbrecherbande zu sein. Schließlich bewegen sie die Geschädigten dazu, sich an einer vermeintlichen polizeilichen Maßnahme zu beteiligen. Teilweise halten die Täter/-innen ihre Opfer über mehrere Stunden im Gespräch. Weiterführende Tathandlungen fallen in die Zuständigkeit sogenannter „Logistiker“ und „Abholer“.



## Storytelling „Falsche Polizeibeamte“

Der folgende Beispielfall aus der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden kann verdeutlichen, wie die Täter/-innen vorgehen und welche Mittel der Polizei zu ihrer Verfolgung zur Verfügung stehen.



### Fritz L., Geschädigter:

An einem sonnigen Tag im August 2018 erhält der 78-jährige Fritz L. (Name geändert) aus Bodenwerder vermeintlich einen Anruf der örtlichen Polizei. Der Anrufer gibt sich als Kriminalkommissar Stein aus und teilt ihm mit, dass die Polizei verdeckt gegen einen Mitarbeiter seiner Bank ermittele, der es auf die Ersparnisse der Kunden abgesehen habe. Herr L. fragt sogleich unbedacht nach, ob dieser kriminelle Bankangestellte tatsächlich bei „seiner“ Sparkasse in Bodenwerder arbeite, was der Anrufer natürlich bestätigt.

Im weiteren Verlauf des Telefonats setzt der „Keiler“ Herrn L. unter Druck, dass dessen Vermögen gefährdet sei, wenn er es nicht von seinem Sparbuch abhebe und der „Polizei“ zur Verwahrung übergebe. Zudem bietet der falsche Polizeibeamte an, das Geld diskret von einem verdeckten Ermittler abholen zu lassen.

Herr L. ist nach dem 20-minütigen Telefonat überzeugt, das Richtige zu tun, als er zur Bank fährt, um seine Ersparnisse in Höhe von 20.000 Euro abzuheben. Schließlich will er kein Risiko eingehen, da er das Geld fest für das Medizinstudium seiner Enkelin eingeplant hat.

Wie von „Kriminalkommissar Stein“ geraten, gibt er auf Nachfrage des Sparkassenangestellten an, das Geld für ein neues Auto zu benötigen. Auch als sich der Angestellte ein weiteres Mal misstrauisch erkundigt, ob er nicht überredet worden sei, das Geld abzuheben, bleibt Herr L. bei dieser Behauptung. Nachdem er die Sparkasse verlassen hat, teilt er „Herrn Stein“ von seinem Pkw aus mit, dass er das Geld erhalten habe. Der vermeintliche Polizeibeamte hat den Anruf während der gesamten Zeit aufrechterhalten.

Nun bittet der „Keiler“ Herrn L., ihm die Nummern von fünf der abgehobenen Geldscheine durchzugeben und teilt diesem daraufhin mit, dass es sich dabei um Falschgeld handle. Dieses müsse nun für die weiteren Ermittlungen untersucht werden. Dazu weist er den älteren Herrn an, das Geld in einer Plastiktüte zu verstauen und auf dem Stromkasten zu deponieren, der sich vor dem Haus des Geschädigten befindet. Um Herrn L. zu überzeugen, gibt der Anrufer auf Nachfrage zudem an, „seine Ermittler“ hätten diese Stelle für eine „unauffällige Übergabe“ ausgewählt. Nach Ablegen des Geldes kehrt Herr L. in seine Wohnung zurück und wartet vergebens auf die zugesagte Rückmeldung „Herrn Steins“, ob alles gut verlaufen sei.

Geraume Zeit später klingelt es bei Herrn L. an der Wohnungstür. Als er die Tür öffnet, stehen ihm zwei uniformierte Polizeibeamte gegenüber. In diesem Moment wird ihm schlagartig bewusst, dass er einem Betrug aufgesessen ist.



# Überführung einer örtlichen Tätergruppe

## Kriminaloberkommissarin Schneider, leitende Ermittlerin

An einem sonnigen Augusttag im Jahr 2018 versieht Kriminaloberkommissarin Schneider ihren Dienst im Fachkommissariat 2 der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden. Die Kriminalbeamtin ist die leitende Ermittlerin eines mehrköpfigen Teams, das gegen eine örtliche Gruppe ermittelt, die bereits im Mai in das Visier der Polizei gerückt ist.

Auf gerichtlichen Beschluss hat das Ermittlerteam die Möglichkeit erhalten, Telefonate der Gruppe abzuhören. Dadurch wurden bereits stichhaltige Erkenntnisse erlangt, dass sich diese zu einer Bande zur Begehung von Betrugstaten zum Nachteil älterer Menschen zusammengeschlossen hat.

Daher wird die Beamtin hellhörig, als eine der überwachten Personen einen Anruf von einer gespooften Nummer entgegennimmt. Bei dem Anrufer handelt es sich offensichtlich um einen „Keiler“ aus einem türkischen Callcenter. Dieser nennt dem Hamelner Beschuldigten eine Adresse in Bodenwerder und fordert ihn auf, er solle „Gas geben“. Der Beschuldigte ruft daraufhin umgehend einen Freund an und bittet um schnellstmögliche Abholung.



Oberkommissarin Schneider erkennt sofort, dass nun umgehend gehandelt werden muss. Daher ruft sie unverzüglich ihr Team zusammen und informiert die anderen darüber, dass offensichtlich eine Geldübergabe in Bodenwerder stattfinden soll. Im weiteren Verlauf wird durch die Telefonüberwachung zudem bekannt, dass sich vor dem Haus des Geschädigten ein Stromkasten befindet, auf dem das Geld deponiert werden soll.

Nun gilt es, schnell zu reagieren. Während Schneider die Telefonüberwachung fortsetzt, verständigt Kriminalhauptkommissar Bergmann, der auch Mitglied des Teams ist, die Polizeidienststelle in Bodenwerder. Er weist die dortigen Beamten an, umgehend einen Streifenwagen zur Anschrift des Opfers zu senden, um eine Abholung des Geldes durch die Täter zu verhindern.

## Polizeioberkommissare Winter und Ebeling, Einsatz- und Streifendienst

An einem sonnigen Tag im August versehen die Polizeioberkommissare Winter und Ebeling ihren Frühdienst in der Polizeistation Bodenwerder. Sie haben gerade eine Unfallaufnahme abgeschlossen, als sie den Auftrag erhalten, umgehend die Anschrift des Herrn L. anzufahren.

Unter Nutzung sogenannter Sonder- und Wegrechte treten sie die Fahrt an, um schnellstmöglich den Zielort zu erreichen. Als sie ankommen, bemerken sie gerade noch einen schwarzen BMW, welcher in der Straße wendet und an ihnen vorbeifährt. Auch der besagte Stromkasten ist bereits in Sichtweite und tatsächlich liegt darauf eine Plastiktüte, in der sich 20.000 Euro befinden.

Die Polizeibeamten sind den Tätern zuvorgekommen und das Geld wurde noch nicht abgeholt! Erleichtert nehmen die Polizisten den Betrag an sich und suchen das Haus des Geschädigten auf. In dem Moment, in dem Herr L. die Tür öffnet, können die Polizeibeamten förmlich spüren, wie er den Betrugsversuch erkennt.

Erfreulicherweise können ihm die Polizeibeamten sein Geld zurückgeben, doch viele Betrugsoffer haben dieses Glück leider nicht.

Letztendlich konnten der Hamelner Tätergruppe durch intensive Ermittlungen neben weiteren Eigentumsdelikten 18 Betrugstaten dieser Art nachgewiesen werden. Als Angeklagte wurden ihre Mitglieder im Jahr 2019 von einem Gericht zu langen Haftstrafen verurteilt. Die beiden Haupttäter erhielten dabei Freiheitsstrafen von neun bzw. zehn Jahren.

Durch die gute Zusammenarbeit der hiesigen Ermittlungsgruppe sowie der Einsatz- und Streifendienste mit mehreren Polizeidienststellen in anderen Bundesländern gelang es schließlich, der Gruppierung habhaft zu werden. Doch im Bundesgebiet sind noch zahlreiche weitere dieser Täter aktiv. Umso bedeutender ist daher eine umfangreiche Präventionsarbeit, um zu verhindern, dass weitere Seniorinnen und Senioren zu Schaden kommen.

# Prävention SäM – Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Gerade in Bezug auf Betrugstaten zum Nachteil älterer Menschen erlangt die Polizei in vielen Fällen erst zu einem späteren Zeitpunkt Kenntnis davon, dass eine Straftat begangen wurde. Umso wichtiger ist daher die Präventionsarbeit in diesem Bereich, die im Idealfall bereits verhindern kann, dass ein Schaden eintritt. Dies kann unter anderem das folgende Beispiel aus der Polizeiinspektion Hildesheim verdeutlichen:

## Enkeltrick-Betrug in der Gemeinde Diekholzen

Am 22.10.2019, gegen 11:30 Uhr, erhielt eine 86-jährige ältere Dame aus der Gemeinde Diekholzen einen Anruf. Als die Seniorin fragte, wer denn dran sei sagte der Anrufer „Rate mal“. Die Seniorin dachte an ihren Neffen und fragte „Bist Du es Rainer?“, worauf sich der Anrufer nun als ihr Neffe Rainer ausgab.

Der angebliche Neffe schilderte nun seine finanzielle Notlage, er sei beim Rechtsanwalt und gleich beim Amtsgericht und benötige dringend 20.000 Euro.

Er versprach, das Geld auch am Folgetag wieder zurückzuzahlen. Im weiteren Gespräch versuchte der Anrufer noch höhere Beträge von der Seniorin zu erlangen. Diese willigte schließlich ein mit 23.000 Euro aushelfen zu können.

Da der angebliche Neffe beim Rechtsanwalt in Hannover un-  
abkömmlich sei, soll der Rechtsanwalt vorgeschlagen haben, dass eine Angestellte, die zufällig in Hildesheim sei, das Geld abholen könne. Noch während der Anrufer weiter mit der Seniorin sprach, erschien wenig später die angekündigte Frau an der Haustür der älteren Dame und die 23.000 Euro wurden übergeben.

Als der angebliche Neffe nicht wie verabredet am Nachmittag bei ihr erschien, flog der Betrug auf und die Seniorin verständigte die Polizei.



### Getroffene Maßnahmen:

- **Tatortaufnahme durch die Polizei**
- **Zeugenvernehmung der Geschädigten**
- **Zeugenaufwurf durch Presseveröffentlichung in örtlichen Medien, Nachbarschaftsbefragung**
- **Ermittlungen rund um die telefonische Kontaktaufnahme**

**Die Ermittlungen zu diesem Sachverhalt sind noch nicht abgeschlossen.**

Neben intensiver, täterorientierter Ermittlung setzt die Polizeiinspektion Hildesheim auf umfangreiche Präventionsarbeit. Diese bezieht neben älteren Menschen und ihren Angehörigen insbesondere auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Banken und Geldinstituten ein, da hier häufig die letzte Interventionsmöglichkeit besteht. Neben zielgruppengerechten Vorträgen und Informationsveranstaltungen gehört auch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit zur Prävention in diesem Themenbereich.





## KHK'in Gabriele Freier, Beauftragte für Kriminalprävention der Polizeiinspektion Hildesheim, rät:

- Lassen Sie sich am Telefon oder an der Haustür nicht unter Druck setzen – auch nicht durch einen angeblichen Notfall oder dringende polizeiliche Ermittlungen.
- Geben Sie grundsätzlich keine Details über Ihre finanziellen Verhältnisse, Besitztümer oder Bankguthaben preis.
- Übergeben Sie niemals Geldbeträge oder Wertgegenstände an fremde Personen. Deponieren Sie diese auch nicht an einem vorgegebenen Ort.
- Die Polizei fordert unter keinen Umständen dazu auf, Geld und Wertgegenstände auszuhändigen oder eine Banküberweisung zu tätigen.
- Sprechen Sie mit älteren Angehörigen oder Bekannten und der Nachbarschaft über die Tricks der Betrüger und Diebe. Befolgen Sie die Verhaltenshinweise der Polizei und geben Sie diese in Ihrem Umfeld weiter.
- Wenden Sie sich sofort an die Polizei, wenn Sie etwas Verdächtiges bemerken oder befürchten, Opfer einer Straftat zu sein. Wählen Sie dazu den Notruf 110 oder die Nummer ihrer örtlichen Polizei (05121 / 939-0).

**Bei Fragen steht Ihnen in der Polizeiinspektion Hildesheim gern unser Präventionsteam zur Verfügung: 05121 / 939-0.**

### Hinweise zum Verhalten bei Telefonanrufen

- Bleiben Sie misstrauisch, wenn vermeintliche Verwandte oder Bekannte am Telefon um Geld bitten. Fordern Sie das Gegenüber stets auf, selbst den eigenen Namen zu nennen. Fragen Sie zur Vergewisserung nach persönlichen Angaben, die nur die entsprechende Person kennen kann.
- Die Polizei ruft niemals unter der Rufnummer 110 an.
- Verlassen Sie sich niemals allein auf die angezeigte Rufnummer, um die Glaubwürdigkeit eines Anrufers zu beurteilen – auch wenn der Anrufer den Namen eines örtlichen Polizeibeamten angeben kann.

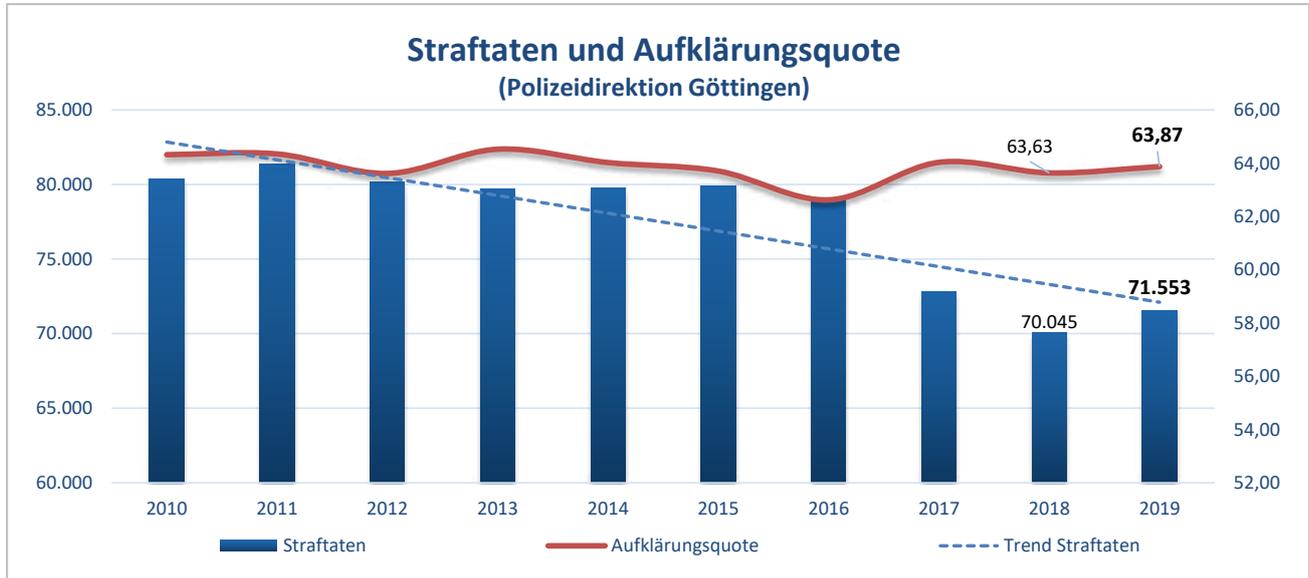
### Hinweise zum Verhalten an der Haus- oder Wohnungstür

- Niemals unbekannte Personen ins Haus oder in die Wohnung lassen. Nutzen Sie die Türsprechanlage, den Türspion oder kommunizieren Sie zunächst durch die geschlossene Tür.
- Seien Sie grundsätzlich misstrauisch gegenüber Fremden, die z.B. eine nicht vereinbarte Dienstleistung anbieten, um ein Glas Wasser bitten oder die Toilette benutzen möchten. Unterschreiben Sie nichts an der Haustür.
- Lassen Sie Handwerker nur dann herein, wenn Sie diese bestellt haben oder zuvor von der Hausverwaltung informiert wurden.
- Polizeibeamte in ziviler Kleidung weisen sich stets aus und zeigen Verständnis, wenn Sie bei Ihrer örtlichen Polizeidienststelle nachfragen möchten.

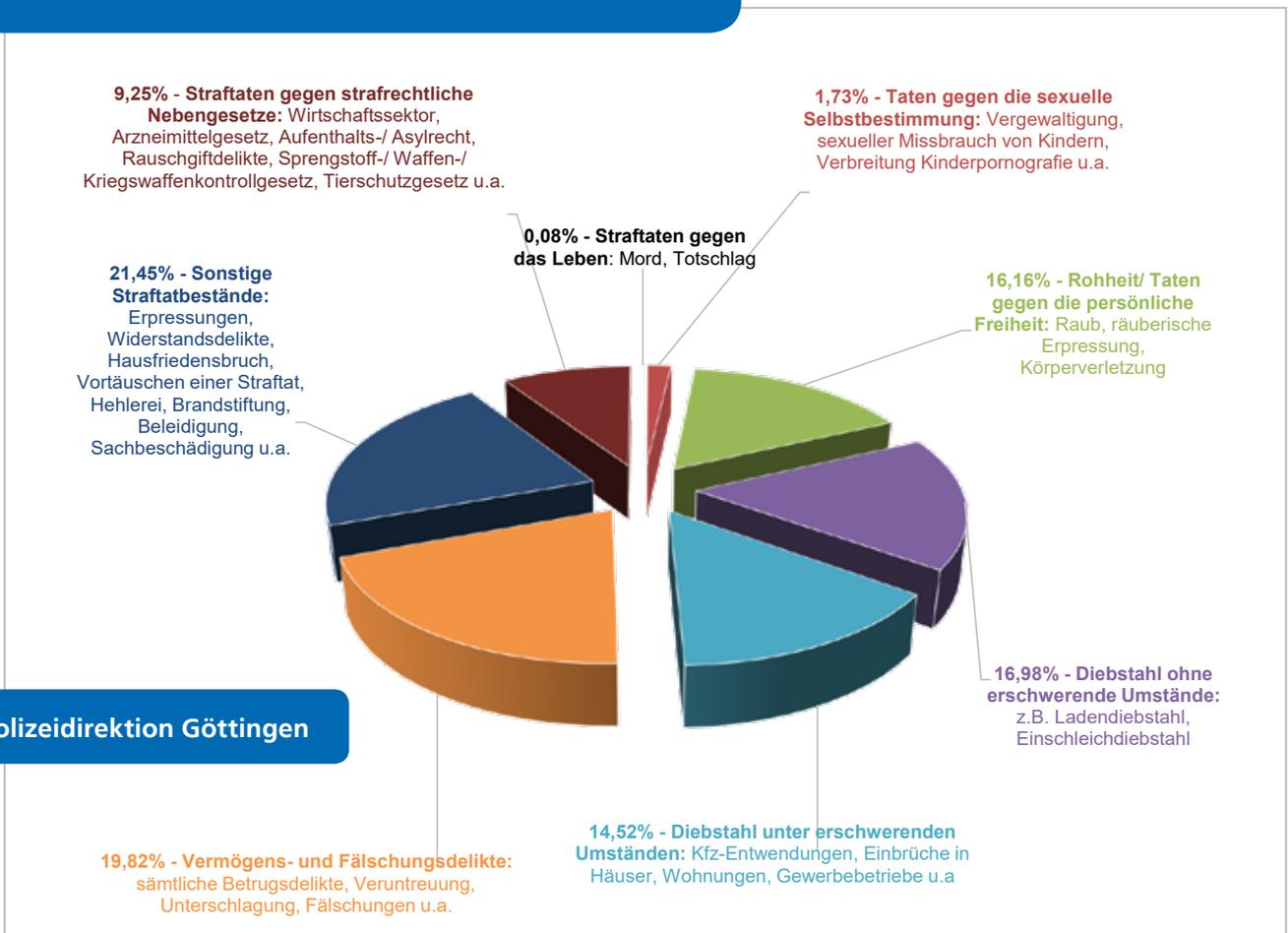
# Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion Göttingen

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) werden alle polizeilich erfassten Straftaten nach dem Strafgesetzbuch und dem Nebenstrafrecht registriert und aufbereitet. Im Jahr 2019 wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen 71.553 Straftaten in der PKS erfasst.

Im Vergleich zum Jahr 2018 bedeutet das einen Anstieg von 2,15% bzw. 1.508 begangenen Taten. Trotz dieses Anstiegs entspricht dies dem zweitniedrigsten Wert seit dem Jahr 2000. Die Aufklärungsquote konnte im Vergleich zum Vorjahr um 0,24% auf 63,87% gesteigert werden.



## Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen



Polizeidirektion Göttingen

# Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen

Im Folgenden werden Deliktsbereiche dargestellt, die polizeiliche Schwerpunkte bilden oder in besonderem Maße das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung beeinträchtigen.

## Straftaten gegen das Leben

Mit 60 Fällen im Jahr 2019 machen Delikte wie Mord und Totschlag erfreulicherweise weiterhin nur einen sehr geringen Anteil von 0,08 Prozent der bekannt gewordenen Straftaten aus. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang um fünf Fälle zu verzeichnen. Damit bewegen sich diese Delikte auch in der Gesamtbetrachtung auf einem niedrigen Niveau. Eine Aufklärungsquote von über 90 Prozent aller Tötungsdelikte, dabei 100 Prozent im Bereich der als „Mord“ eingestuften Taten, zeigt deutlich, mit welchem Erfolg die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Göttingen an der Aufhellung dieser schwerwiegenden Taten arbeiten.

## Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der in der Polizeidirektion Göttingen registrierten Taten in diesem Deliktsfeld um 21,2 Prozent auf 1.235 Fälle angestiegen. Damit befindet sie sich auf einem 10-Jahres-Höchststand.

Die Ursache dieser Entwicklung liegt überwiegend im Bereich der Verbreitung und des Besitzes kinder- und jugendpornographischer Schriften gemäß §§ 184 ff. des Strafgesetzbuchs (StGB). Hier ist die Fallzahl um 219 auf 374 Taten angestiegen. Hintergrund dieses Anstiegs ist vor allem, dass es im Rahmen international vernetzter Ermittlungen zunehmend gelingt, das Dunkelfeld in diesem Bereich aufzuhellen. Damit stehen die Zahlen nicht für ein vermehrtes Auftreten krimineller Aktivitäten.

Insbesondere werden deutlich häufiger Sachverhalte mitgeteilt, die im Rahmen der Überprüfung US-amerikanischer und kanadischer Server durch das National Center for Missing and Exploited Children (NCMEC) aufgefallen sind. Amerikanische Unternehmen und Provider sind verpflichtet, dem NCMEC als halbstaatlicher Organisation Fälle der Verbreitung von Kinder- und Jugendpornographie zu melden. Werden dabei IP-Adressen ermittelt, die auf in Deutschland wohnhafte Nutzerinnen und Nutzer verweisen, werden diese an das BKA weitergegeben. Von dort aus werden Ermittlungsverfahren an die zuständigen örtlichen Dienststellen weitergeleitet, die in der Folge Ermittlungen aufnehmen. Für das folgende Jahr wird mit einem weiteren Anstieg der NCMEC-generierten Verfahren gerechnet. Eine valide Angabe konkreter Zahlen ist dabei jedoch nicht möglich.



## Häusliche Gewalt

Im Kontext „Häuslicher Gewalt“ wurden im Jahr 2019 insgesamt 3.061 Delikte in der Polizeidirektion Göttingen zur Anzeige gebracht. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem marginalen Anstieg um 0,7 Prozent (plus 21 Taten) auf den zweithöchsten Stand der vergangenen zehn Jahre. In 79 Prozent der Fälle (2.413 Taten) wurde gegen männliche Tatverdächtige ermittelt, in rund 24 Prozent der Fälle (743 Taten) standen die Tatverdächtigen unter Alkoholeinfluss (743 Taten). In lediglich zwei Prozent der Fälle (66 Taten) wurde eine Beeinflussung durch Rauschgift festgestellt.

Bei Einsätzen häuslicher Gewalt stehen polizeiliche Maßnahmen zum Schutz der Opfer und zur Beendigung der akuten Gefahrensituation im Vordergrund. Daneben hat die Opferberatung zu rechtlichen Möglichkeiten nach dem Gewaltschutzgesetz eine große Bedeutung. Als gefahrenabwehrende Maßnahmen kommen neben dem kurzfristigen Platzverweis von einem bestimmten Ort oder der mehrtägigen Wegweisung aus der gemeinsamen Wohnung insbesondere die Gefährderansprache und das Kontaktverbot in Frage, um Täterinnen und Täter die Grenzen und strafrechtlichen Konsequenzen ihres Handelns aufzuzeigen.

 **HILFETELEFON**  
**GEWALT GEGEN FRAUEN**

**08000 116 016**

[www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de)

# Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen

## Diebstahlsdelikte

Bei den Diebstahlsdelikten wurde im Jahr 2019 insgesamt erneut ein leichter Rückgang um 184 Taten auf 22.542 Fälle verzeichnet. Damit ist die Anzahl angezeigter Delikte in diesem Bereich auf einen 10-Jahres-Tiefstand zurückgegangen. Diese positive Entwicklung ist besonders hervorzuheben, da diese Delikte etwa ein Drittel aller Straftaten in der Polizeidirektion Göttingen ausmachen.

Während die Delikte des sogenannten einfachen Diebstahls um rund sechs Prozent (774 Taten) auf 12.153 Fälle zurückgingen, ist für den Diebstahl unter erschwerenden Bedingungen (§ 243 StGB) ein Anstieg um sechs Prozent (590 Taten) auf 10.389 Fälle registriert worden. Dieser deutliche Anstieg erklärt sich überwiegend durch die Entwicklung von Fahrraddiebstählen unter erschwerenden Bedingungen, bei denen im Jahr 2019 eine Zunahme um 368 Fälle (11,9 Prozent) auf 3.467 Taten festzustellen war. Im niedersächsischen Vergleich nimmt die PD Göttingen damit einen mittleren Platz ein.

Ein besonderer Erfolg liegt in der Entwicklung der Wohnungseinbrüche, die im Jahr 2019 erneut rückläufig war. Hier haben die polizeilichen Maßnahmen dazu geführt, dass die Fallzahl um 8,8 Prozent (125 Taten) auf einen 10-Jahres-Tiefstand von 1.301 Fällen gesunken ist. Ebenso ist die Anzahl vollendeter Taten auf den niedrigsten Stand im Langzeitvergleich gesunken, was den Rückschluss zulässt, dass ein Großteil der Taten bereits im Versuchsstadium abgebrochen wurde.

Ferner ist es gelungen mehr als 30 Prozent, im Falle vollendeter Delikte sogar 38,2 Prozent der Taten in diesem Bereich aufzuklären. Damit ist das Risiko, als Täter/-in eines Wohnungseinbruchs ermittelt zu werden, im Bereich der Polizeidirektion Göttingen landesweit am höchsten. Diese positive Entwicklung ist für uns jedoch vor allem ein Grund, die erfolgreichen Maßnahmen auch im Jahr 2020 mit gleichbleibend hoher Intensität fortzuführen.



## Vermögens- und Fälschungsdelikte

Bei den Vermögens- und Fälschungsdelikten fällt für das Jahr 2019 in der Polizeidirektion Göttingen eine deutliche Zunahme um 1.250 Delikte (9,7 Prozent) auf 14.184 Straftaten ins Auge.

Dazu hat unter anderem der erneute Anstieg im Bereich des Warenkreditbetrugs auf 2.441 Fälle beigetragen. Dies entspricht einer Steigerung um 264 Fälle bzw. 12,1 Prozent. Ein solcher liegt vor, wenn eine Person auf Bestellung Waren erhält, anschließend jedoch nicht bezahlt. Dabei wird der Tatbestand insbesondere dann verwirklicht, wenn diese Person um ihre Zahlungsunfähigkeit weiß.

Darüber hinaus liegt in der Gruppe „sonstige weitere Betrugsarten“ ein erheblicher Anstieg vor. Diese Taten sind im Jahr 2019 um 505 Fälle auf 2.509 Taten gestiegen. Dafür könnte ein Grund darin liegen, dass in dieser Kategorie auch der sogenannte Call-Center-Betrug erfasst wird. Darunter fallen unter anderem Straftaten zum Nachteil älterer Menschen wie der „Enkeltrick“, „falsche Polizeibeamte“ oder „falsche Gewinnversprechen“, deren Häufigkeit deutlich zugenommen hat.



# Verteilung der Straftaten nach Deliktstypen

## Messerangriffe

Für das Berichtsjahr 2019 besteht erstmals die Möglichkeit der trennscharfen statistischen Erfassung von Straftaten, bei deren Begehung ein Messer eingesetzt wird. Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass unter den Begriff „Messer“ auch Gegenstände wie Dolche, Säbel oder Schwerter subsumiert werden. Die Delikte, die unter diese neue Kategorie fallen, reichen von (versuchten) Tötungsdelikten über Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Raub- und Diebstahlsdelikte bis hin zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Dabei wird auch bereits die bloße Drohung mit einem Messer in dieser Kategorie erfasst.

Im Jahr 2019 wurden insgesamt 355 Taten unter Nutzung eines Messers im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen registriert. Die urbanen Polizeiinspektionen Göttingen (98 Taten) und Hildesheim (110 Taten) sind dabei erwartungsgemäß stärker betroffen als die eher ländlich geprägten Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holz Minden (41 Taten), Nienburg/Schaumburg (74 Taten) und Northeim (32 Taten). Mit einem Anteil von 0,5 Prozent aller registrierten Delikte stellen Straftaten, bei deren Begehung ein Messer eingesetzt wird, statistisch betrachtet glücklicherweise keinen Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit dar.

## Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Straftaten, welche sich gezielt gegen ältere Menschen richten, sind in besonderem Maße verwerflich. Bei diesen Delikten bringen die Täter/-innen Menschen um ihr Hab und Gut, die oftmals ein Leben lang gearbeitet und gespart haben, um ihren Lebensabend genießen zu können.

Die Vorgehensweisen der Kriminellen reichen dabei vom Handtaschendiebstahl, über verschiedene Arten des Trickbetrugs (wie dem „Zetteltrick“ oder dem „Glas-Wasser-Trick“) bis hin zu hochorganisierten Banden, die aus Call-Centern im Ausland Betrugstatten in großer Zahl begehen. Im Rahmen der Telefonate geben sich die Täter beispielsweise als Amtsträger (z.B. als Polizeibeamte/-innen oder Staatsanwälte/-innen) oder Verwandte (sog. „Enkeltrick“) aus, um ihre Opfer unter Druck zu setzen.



Der jährlich entstandene Schaden im Rahmen dieser Delikte kann auf mehrere Millionen Euro geschätzt werden. Neben dem wirtschaftlichen Schaden haben Taten dieser Art häufig auch gravierende psychische Auswirkungen auf die Geschädigten.

Genauere Angaben fallen dabei auch deshalb schwer, da viele der Taten von den Geschädigten nicht zur Anzeige gebracht werden. Dies kann daran liegen, dass sie sich schämen, einem Betrug aufgesessen zu sein, oder diesen im schlimmsten Falle gar nicht bemerken.

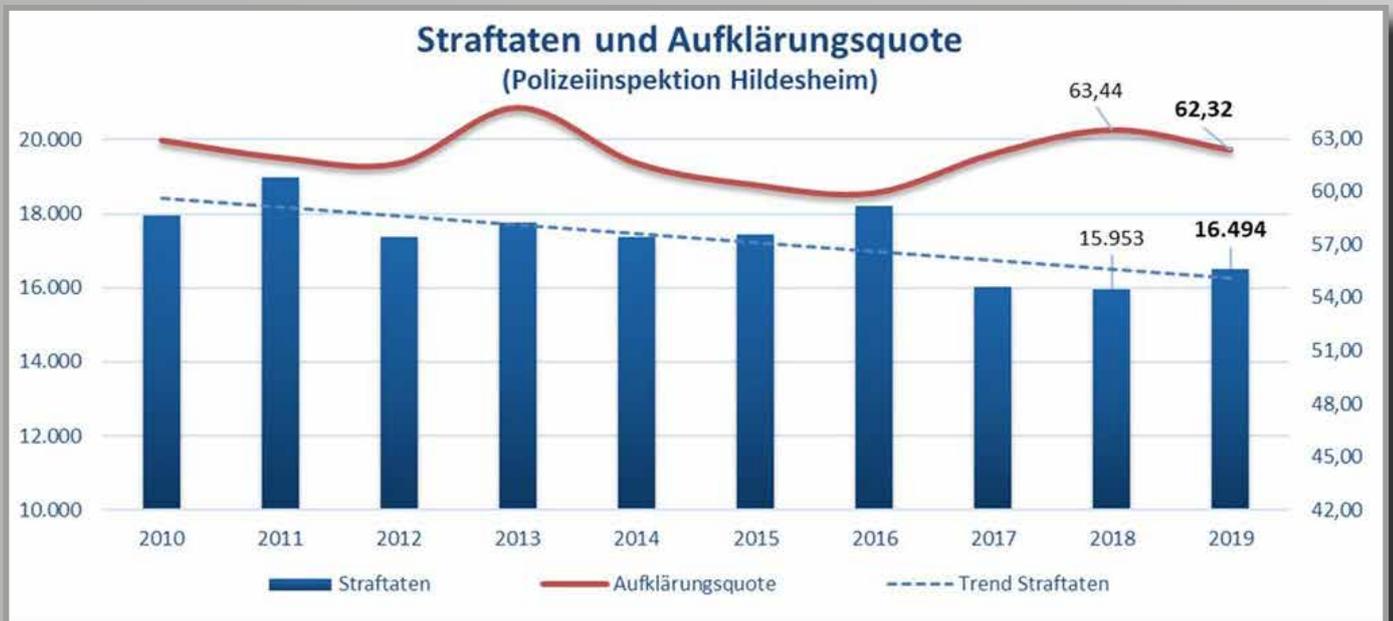
Neben der Strafverfolgung steht das Phänomen daher auch in einem besonderen Fokus der Präventionsarbeit. Neben den Seniorinnen und Senioren selbst zählen auch Angehörige und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Geldinstituten zur Zielgruppe dieser Maßnahmen. Eine weitere wichtige Komponente liegt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Beispielsweise werden über die sozialen Medien Warnmeldungen veröffentlicht, sobald sich in einem örtlichen Bereich Straftaten häufen, um potenziell Betroffene und deren Angehörige zu informieren und sensibilisieren.



## Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Hildesheim

Nachdem die Anzahl der registrierten Straftaten im Bereich der Polizeiinspektion Hildesheim im Jahr 2018 mit 15.953 Taten einen Tiefstand im Vergleich mit den Vorjahren erreicht hat, ist die Anzahl der Taten im Jahr 2019 wieder leicht auf 16.494 angestiegen.

Davon konnten insgesamt 10.279 Taten aufgeklärt werden. Somit beträgt die Aufklärungsquote 62,32 % und liegt damit um 1,12 % unter der Quote des Vorjahres.



### Gewaltdelikte zum Nachteil von Polizeivollzugsbeamten

Bei den Aggressionsdelikten gegenüber Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamten hat es 2019, im Vergleich zu den Vorjahren, wieder einen Anstieg der Fallzahlen gegeben. Es wurden insgesamt 112 Gewaltdelikte registriert, 18 mehr als 2018.

Die Anzahl von Widerstandshandlungen gegen Maßnahmen von Vollstreckungsbeamtinnen und –beamten hat sich gegenüber 2018 um sieben Fälle auf insgesamt 45 erhöht. Auch die Zahl der sonstigen Angriffe (z.B. Beleidigungen, Bedrohungen, Körperverletzungen oder Nötigungen) auf Polizeibeamtinnen und –beamte, ist im hiesigen Zuständigkeitsbereich von 56 auf 67 Taten gestiegen.



# Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Hildesheim

## Wohnungseinbruchskriminalität

Die Zahl der Wohnungseinbrüche im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hildesheim ist seit mehreren Jahren rückläufig. Im Jahr 2019 wurden in diesem Deliktsfeld 309 Taten registriert. Das sind 95 Taten weniger als im Jahr zuvor.

In 105 Fällen handelte es sich um versuchte Einbruchdiebstähle. Insgesamt 95 Taten konnten aufgeklärt werden. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 30,74 %. Trotz der sinkenden Fallzahlen bleibt die Bekämpfung der Wohnungseinbruchdiebstahls ein Schwerpunkt der Polizeiinspektion Hildesheim.



## Straftaten in Zusammenhang mit Stichwaffen

Im Jahr 2019 wurden in der Polizeiinspektion Hildesheim 110 Straftaten bekannt, die in Zusammenhang mit einer Stichwaffe begangen wurden. Beim überwiegenden Teil der Stichwaffen handelte es sich um Messer.

72 Taten ereigneten sich im Stadtgebiet, 38 im Landkreis Hildesheim. Im Vergleich zu den Vorjahren gab es auch hier einen Anstieg der Fallzahlen. 2017 und 2018 wurden jeweils 93 Fälle registriert.

Aufgeschlüsselt nach Deliktsarten, bei denen Stichwaffen zum Einsatz kamen, handelte es sich 2019 um fünf Straftaten (2017 und 2018 je eine), die sich gegen das Leben eines Menschen richteten.

Bei der Mehrheit der Taten handelte es sich um Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit, zu denen Raub-, Körperverletzungs- oder Bedrohungsdelikte zählen.

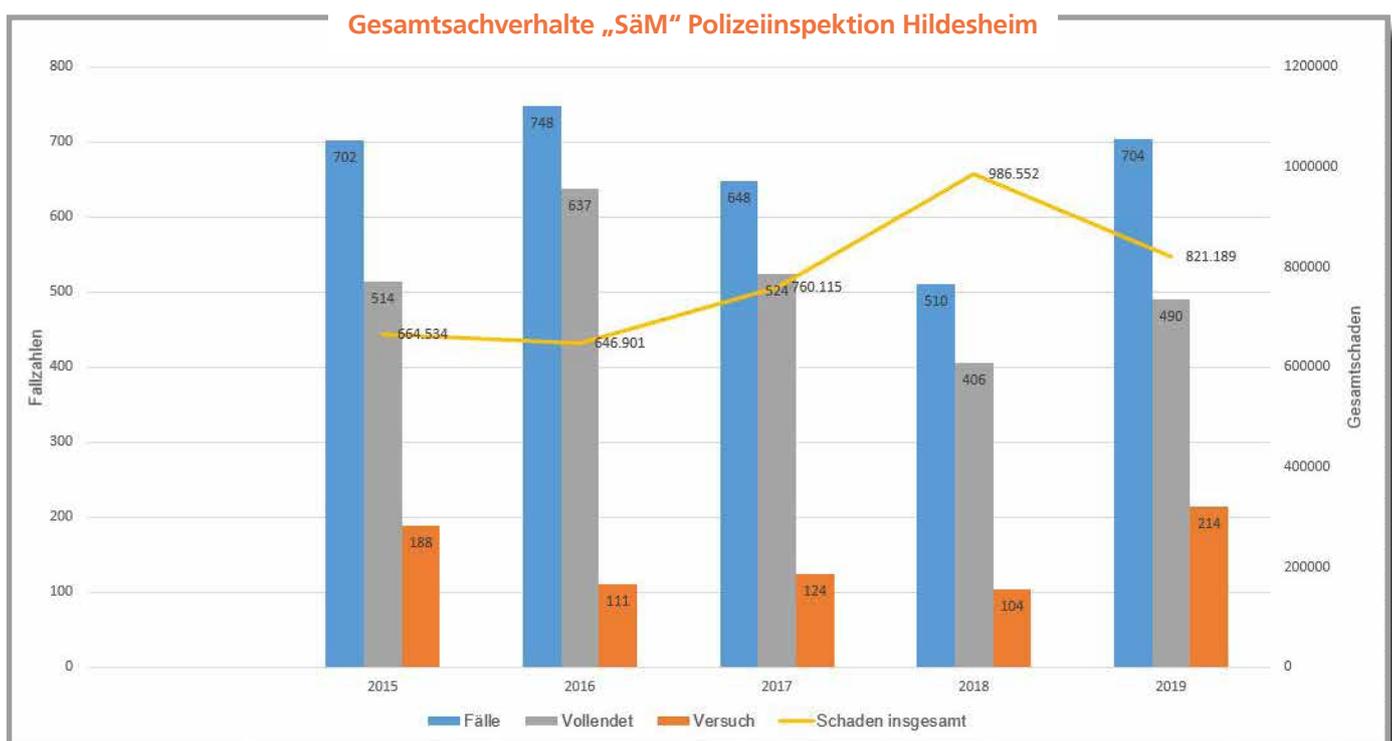


## Straftaten zum Nachteil älterer Menschen („SäM“)

Einen weiteren Schwerpunkt bei der Kriminalitätsbekämpfung bildeten nach wie vor die Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM). Im Jahr 2019 wurden insgesamt 704 Fälle bekannt, wobei es sich um 490 vollendete und 214 versuchte Straftaten mit einem Gesamtschaden von über 800.000 Euro handelte. 105 Taten konnten aufgeklärt werden.

Bei einem überwiegenden Teil dieser Straftaten handelte es sich um Diebstahls- oder Betrugsdelikte.

Zu den häufigsten Einzelphänomenen in diesem Bereich zählen das Auftreten falscher Polizeibeamter, falscher Wasserwerker, Gewinnsprechen oder der sogenannte Enkeltrick. Die Vorgehensweisen der Täter sind, u.a. durch die regelmäßige Berichterstattung und Präventionsmaßnahmen seitens der Polizei, bei vielen Bürgern bekannt. Trotzdem gelingt es den professionell vorgehenden Tätern, die mitunter auch gute Schauspieler sind, regelmäßig Opfer zu finden, die auf die perfiden Maschen hereinfliegen.



# Bekämpfung der Cyberkriminalität in der Polizeidirektion Göttingen

Digitale Technologie ist inzwischen fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Sowohl privat als auch beruflich nimmt die Anzahl genutzter Geräte und Services ebenso zu, wie die Datenmengen, welche dabei erzeugt werden. Aufgrund dieser Entwicklung rückt die digitale Sphäre auch zunehmend in das Blickfeld Krimineller, welche diese Daten und eine Vielzahl digitaler Hilfsmittel für ihre Zwecke nutzen.

## Tatmittel Internet

Das Internet als „Tatort“ bzw. „Tatmittel“ nimmt bei der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung einen immer größeren Raum ein. Die Anzahl der Straftaten, die im Zuständigkeitsbereich der gesamten Polizeidirektion Göttingen allein unter Nutzung des Internets begangen wurden, ist im Jahr 2019 um 7,4 Prozent (310 Fälle) auf 4.481 Delikte gestiegen. Internetdelikte sind Bestandteil von Cybercrime, auf die wegen des statistischen Erläuterungsbedarfs hier nicht näher eingegangen wird.

Da digitale Technologie auch bei einer Vielzahl von Straftaten eingesetzt werden kann, deren Tatbestand nicht unmittelbar mit der digitalen Sphäre verbunden ist, gibt es nur noch wenige Deliktsfelder, die nicht von dieser Entwicklung betroffen sind.

## Unternehmen erleiden Schäden in Milliardenhöhe

Die Nutzung von Schnittstellen zwischen Mensch und Maschine sowie die Verarbeitung großer Datenmengen erlangen auch im Bereich der Wirtschaft immer größere Bedeutung – sei es im Rahmen von Produktionsprozessen oder als eigene Ressource. Gerade diese hohe wirtschaftliche Bedeutung ist jedoch auch der Grund dafür, dass Wirtschaftsunternehmen immer wieder von Straftaten betroffen sind.

Nach eigenen Schätzungen dürfte sich der Schaden, den die deutsche Wirtschaft im Zeitraum 2018/2019 durch Cyberkriminalität erlitten hat, auf rund 100 Milliarden Euro belaufen. Dabei ist das Dunkelfeld enorm, denn nicht selten bleibt betroffenen Unternehmen diese Schädigung unbekannt. Doch auch wenn die Straftat von den Geschädigten bemerkt wird, schalten diese häufig nicht die Polizei ein. Dies kann unterschiedliche Gründe haben, wie die Sorge vor einem Imageschaden oder ein mangelndes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden.

Als Ansprechpartner für Fragen der Cybersicherheit steht der niedersächsischen Wirtschaft insbesondere die „Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) des Landeskriminalamtes Niedersachsen“ zur Verfügung.

Darüber hinaus ist es auch der Polizeidirektion Göttingen ein wichtiges Anliegen, Unternehmen vor Ort durch Transparenz, Information und Beratung als verlässlicher Partner zur Seite zu stehen. Sowohl in Fragen der Prävention als auch nach einem Angriff durch Cyberkriminelle, z. B. durch Datenverschlüsselung und Erpressung mit „Lösegeldforderung“, bietet sie professionelle Unterstützung an.



Dabei kann die Polizei jedoch nur durch Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung tätig werden, wenn sie von solchen oder anderen Cyberdelikten erfährt. Auf diesem Wege erlangte Informationen werden selbstverständlich absolut vertraulich behandelt. Dabei wird der laufende IT-Betrieb durch polizeiliche Ermittlungen in aller Regel nicht beeinträchtigt.

Übrigens: Im Unterschied zur Ausspähung von Konkurrenz durch Wettbewerber ist für die Abwehr staatlich gelenkter Wirtschaftsspionage, die ebenfalls über Informations- und Kommunikationsmittel erfolgen kann, der Verfassungsschutz des Landes Niedersachsen zuständig.

### Nützliche Links zum IT-Grundschutz und zur Cyber-Sicherheit im Unternehmen:

[www.zac-niedersachsen.de](http://www.zac-niedersachsen.de)

[www.bka.de](http://www.bka.de)

[www.bsi.bund.de](http://www.bsi.bund.de)

[www.sicher-im-netz.de](http://www.sicher-im-netz.de)

[www.bitkom.org](http://www.bitkom.org)

[www.nomoreransom.org](http://www.nomoreransom.org)

[www.dsin-sicherheitscheck.de](http://www.dsin-sicherheitscheck.de)

[www.asw-bundesverband.de](http://www.asw-bundesverband.de)

## Erfolgreiches internationales Vorgehen gegen „xplosives.net“

Wie wichtig Ermittlungen im digitalen Raum für den künftigen Erfolg der polizeilichen Arbeit sind, zeigten am 20. August 2019 groß angelegte Maßnahmen der Zentralstelle Internet- und Computerkriminalität (Cybercrime) der Staatsanwaltschaft Göttingen und der Zentralen Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen gegen Betreiber und Nutzer der Website „xplosives.net“.

Hinter der Domain verbarg sich ein Online-Forum, das umfangreiche und detaillierte Informationen zur Herstellung von Sprengstoffen und synthetischen Betäubungsmitteln enthielt. Zudem wurde das Board, das im freien Internet für jedermann abrufbar war, für den Handel mit Betäubungsmitteln und chemischen Grundstoffen genutzt. Darüber hinaus lagen Hinweise auf wiederkehrende „Spreng Conventions“ vor, bei denen es zu Sprengungen im öffentlichen Raum kam, die in zahlreichen Videos im Internet dokumentiert waren.

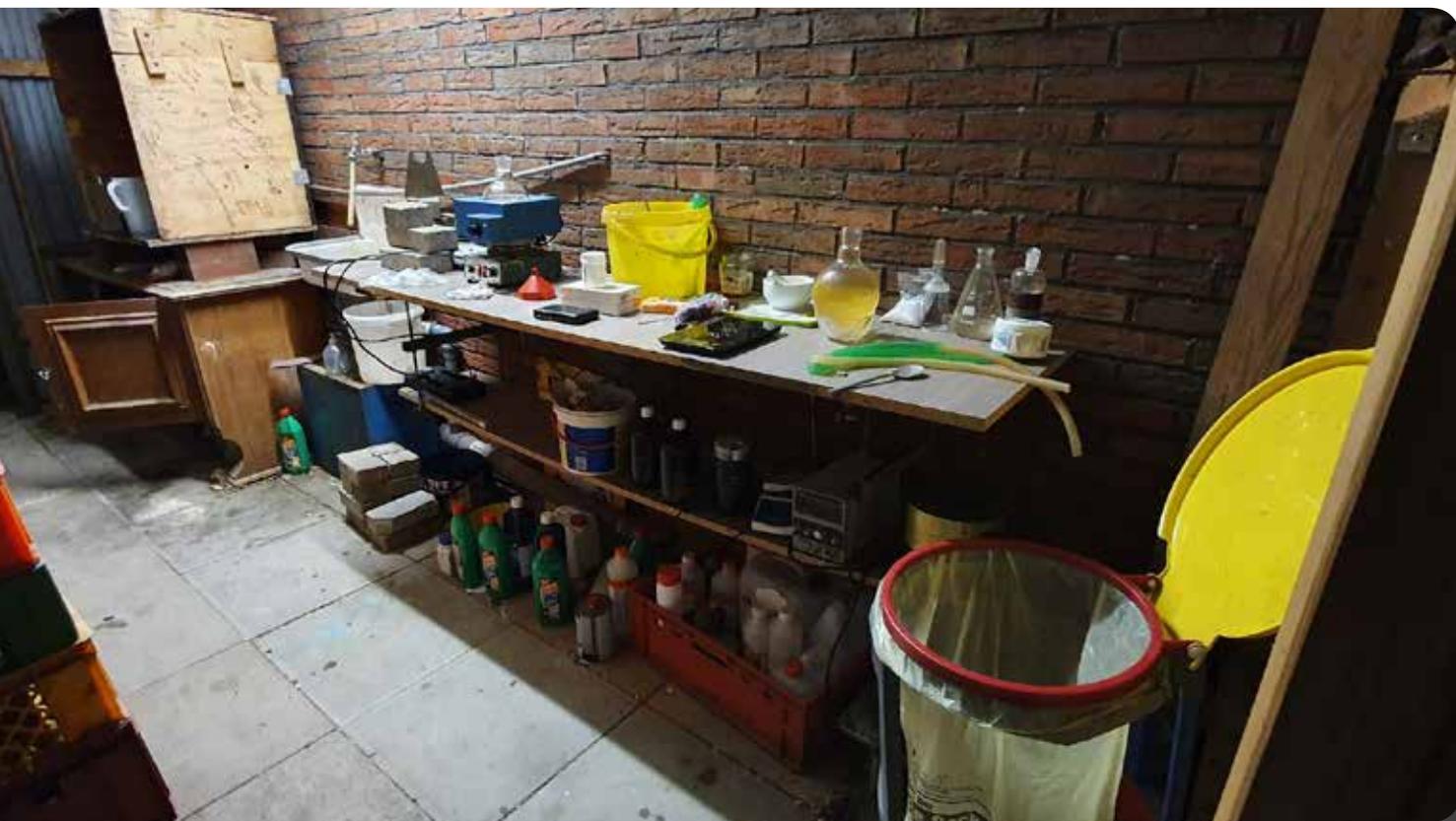
Zum Zeitpunkt der umfangreichen Maßnahmen, die in neun Bundesländern sowie in Litauen und Kroatien durchgeführt wurden, waren auf der Seite etwa 3.000 Mitglieder registriert. Die Durchsuchungen richteten sich gegen 22 Tatverdächtige im Alter von 17 bis 55 Jahren, denen Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Waffengesetz, das Sprengstoffgesetz und das Betäubungsmittelgesetz zur Last gelegt wurden. Insgesamt wurden 34 Tatobjekte von mehr als 1000 Einsatzkräften durchsucht.

Abschließend kann der Großeinsatz dabei als voller Erfolg gewertet werden. Zum einen ist es gelungen, eine große Menge an Sprengstoffen, Betäubungsmitteln sowie chemischen Grundstoffen sicherzustellen. Darüber hinaus konnten sowohl die Domain als auch der Server der Website im Ausland beschlagnahmt werden, wodurch das Forum dauerhaft vom Netz genommen wurde.

### Wegweisend für künftige Verfahren

Grundlage des erfolgreichen Einsatzes war ein umfangreiches Ermittlungsverfahren, das seit September 2018 gemeinsam mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen geführt wurde. Durch die Bündelung von Fachwissen und das große Engagement aller Beteiligten ist es gelungen, die Betreiber und Nutzer von „xplosives.net“ aus der vermeintlichen Anonymität des Internets herauszuholen.

Dieser Einsatz war in mehrfacher Hinsicht wegweisend. Auf der einen Seite zeigt das Verfahren, dass das Internet keinen rechtsfreien Raum darstellt. Um dies zu gewährleisten, ist die Polizeidirektion Göttingen seit jeher im digitalen Raum aktiv und wird diese Tätigkeiten künftig konsequent fortsetzen und erweitern. Zudem zeigt der Einsatz, wie wichtig gerade bei Ermittlungen im Bereich Cybercrime die internationale Zusammenarbeit ist, um eine erfolgreiche Strafverfolgung zu ermöglichen.





Pressekonferenz der Polizeidirektion Göttingen zum erfolgreichen internationalen Vorgehen gegen „xplosives.net“



# Bekämpfung von Cybercrime in der Polizeiinspektion Hildesheim

**Die zunehmende digitale Vernetzung und die vermeintliche Anonymität des Internets führen zu einer Zunahme und einem stetigen Wandel der Deliktsfelder im Bereich Cybercrime.**

## **Beispielsfall: Betrügerische Microsoft-Support-Anrufe**

Bereits seit einigen Jahren setzen Cyberkriminelle die Masche des gefälschten Microsoft-Support-Anrufs ein. Obwohl es in der Vergangenheit auch bereits gelungen ist, einige Täter festzunehmen, werden auch von der Polizei Niedersachsen weiterhin regelmäßig Anzeigen und Hinweise zu diesem Phänomen aufgenommen – nicht zuletzt, da die Masche leider immer wieder zum Erfolg führt. Das Vorgehen der Täter ist dabei immer gleich, wie unter anderem der folgende Fall einer 63-Jährigen aus dem Kreis Hildesheim zeigt, der sich im Juli 2019 ereignete:

Die Geschädigte wurde zunächst zufällig und fortlaufend über mehrere Tage per Telefon kontaktiert. Der englischsprachige Anrufer gab vor, von Microsoft zu stammen. Angeblich habe man auf dem Windows-Computer der Geschädigten einen Hackerangriff festgestellt, bei dem eine Schadsoftware oder Ähnliches installiert worden sei. Nun gelte es, schnell zu handeln. Zum einen benötige er dafür über das Internet Zugriff auf den betroffenen Computer. Zum anderen handele es sich bei dem Eingriff um eine kostenpflichtige Leistung.

Als sich die Angerufene darauf einließ, wurde sie zur Installation einer Fernwartungssoftware (z.B. Teamviewer) aufgefordert. Diese Software ist kostenfrei und legal im Internet verfügbar, weshalb Antivirensysteme darin auch keine Gefahr erkennen. Nachdem der Täter die Installation der Software begleitet hatte, fragte er die Zugriffsdaten der Fernwartungssoftware zum Computer der Geschädigten ab.

Sind diese an den Täter übergeben, kann er auf den Betroffenen Computer zugreifen als säße er selbst davor. So kann er beispielsweise Schadsoftware auf dem System installieren oder eine Antivirensoftware deaktivieren. Zwar ermöglicht es die Software Teamviewer, alle weiteren Tätigkeiten auf seinem System optisch zu verfolgen. Aufgrund der hohen Geschwindigkeit und Professionalität der Täter sind gefährliche Handlungen dabei jedoch oft nicht ohne Weiteres zu erkennen.

In diesem Fall gab die hier Geschädigte Bankdaten für das Onlinebanking und Gutscheincodes an den Täter weiter, sodass ein finanzieller Schaden in vierstelliger Höhe entstand. Nach mehreren Tagen und weiteren Aktionen des Täters zeigte sie den Betrug schließlich an. Im Zuge der Ermittlungen versuchte die Polizei zunächst, auf dem System der Geschädigten digitale Spuren des Angriffs zu sichern. Dazu wurde der Geschädigten eine Software zur Verfügung gestellt, welche diese Spuren automatisch erhebt. In diesem Fall führten die gesicherten Daten jedoch leider nicht mehr zum Täter.

## **Was kann ich im Falle eines betrügerischen Anrufs tun?**

- Microsoft und andere Supportanbieter arbeiten nicht mit Anrufen dieser Art. Beenden Sie daher das Gespräch. Sollten sich die Anrufe wiederholen, können Sie die Anrufer ggf. im Telefon oder Router auf eine Sperrliste setzen.
- Notieren Sie die Rufnummer, die auf Ihrem Display zu sehen ist. In einigen Fällen kann dies ein wichtiger Hinweis sein.
- Beenden Sie die Internetverbindung (LAN-Kabel ziehen/WLAN beenden).
- Sollten die Täter mittels Fernzugriff bereits in Ihrem System sein, notieren Sie die Teilnehmernummer des Remote-Computers, mit dem der Zugriff erfolgt.
- Die Polizeiinspektion Göttingen hat das Programm „Gofer“ entwickelt, die eine automatische Auswertung digitaler Spuren auf Computern ermöglicht, auf die ein Fernzugriff erfolgt ist. Das Programm kann unter [www.zik-nds.de/microsoftsupporttool/](http://www.zik-nds.de/microsoftsupporttool/) heruntergeladen werden.
- Prüfen Sie ausführlich Ihren Computer mit einer aktuellen Antivirensoftware. Zusätzliche Prüftools bekommen Sie auch auf [www.botfrei.de](http://www.botfrei.de).
- Erstellen Sie im Schadensfall Anzeige bei der Polizei. Wurden Bankdaten (oder ähnliche Angaben) genannt, informieren Sie umgehend die entsprechende Bank. Achten Sie auf unberechtigte Abbuchungen und sperren Sie ggf. sofort Ihre Kreditkarte.





## Präventionshinweise

Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Hildesheim gibt folgende Hinweise:

- Sorgen Sie durch regelmäßige Updates Ihres Systems und eine wirkungsvolle Firewall für optimale technische Voraussetzungen.
- Installieren Sie eine Antivirensoftware und halten Sie diese durch regelmäßige Updates aktuell.
- Lassen Sie Ihr Smartphone, Tablet oder Laptop nicht unbeaufsichtigt. Verwenden Sie sichere Passwörter sowie sinnvolle Sperrcodes und PIN-Nummern.
- Öffnen Sie nie unüberlegt Links oder Datei-Anhänge einer E-Mail. Hier kann Schadsoftware drohen. Laden Sie im Internet keine Dateien aus unsicheren Quellen herunter.
- Nutzen Sie öffentliche WLAN-Netze oder Hotspots nur über ein VPN (Virtuelles privates Netzwerk).
- Prüfen Sie Online-Shops anhand des Impressums und vergleichen Sie Internetauftritte. Achten Sie zudem auf Prüf- oder Gütesiegel.
- Geben Sie nicht unüberlegt persönliche Daten weiter. Seien Sie vorsichtig, wenn für kostenlose Leistungen persönliche Daten benötigt werden und Sie volljährig sein müssen, um diese in Anspruch zu nehmen.
- Nutzen Sie bei Käufen nur sichere Zahlungswege. So können Sie das gezahlte Geld gegebenenfalls zurückfordern.

**Bei allen Fragen rund um die digitale Sicherheit steht Ihnen das Fachkommissariat 3 der Polizeiinspektion Hildesheim unter der Telefonnummer 05121 / 939-0 zur Verfügung. Weitere Hinweise finden Sie auch im Ratgeber Internetkriminalität unter [www.polizei-praevention.de](http://www.polizei-praevention.de).**



## Hasskriminalität

Der Begriff der Hasskriminalität bezeichnet Straftaten, die sich aufgrund der sozialen Gruppenzugehörigkeit gezielt gegen bestimmte Personen oder Personengruppen richten. Dabei orientiert sie sich an identitätsstiftenden Merkmalen wie der Hautfarbe, der religiösen Überzeugung oder der sexuellen Orientierung. Kennzeichnend für Hasskriminalität sind vorurteilsmotivierte Taten, die zwei zentrale Merkmale aufweisen: Erstens haben sie das konkrete Ziel, Personen mit einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit im obigen Sinne individuellen Schaden zuzufügen. Zweitens haben sie einen Botschafts- und Aufforderungscharakter. Die Opfer werden als Repräsentantinnen und Repräsentanten einer auf Täterseite abgewerteten Bevölkerungsgruppe angesehen. Dies kann für gleichgesinnte Täterinnen und Täter als Legitimation für weitere Taten dienen.

Ein erschreckender Beispielfall war der Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle/Saale. Aus offenkundig rechtsextremistischen und antisemitischen Motiven versuchte ein schwerbewaffneter Täter in eine Synagoge einzudringen, um die Betenden zu töten. Als dies misslang, tötete er zwei unbeteiligte Personen.

Auch im virtuellen Raum wird im Bereich der Hasskriminalität bereits seit Längerem eine besorgniserregende Entwicklung registriert. Die Delikte reichen dabei von Nötigungen und Bedrohungen über Volksverhetzung und extremistische Inhalte bis hin zum Aufruf zu Gewalt- oder Straftaten. Viele strafrechtlich relevante Internetinhalte gelangen den Sicherheitsbehörden jedoch nicht oder erst sehr spät zur Kenntnis. Um dieses große Dunkelfeld aufzuhellen, ist es daher unerlässlich, dass entsprechende Inhalte der Polizei gemeldet werden und insbesondere Betroffene Anzeige erstatten.

Um dem Phänomen zu begegnen, geht die Polizei bundesweit mit Aktionstagen gegen Hasspostings vor. Beispielsweise wurden am 6. November 2019 in mehreren Ländern umfangreiche Maßnahmen durchgeführt, an denen sich auch die Polizei Niedersachsen beteiligte.

Zudem hat das Bundeskabinett am 30. Oktober 2019 ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen. Umfasst sind unter anderem folgende Punkte:

- Einrichtung einer neuen Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität beim BKA,
- Meldepflicht für Provider und Auskunftsbefugnis der Sicherheitsbehörden gegenüber den Anbietern von Telemediendiensten,
- Ergänzung bzw. Erweiterung der Regelungen des Strafgesetzbuchs im Bereich der Hasskriminalität und
- Ausbau und vertiefte Förderung von Präventionsprogrammen in den Bereichen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.



# Politisch motivierte Kriminalität

## Sicherheit von Amts- und Mandatsträgern/-innen

Gerade Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sehen sich in jüngster Vergangenheit verstärkt Beleidigungen, Bedrohungen, Nötigungen oder gar tätlichen Angriffen ausgesetzt. In den vergangenen Jahren lag die Anzahl der registrierten Straftaten dabei in der Polizeidirektion Göttingen jeweils im unteren zweistelligen Bereich, wobei im Jahr 2019 insgesamt 29 Fälle registriert wurden (2018: 17 Fälle).

Besondere Aufmerksamkeit haben dabei im vergangenen Jahr insbesondere verschiedene Listen aus dem rechtsextremistischen Bereich erregt, die Informationen zu Einzelpersonen, Institutionen oder Organisationen enthielten. Diese Sammlungen enthalten mitunter mehrere Tausend Datensätze, die sowohl aus Datenhacks und –leaks als auch aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen. In Niedersachsen werden alle Personen, von deren Nennung auf einer solchen Liste die Polizei Kenntnis hat, darüber informiert. In der Polizeidirektion Göttingen betraf dies im Jahr 2019 einen zweistelligen Personenkreis. Gleichwohl ist damit nicht automatisch auch eine konkrete Gefährdung dieser Personen verbunden. In vielen Fällen dient ein solches „Outing“ in erster Linie dazu, politische Gegner zu diskreditieren und zu verunsichern.



Allerdings ist auch in diesem Deliktsbereich von einem deutlich größeren Dunkelfeld auszugehen, da viele Taten nicht zur Anzeige gebracht werden. Der deutliche Anstieg von 70 Prozent bekannt gewordener Straftaten legt jedoch nahe, dass viele Betroffene nicht mehr bereit sind, derartige Straftaten als „Teil ihres Jobs“ zu akzeptieren und sich an die Polizei wenden – eine Entwicklung, welche die Polizeidirektion Göttingen ausdrücklich begrüßt.

Neben der Anzeigebereitschaft ist die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Polizei und Betroffenen der zweite wichtige Baustein einer effektiven Strafverfolgung und Präventionsarbeit. Um diesen Austausch zu vertiefen wurden im vierten Quartal des Jahres 2019 auf Direktions- sowie Inspektionsebene groß angelegte Informationsveranstaltungen zu diesem Thema veranstaltet. Darüber hinaus stehen die Ansprechpartnerinnen und -partner der Polizeidirektion Göttingen Betroffenen natürlich auch im Jahr 2020 jederzeit für alle Fragen der persönlichen Sicherheit zur Verfügung.



### Ihr Kontakt zur Polizeiinspektion Hildesheim

Beleidigungen, Bedrohungen oder tätliche Angriff auf Amts- und Mandatsträgerinnen und –träger sowie in der Öffentlichkeit stehende Personen bilden keine Ausnahme mehr.

Das Fachkommissariat 4 der Polizeiinspektion Hildesheim steht allen Betroffenen als zuverlässiger und kompetenter Ansprechpartner für alle Fragen der persönlichen Sicherheit zur Verfügung.

Geschäftszimmer  
Tel.: 05121 / 939-343

### In dringenden Fällen oder Notsituationen wählen Sie den Notruf 110!

Bringen Sie jedes strafrechtlich relevante Verhalten zur Anzeige! Nehmen Sie auch im Zweifelsfall Kontakt zu Ihrer Polizei auf!

## Dokumentenprüfer in der Polizeiinspektion Hildesheim

Derzeit sind in der Polizeiinspektion Hildesheim sechs Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im Nebenamt als Dokumentenprüfer/-innen tätig. Davon nehmen zwei ihre Aufgaben in einer Dokumentenprüfstelle wahr, die seit Januar 2019 im Fachkommissariat 3 der Inspektion eingerichtet ist.

Ihre Tätigkeit umfasst unter anderem

- die Echtheitsprüfung von Dokumenten (Pässe, Personal- ausweise, Führerscheine, etc.), die im Rahmen polizeilicher Maßnahmen sichergestellt oder von anderen Behörden zur Prüfung übersandt wurden,
- die Gestaltung und Durchführung von Fortbildungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Polizei, aber auch externer Behörden wie z.B. Meldeämtern und Zulassungsstellen, und
- die Unterstützung bei polizeilichen Maßnahmen wie Kontrollen und Durchsuchungen.

Die Feststellungen der Dokumentenprüfer/-innen werden in einem gerichtsverwertbaren Urkundenprüfbericht festgehalten. Hierfür steht eine moderne technische Ausrüstung, wie Stereomikroskop, Lupen, UV-Lampen sowie eine umfangreiche Datenbank zur Verfügung.

Aufgrund interner wie externer Schulungen und der damit verbundenen Sensibilisierung werden die Dokumentenprüfer in den letzten Jahren zunehmend in Anspruch genommen.

Im Jahr 2018 wurden 275 Dokumente überprüft, was im Vergleich zum Vorjahr der doppelten Anzahl entspricht. Davon waren etwa 45 Prozent der Dokumente ge- oder verfälscht. Hinzu kommen von der Führerscheinstelle des Landkreises Hildesheim eingesandte Dokumente, die statistisch gesondert erfasst werden.

Das frühzeitige Erkennen von Fälschungen ist von großer Bedeutung für die gemeinsame Aufgabe der Gefahrenabwehr durch Polizei und Verwaltungsbehörden. Denn je später ein gefälschtes Dokument bemerkt wird, desto schwieriger gestaltet sich die Täterermittlung, insbesondere da diese oft Scheinadressen nutzen. Das folgende typische Phänomen kann diesen Umstand verdeutlichen: Ein Täter meldet sich unter Vorlage gefälschter Dokumente bei einem Meldeamt an, um seinen illegalen Aufenthalt zu „legalisieren“ und in den Besitz einer Meldebescheinigung zu kommen. Damit wiederum ist es ihm möglich, Bankkonten zu eröffnen und – ggf. in Verbindung mit einer gefälschten Verdienstbescheinigung – Kredite zu beantragen, die später seitens der Bank zur Auszahlung kommen. Zeitnah wird vom Täter über das Geld verfügt bzw. auf Auslandskonten transferiert. Um dies zu verhindern ist es unerlässlich, vom Täter genutzte Fälschungen frühzeitig zu erkennen.

**Als Ansprechpartner zum Thema steht/stehen Ihnen zur Verfügung:**

**PHK Frank Szameit  
Tel.: 05121 / 939-333**

**POK Patrick Falkenstern  
Tel.: 05121 / 939-431**

**Anfragen können auch per E-Mail an das Fachkommissariat 3 des Zentralen Kriminaldienstes gestellt werden:**

**[fk3@pi-hi.polizei.niedersachsen.de](mailto:fk3@pi-hi.polizei.niedersachsen.de)**



# Gewalt gegenüber Polizei- und Rettungskräften

Bereits seit mehreren Jahren verzeichnen Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei, dass sich Einsatzkräfte zunehmend Übergriffen ausgesetzt sehen. Dabei reichen diese vom respektlosen Umgang bis hin zu verbalen oder körperlichen Attacken. Zu besonderer Sorge veranlasst dabei, dass Hilfskräfte dadurch zunehmend in ihrer Tätigkeit behindert oder deren Ausübung gar vollständig unterbunden wird.



So können Sie die Einsatzkräfte unterstützen:

Wenn Sie Zeuge eines Rettungseinsatzes werden, geben Sie den Einsatzkräften die Möglichkeit zum Ereignisort zu gelangen. Leisten Sie etwaigen Anweisungen Folge und unterstützen Sie soweit erforderlich.

Im Zusammenhang mit Hilfeinsätzen sind Beeinträchtigungen der Allgemeinheit oftmals nicht zu vermeiden. Daher bitten wir Sie, Verständnis für die Einsatzkräfte zu zeigen, die häufig auch eigene Risiken eingehen, um zu helfen.



## Straftaten zum Nachteil von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten

Die Zahl der Gewaltdelikte gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ist mit 461 angezeigten Straftaten im Vergleich zum Jahr 2018 erneut deutlich angestiegen. Damit setzt sich die negative Entwicklung der vergangenen Jahre leider fort.

Zu den angezeigten Taten wurden insgesamt 404 Tatverdächtige ermittelt. Zu einem deutlich überwiegenden Teil waren diese männlich (83 Prozent oder 337 Personen). Bemerkenswert ist gleichwohl, dass der Anteil weiblicher Tatverdächtiger im Vergleich zum Jahr 2018 leicht um vier Prozentpunkte auf 17 Prozent (67 Personen) angestiegen ist.

209 der Tatverdächtigen (51,7 Prozent) standen bei der Tatbegehung unter Alkoholeinfluss, bei 29 Personen (7,2 Prozent) wurde eine Beeinflussung durch Rauschgift oder Medikamente festgestellt.

Zudem sind Polizei-beamtinnen und -beamte immer häufiger mit Personen konfrontiert, die sich in einem psychischen Ausnahmezustand befinden. Als Beispiele können dafür Fälle der Amtshilfe bei Zwangseinweisungen oder Einsätze in sozialpsychiatrischen Einrichtungen genannt werden.

## Straftaten zum Nachteil von Rettungskräften

Besonders verwerflich ist die Tatsache, dass auch im vergangenen Jahr in 43 Fällen Straftaten gegen Rettungskräfte begangen wurden. Im Jahr 2018 waren es 35 Fälle.

Diese Tendenz korrespondiert mit der Entwicklung im Bereich der Straftaten gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte. Dies zeigt, dass die Hemmschwelle zur Gewaltausübung offenbar auch gegenüber Personen zurückgeht, die ihren Beruf ausschließlich ausüben, um in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen.





Verkehrssicherheitsarbeit

Sicher unterwegs.  
**Sicher unterwegs.**

# Verkehrslagebild der Polizeidirektion Göttingen

Sicherheit im Straßenverkehr ist ein Grundbedürfnis und wichtiges Merkmal individueller Lebensqualität. Daher hat die Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen einen hohen Stellenwert.

Entsprechend der landesweiten Entwicklung ist auch in der Polizeidirektion Göttingen ein leichter Anstieg der Gesamtunfallzahlen zu verzeichnen. Mehr Verkehrsunfälle bedeuten auch ein höheres Risiko, verletzt oder getötet zu werden. Folglich ist die vom präventiven Leitgedanken geprägte Verkehrssicherheitsarbeit ein bestehender Schwerpunkt der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung. Die Polizeidirektion Göttingen wird daher auch zukünftig ihren konsequenten Beitrag als Partner des Netzwerkes für Verkehrssicherheit leisten, um eine sichere Verkehrsteilnahme aller zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt dieser Maßnahmen steht es, das Verantwortungsbewusstsein und die gegenseitige Rücksichtnahme im Straßenverkehr zu fördern. Dabei verfolgt die Polizeidirektion Göttingen ein integratives Konzept, das neben regelmäßigen Kontrollmaßnahmen einen besonderen Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit legt. Die wichtigsten Zielgruppen sind dabei Fahranfängerinnen und -anfänger, Fahrrad- und Motorradfahrer/-innen (inklusive Elektrokraftfahrzeuge, wie z.B. E-Scooter), Seniorinnen und Senioren, Kindern sowie Fußgängerinnen und Fußgänger, da diese Gruppen in besonderem Maße gefährdet sind. Dabei arbeitet die Polizeidirektion Göttingen in Netzwerkpartnerschaften eng mit einer Vielzahl weiterer Träger der Verkehrssicherheitsarbeit zusammen.

Im Bereich des gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehrs erfolgt eine spezialisierte Überwachung durch die besonders ausgebildeten Beamtinnen und Beamten der Regionalen Kontrollgruppe (RKG).

Zur Erfüllung der verkehrspolizeilichen Aufgaben wurde unter Beteiligung aller Polizeibehörden im Landespolizeipräsidium zudem eine gemeinsame Fachstrategie Verkehr entwickelt. Diese wird die „Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020“ des Landes ablösen. Neben dem „Megatrend“ Radverkehr, der im Jahr 2020 ein strategisches Leitthema darstellt, wird auch die Nutzung der Elektrokraftfahrzeuge hierbei eine besondere Beachtung finden.

Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der Polizeidirektion Göttingen stehen die Hauptunfallursachen

- überhöhte Geschwindigkeit,
- Alkohol- und Drogenbeeinflussung und
- Ablenkung durch mobile Endgeräte.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Überprüfung der Gurtpflicht bzw. der Nutzung von Rückhaltesystemen. Durch das Nichtanlegen Ihres Sicherheitsgurtes können bei einem Verkehrsunfall schwerwiegende oder tödliche Verletzungen eintreten. Hier bleibt deutlich darzustellen: Ein Sicherheitsgurt kann Leben retten.

## Verkehrsunfallstatistik

<b>34.462</b>	<b>Verkehrsunfälle gesamt</b>
<b>855</b>	<b>schwerwiegende Verkehrsunfälle</b>
<b>64</b>	<b>getötete Personen</b>
<b>937</b>	<b>schwerverletzte Personen</b>
<b>1.112</b>	<b>unfallbeteiligte Kinder und Jugendliche</b>
<b>1.057</b>	<b>unfallbeteiligte Motorradfahrer</b>
<b>422</b>	<b>Unfallursache Alkohol</b>
<b>93</b>	<b>Unfallursache BTM/Medikamente</b>

## Unsere Maßnahmen / Feststellungen

<b>45.988</b>	<b>Geschwindigkeitsmessungen</b>
<b>10.787</b>	<b>Gurtverstöße</b>
<b>7.441</b>	<b>Handyverstöße</b>
<b>1.634</b>	<b>Fahren ohne Fahrerlaubnis</b>
<b>1.215</b>	<b>Blutentnahmen (Alkohol)</b>
<b>1.118</b>	<b>Blutentnahmen (Drogen)</b>

## Prävention

Als Initiator der Verkehrsunfallprävention behält die Polizei insbesondere aktuelle Entwicklungen in den Bereichen des Automobils, motorisierter Fahrräder und anderer Fortbewegungsmittel im Blick. Aufgrund örtlicher Verkehrsunfallanalysen werden dabei gezielt Schwerpunkte gesetzt.

Im Rahmen der Präventionsarbeit kommt der Kooperation mit unterschiedlichen Netzwerkpartnern eine besondere Bedeutung zu. Neben alt bewährten Konzepten konzentriert sie sich insbesondere auch auf das Thema „Ablenkung im Straßenverkehr“. Dies wird auch durch die Zahl der festgestellten Verstöße zur „Ablenkung durch elektronische Geräte“ belegt. Bei den festgestellten und geahndeten Geschwindigkeitsverstößen ist erkennbar, dass vermehrt auf eine „qualifizierte“ Ahndung durch direktes Anhalten des Betroffenen geachtet wird.

# Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeiinspektion Hildesheim

## Verkehrsunfallentwicklung

Die Anzahl der Verkehrsunfälle im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hildesheim im Jahr 2019 ist im Vergleich zum Vorjahr um 391 auf insgesamt 8.255 Unfälle angestiegen. 1.130 Unfälle ereigneten sich dabei auf der Autobahn. 525 davon im Bereich von Baustellen. Im Jahr zuvor wurden innerhalb von Autobahnbaustellen lediglich 144 Unfälle registriert. Der Anstieg der Gesamtunfallzahlen ist somit im Wesentlichen auf die Einrichtung zusätzlicher Baustellen auf der Autobahn zurückzuführen. Hier führt insbesondere die geringe Fahrstreifenbreite vermehrt zu schadenserheblichen Berührungen zwischen Kraftfahrzeugen.

Die Anzahl der Verletzten ist im Vergleich zum Vorjahr von 1.282 auf 1.407 angestiegen. 1.178 Personen wurden leicht und 229 schwer verletzt.

Die Zahl der Verkehrstoten hat sich von 14 auf 15 erhöht. Davon wurden 13 Personen bei Unfällen in Stadt und Landkreis Hildesheim und 2 Personen bei Unfällen auf der Autobahn tödlich verletzt.

## Unfälle unter Alkohol- und Drogeneinfluss

In 89 Fällen standen Unfallbeteiligte im Jahr 2019 unter Alkoholeinfluss und in 22 Fällen unter Einfluss von Betäubungsmitteln. Demgegenüber stehen 471 sogenannte folgenlose Trunkenheitsfahrten, wobei 263 Verkehrsteilnehmer unter dem Einfluss von Alkohol und 208 unter Drogeneinfluss unterwegs waren.

Die nicht unerhebliche Anzahl der festgestellten folgenlosen Alkohol- und Drogenfahrten ist auf die intensive Kontrollarbeit der Polizei in diesem Betätigungsfeld zurückzuführen.

## Unfälle unter Beteiligung von Radfahrern

Die Polizeiinspektion Hildesheim registrierte 2019 272 Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern. In 32 Fällen handelte es sich um Pedelecs. Bei insgesamt 30 Unfällen wurden die Radfahrer dabei schwer verletzt. Im Jahr zuvor wurden insgesamt 284 Unfälle mit Radfahrern verzeichnet, wobei in 19 Fällen Beteiligte schwere Verletzungen davontrugen.

Ursächlich für schwere Verkehrsunfälle sind oftmals:

**UNANGEPASSTE GESCHWINDIGKEIT**  
**FEHLERHAFTES ÜBERHOLEN**  
**VORFAHRTSVERSTÖSSE**  
**EINFLUSS VON ALKOHOL & DROGEN**  
**ABLENKUNG AM STEUER**



## Verkehrssicherheitsarbeit

Einen wichtigen Aspekt zur Senkung der Unfallzahlen stellt die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei dar. Im Fokus stehen dabei u.a. die Geschwindigkeit, das Fahren unter Alkohol- und Drogeneinfluss, die Ablenkung durch Nutzung elektronischer Geräte, die mangelnde Ladungssicherung oder Verstöße gegen Lenk- und Ruhezeiten. Im Folgenden werden beispielhaft einige Aktionen und Maßnahmen dargestellt, mit denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verkehrssicherheit im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hildesheim beitragen.

Die Polizeikommissariate führen seit mehreren Jahren regelmäßig wiederkehrende Verkehrssicherheitswochen durch und gewährleisten darüber hinaus eine flächendeckende Verkehrsüberwachung im Rahmen der Alltagsorganisation. Ferner widmen sich insbesondere Kolleginnen und Kollegen des Präventionsteams, der Verfügungseinheit sowie der Autobahnpolizei durch diverse Aktionen und Kontrollmaßnahmen der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit.

So wurde auch im Jahr 2019 die Verkehrserziehung in Kindergärten und Grundschulen fortgesetzt. Das Gelände der Jugendverkehrsschule in der Steingrube wurde umfangreich modernisiert, damit dort auch zukünftig vor allem Kinder üben und ihre Fahrradprüfungen ablegen können. Im Rahmen von zehn Großaktionen wurden insgesamt 555 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen 1 und 2 zu den Themen Suchtproblematik, junge Fahranfänger, Jugendstrafverfahren sowie Alkohol und Drogen im Straßenverkehr informiert.

Zudem fanden sechs Veranstaltungen zum Thema Seniorinnen und Senioren im Straßenverkehr statt. Im Fokus standen dabei u.a. die Medikamenteneinwirkung und Folgen im Straßenverkehr, Verkehrsunfallflucht oder Neuerungen im Straßenverkehr. In Kooperation mit der Verkehrswacht wurden wieder mehrere Aktionen zum Thema „Fit im Auto“ durchgeführt. 121 Seniorinnen und Senioren nahmen an den Veranstaltungen teil.

Mit der Aktion „Rumms! Bleiben Sie fair – wählen Sie 110“ wurden durch die Kolleginnen und Kollegen mehrere Aktionen zur Aufklärung im Bereich der Verkehrsunfallflucht durchgeführt.

Auch auf der Autobahn 7 hat die Polizei Verkehrssicherheitsarbeit durch mehrere Großkontrollen des gewerblichen Güterkraft- sowie Personenbeförderungsverkehrs geleistet, bei denen jeweils diverse Verstöße festgestellt und geahndet wurden.

## Neue Mobilitätsform

Zu Beginn des Jahres 2019 rückte mit dem Oberbegriff „E-Scooter“ eine „neue Mobilitätsform“ in den Fokus, in deren Folge am 15.06.2019 die Elektrokraftfahrzeugverordnung in Kraft trat. In dieser Verordnung wird klar definiert, welche Voraussetzungen diese Kraftfahrzeuge erfüllen müssen, um die Privilegien dieser Verordnung in Anspruch zu nehmen. Es liegt somit im Auge des Kontrolleurs, ob diese bei Verkehrskontrollen vorliegen oder die allgemeinen, verkehrsrechtlichen Regeln gelten.

Im Stadtgebiet Hildesheim wurden kurz nach Inkrafttreten der Verordnung durch die Verleihfirma „Tier“ in Absprache mit der Stadt Hildesheim 130 Vehikel zur Nutzung in einen per GPS-überwachten Verkehrsraum gestellt. Öffentlich prophezeit wurde ein Chaos – dieses ist nicht eingetreten!

Vereinzelt sieht man im Stadtgebiet Hildesheim die Nutzung von geliehenen E-Scootern und in wenigen Fällen auch Benutzer privater Elektroroller. Sicherlich werden die E-Scooter nach dem Gebrauch schon einmal behindernd im öffentlichen Verkehrsraum abgestellt oder durch Werfen in den Graben entsorgt; dieses sind jedoch Ausnahmen.

Ab dem 15.06.2019 wurden von der Polizei zwei Verkehrsunfälle mit Beteiligung von E-Scootern verzeichnet, einer im Landkreis und einer im Stadtgebiet von Hildesheim. Ferner wurden im Zuständigkeitsbereich drei Fälle registriert, in denen die E-Scooter unter Alkoholeinfluss und in drei weiteren Fällen unter Betäubungsmittelinfluss geführt wurden. Es gab zudem 18 Fälle, bei denen Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz vorlagen. Fünf Mal kam es zu einem strafbaren Verhalten durch Fahren ohne Fahrerlaubnis.

Die polizeilichen Kontrollen in diesem Mobilitätsbereich werden in jedem Fall konsequent fortgesetzt.



## Die regionale Kontrollgruppe der Polizeidirektion Göttingen – mit digitalem Know-how zum Erfolg

Die Bundesautobahnen A 7 und A 38 stellen Hauptachsen für den nationalen und internationalen gewerblichen Güterverkehr dar. Da LKW dabei einen wachsenden Anteil am gesamten Verkehr haben, kommt es auch häufiger zu schweren Verkehrsunfällen, an denen diese beteiligt sind. Dies gilt in besonderem Maße, da ein hoher Wettbewerbsdruck in der Branche dazu verleitet, die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften mit dem Ziel der Kostensenkung zu vernachlässigen.

Im Jahr 2019 ereigneten sich auf den Autobahnen im Bereich der Polizeidirektion Göttingen 2.358 Verkehrsunfälle. Bei mehr als der Hälfte der Fälle (1.317) war ein LKW oder Bus beteiligt. Von diesen Unfällen wiederum können 263 auf Mängel im Bereich der Technik, der Ladungssicherung oder auf Fehler des Fahrzeugführers bzw. -führerin zurückgeführt werden.

In der Folge entstehen neben den unmittelbaren Folgen für Menschen und Sachen auch volkswirtschaftliche Schäden durch Staubbildung, wobei die BAB 7 im Bereich Südniedersachsen in besonderer Weise betroffen ist. Neben den teilweise erheblichen Personenschäden kam es so insbesondere durch Staubbildung auch immer wieder zu einem großen wirtschaftlichen Schaden.

Dieser Entwicklung tritt die Polizeidirektion Göttingen mit gezielten Kontrollen des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs (GGPV) entschieden entgegen. Dabei verfolgen wir einen ganzheitlichen Ansatz und arbeiten im Rahmen von Sicherheitskooperationen eng mit weiteren Behörden und den Polizeien anderer Bundesländer zusammen. Zudem fand auch eine Beteiligung an europaweiten Kontrollaktionen statt. Ein weiterer Kontrollschwerpunkt ist zudem die Bekämpfung von Autobahnkriminalität, da Schnellverkehrswege auch zunehmend als Transport- und Rückzugswege bei der Begehung von Straftaten genutzt werden. Unter anderem können in diesem Zusammenhang Delikte im Bereich des Ladungsdiebstahls, des Drogenschmuggels oder der Abfallverschiebung genannt werden. Neben den regelmäßigen Kontrollen zählen insbesondere auch vielfältige Angebote im Bereich der Prävention sowie eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit zu unseren Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit.



## Die regionale Kontrollgruppe der Polizeidirektion Göttingen – mit digitalem Know-how zum Erfolg

Durch eine erneute Ausweitung der Kontrollmaßnahmen des nationalen und internationalen Güterkraftverkehrs konnte die Polizeidirektion Göttingen im Jahr 2019 den Kontrolldruck in diesem Bereich erhöhen. Dabei wurden unter anderem auch präventive und repressive Alkoholkontrollen durchgeführt. Die konstant hohen Beanstandungsquoten von 50 bis 70 Prozent im Bereich der LKW-Kontrollen verdeutlichen den Stellenwert der Maßnahmen. Deshalb wird dieser Weg konsequent fortgesetzt; so ist der Güterkraftverkehr z.B. ein Schwerpunkt in der Fachstrategie Verkehr.

Die fortschreitende Digitalisierung der Fahrzeugtechnik wie auch der vorgeschriebenen Begleitpapiere, stellt die Fachkompetenz und technische Ausstattung der Einsatzkräfte vor neue Herausforderungen. Die Polizeidirektion Göttingen begegnet diesem Umstand, indem sie fachliche Expertise und technisches Know-how im Rahmen einer Regionalen Kontrollgruppe (RKG) bündelt.

Neben groß angelegten Kontrollen auf Behördenebene unterstützt die RKG mit ihrem Fachwissen auch repressive wie präventive Maßnahmen der Polizeiinspektionen, wie z.B. regelmäßig durchgeführte Verkehrssicherheitswochen. Durch umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen und zukunftsorientierte Investitionen in Personal und Technik, stellt die Polizeidirektion Göttingen zudem sicher, auch künftig mit der Entwicklung in diesem Bereich Schritt zu halten.

Die Polizeidirektion Göttingen wird ihren erfolgreichen Weg im Bereich der Präventionsmaßnahmen und Kontrollen des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs auch weiterhin konsequent fortsetzen und so gemeinsam mit vielfältigen Sicherheitspartnern dafür sorgen, dass alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer schnell und sicher an ihr Ziel gelangen.



# Bekämpfung der Hauptunfallursachen

Trotz intensiver Kontrollmaßnahmen, stetiger Präventionsarbeit und einer engen Kooperation mit Netzwerkpartnern, wie z.B. den Landes- oder örtlichen Verkehrswachten, liegen die Hauptursachen schwerer Verkehrsunfälle auch in der Polizeidirektion Göttingen in den Bereichen:

**Überhöhte  
Geschwindigkeit**

**Beeinflussung durch  
Alkohol oder Drogen**

**Ablenkung  
durch mobile Endgeräte bzw.  
technische Einrichtungen**

Neben diesen Hauptunfallursachen stehen bei Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen zudem die Beachtung von Lenkzeiten und Vorschriften zur Ladungssicherung im Schwerlastverkehr sowie die Einhaltung der Gurtpflicht im Mittelpunkt. Letztere betrifft insbesondere auch die jüngsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, die noch nicht eigenständig über ihre Sicherheit entscheiden können. Hier können korrekt genutzte Rückhaltesysteme Leben retten bzw. schwere Unfallfolgen verhindern oder mildern. Zudem bedeuten sie bei Verkehrsunfällen mehr Sicherheit für die anderen Fahrzeuginsassen, die durch ungesicherte Mitfahrerinnen und -fahrer ebenfalls verletzt werden können.

## Hauptunfallursachen

In der Verkehrsunfallstatistik lassen sich bei insgesamt 34.462 Verkehrsunfällen im Bereich der Polizeidirektion Göttingen hinsichtlich der Ursachen folgende Feststellungen treffen:

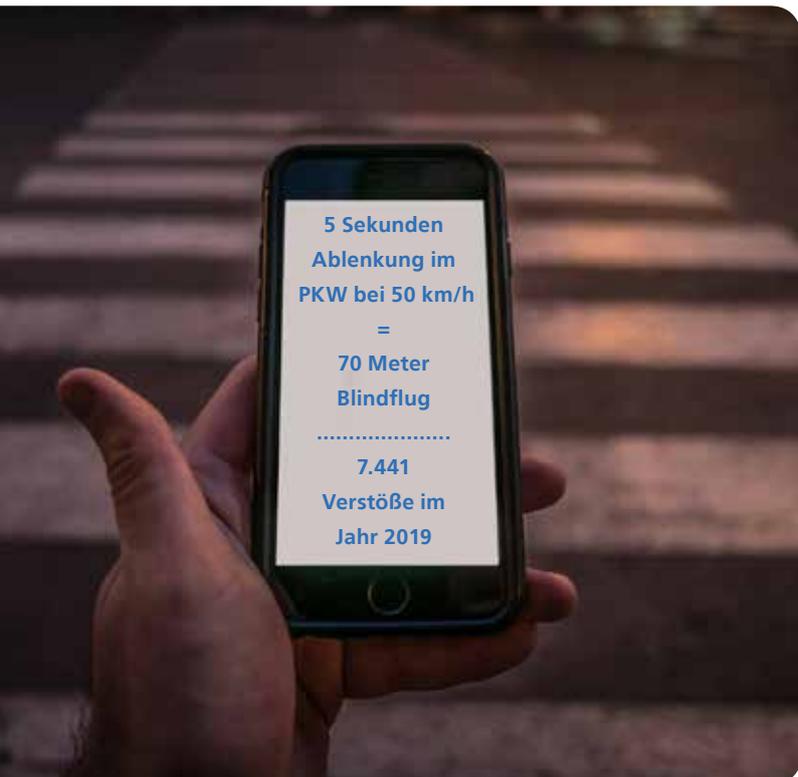
**422** Verkehrsunfälle unter Alkoholeinfluss  
**93** Verkehrsunfälle unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln und Medikamenten  
**1.621** Verkehrsunfälle aufgrund nicht angepasster Geschwindigkeit

Aufgrund der großen Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologie nimmt zudem auch die Bedeutung der Ablenkung im Straßenverkehr stetig zu. Durch die Sensibilisierung der Polizeibeamtinnen und -beamten für das Thema im Rahmen der Unfallaufnahme sowie die technische Möglichkeit, nach einem Unfall Nutzungsdaten eines Smartphones auszuwerten, gelingt es zunehmend die Dunkelziffer in diesem Bereich zu verringern. Eine gesicherte Datenbasis zur statistischen Erfassung von Ablenkung als Unfallursache ist momentan gleichwohl noch nicht möglich.

## Ablenkung und Verantwortung

Die Teilnahme am Straßenverkehr, insbesondere mit einem Kraftfahrzeug, bedeutet eine erhöhte Verantwortung gegenüber anderen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Dass ständige Vorsicht und die gegenseitige Rücksichtnahme dabei als Grundvoraussetzungen anzusehen sind, ergibt sich bereits aus dem ersten Paragraphen der Straßenverkehrsordnung.

Dennoch wird diese Grundregel immer wieder von Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern vernachlässigt und dies häufig unbewusst. Insbesondere die ernstesten Gefahren, die bereits ein kurzer Moment der Ablenkung hinter dem Steuer haben kann, werden unterschätzt. Denn jede Ablenkung erhöht die Reaktionszeit, die häufig über den Ausgang kritischer Situationen entscheidet.



# Bekämpfung der Hauptunfallursachen

Natürlich handelt die Polizei aber auch genau dort konsequent und schöpft die rechtlichen Möglichkeiten aus, wo Präventionsarbeit ihre Wirkung verfehlt:



**Nutzung eines elektronischen Geräts, das der Kommunikation, Information oder Organisation dient oder zu dienen bestimmt ist, auf dem Fahrrad** → 55 Euro  
**... und dadurch Gefährdung anderer** → 75 Euro  
**... und dadurch Verursachung eines Unfalls** → 100 Euro

In der öffentlichen Debatte wird das Thema „Ablenkung im Straßenverkehr“ oftmals auf den Gebrauch des Smartphones reduziert. Doch auch andere Verhaltensweisen wie das Gespräch mit dem Beifahrer oder der Beifahrerin, laute Musik, ein längerer Blick auf das Navigationsgerät, das Säubern einer Scheibe oder Essen und Trinken am Steuer haben ablenkende Wirkung. Dabei erhöhen sowohl visuelle als auch motorische Ablenkungsfaktoren das Unfallrisiko.

Auch wer auf dem Fahrrad oder zu Fuß am Straßenverkehr teilnimmt, setzt sich durch Unaufmerksamkeit einem erhöhten Risiko aus. Besonders gilt dies bei Verhaltensweisen, die neben der Ablenkung dazu beitragen können, dass Warnsignale überhört werden. Ein Beispiel dafür ist das Hören von Musik oder Hörbüchern per Kopfhörer.

## Mehr als jeder Zweite lässt sich ablenken

Die Auswirkungen der Ablenkung auf die Sicherheit im Straßenverkehr bestätigt unter anderem ein aktueller Bericht des Deutschen Verkehrssicherheitsrats (DVR): Dieser beruft sich unter anderem auf eine Studie aus den USA, die bei 68 Prozent der erfassten Unfälle mit Sach- und/oder Personenschaden Ablenkungsfaktoren feststellt.

Auch eine aktuelle Umfrage der Kampagne „Runter vom Gas“ besagt, dass 61 Prozent der befragten Pkw-Fahrerinnen und -Fahrer das Mobiltelefon in bestimmten Situationen wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich auch hinter dem Steuer nutzen würden.

An der repräsentativen Studie, die im Auftrag der Kampagneninitiatoren vom Marktforschungsinstitut Kantar TNS durchgeführt wurde, nahmen insgesamt 2.500 Personen teil.

Am häufigsten wird das Smartphone dabei im Stau (52 Prozent der Befragten) oder an einer roten Ampel (30 Prozent der Befragten) genutzt. Und das, obwohl 92% der Befragten bei derselben Umfrage angeben, dass sie das Bedienen des Mobiltelefons im Straßenverkehr als gefährlich einstufen. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) der befragten Handybesitzerinnen und -besitzer gibt zudem an, durch Nutzung des Mobiltelefons im Straßenverkehr bereits in eine gefährliche Situation geraten zu sein, wovon sieben Prozent durch Ablenkung sogar in einen Unfall verwickelt wurden.

# Bekämpfung der Hauptunfallursachen

## „Was ist schon passiert?“ – Beispielfälle, in denen Ablenkung eine Rolle spielte

Die folgenden Beispiele schwerer Verkehrsunfälle aus dem Jahr 2019 zeigen, wie wichtig eine regelmäßige und forcierte Verkehrsüberwachung durch die Polizei gerade auch in diesem Bereich ist:

### Fall 1, 22. Juni 2019

Eine junge Mutter ist nach einem Spaziergang mit ihrem sechs Wochen alten Kind auf dem Nachhauseweg. Dabei nutzt sie mit dem Kinderwagen ordnungsgemäß den linken Fahrbahnrand. In der Gegenrichtung kommt ihr der Fahrer eines Pkw mit seinem Fahrzeug entgegen. Vermutlich infolge von Ablenkung übersieht dieser jedoch Kind und Mutter und stößt mit dem Kinderwagen zusammen. Dadurch wird das Kind so schwer verletzt, dass es am darauffolgenden Tag verstirbt. Zur Beweissicherung hat die Polizei in diesem Fall daher das Mobiltelefon des Fahrers sichergestellt.

Dass der Unfallverursacher zudem alkoholisiert war, verdeutlicht darüber hinaus, dass sich die Wirkung mehrerer unfallbegünstigender Faktoren auf tragische Weise potenzieren kann.

### Fall 2, 23. Juli 2019

Dass gravierende Unfallfolgen häufig bereits durch einfachste, korrekte Verhaltensweisen vermieden werden könnten, zeigt auch der folgende Sachverhalt: Am genannten Tag befährt ein Lkw-Fahrer mit seinem Sattelzug die A 7. Da er durch die Bedienung seines Navigationsgerätes abgelenkt ist, übersieht er einen weiteren Sattelzug, der aufgrund einer Panne auf dem Standstreifen abgestellt ist – und dies, obwohl die Stelle durch Absperrmaterial und einen Funkstreifenwagen der Polizei mit Blaulicht abgesichert ist.

In der Folge fährt er durch die Absperrung auf den Streifenwagen auf, wodurch der Fahrer des liegengebliebenen LKW zwischen seinem und dem Polizeifahrzeug eingeklemmt wird. Dabei erleidet er so schwere Verletzungen, dass er noch am Unfallort verstirbt.

Die absichernden Polizeibeamten können sich mit großem Glück durch einen Sprung über die Schutzplanke retten.

### Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit

Die Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen gehen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Maßnahmen gegen die Hauptunfallursachen im Straßenverkehr vor. Neben regelmäßigen, teilweise groß angelegten Kontrollmaßnahmen zählt dazu auch ein breites Spektrum an Präventionsmaßnahmen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei konzertierten Kontrollmaßnahmen im Rahmen gemeinsamer Verkehrssicherheitstagen und -wochen zu. So wurden im Jahr 2019 im gesamten Behördengebiet über 30 Aktionen dieser Art durchgeführt.



**Polizeidirektor Michael Weiner, bis zum 29.02.2020  
Leiter des Dezernates 12 – Einsatz und Verkehr**

**„Lassen Sie sich beim Führen Ihres Fahrzeuges nicht ablenken! Der Blick gehört auf die Straße. Das gilt für alle technischen Geräte gleichermaßen.**

**Wenn Sie z.B. ihr Smartphone nutzen oder eine neue Adresse in das Navigationsgerät eingeben möchten, machen Sie einen kurzen Stopp und fahren Sie anschließend konzentriert weiter.**

**So können Sie auf einfache Weise Leben retten.“**

## Fachstrategie Verkehr

Als polizeiliche Kernaufgabe zählt die Verkehrssicherheitsarbeit zu den wichtigsten Tätigkeitsfeldern der Polizei Niedersachsen. Vor diesem Hintergrund rief der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport die Verkehrssicherheitsinitiative (VSI) 2020 ins Leben. Ziel ist, die Zahl der Verkehrsunfälle in Niedersachsen mit getöteten und schwerverletzten Personen um ein Drittel zu reduzieren.

Mit dem Ende des Jahres 2019 ist die VSI 2020 ausgelaufen, was die Frage nach anschließenden Maßnahmen eröffnet. Dies gilt nicht zuletzt, da die Ziele der VSI 2020 leider nicht erreicht werden konnten. Auf der einen Seite geht dies darauf zurück, dass die Zahl der Verkehrstoten zum Jahresende aufgrund einzelner Verkehrsunfälle mit einer Vielzahl beteiligter Personen deutlich anstieg. Zum anderen gilt es festzuhalten, dass dynamische Entwicklungen die Verkehrssicherheitsarbeit vor andauernde Herausforderungen stellen.

Der hohen Bedeutung der Verkehrssicherheit wird zum einen mit ihrer Aufnahme als Ziel der Gesamtstrategie 2027 Rechnung getragen. Zum anderen wird im Landespolizeipräsidium seit dem Jahr 2018 unter Beteiligung aller Polizeibehörden die Fachstrategie Verkehr entwickelt. Diese wird die VSI 2020 ablösen und der Verkehrssicherheitsarbeit landesweit eine neue Ausrichtung geben.

Die Fachstrategie legt sechs sogenannte Umweltrends fest, aus denen die operativen Schwerpunkte der künftigen polizeilichen Maßnahmen abgeleitet wurden.

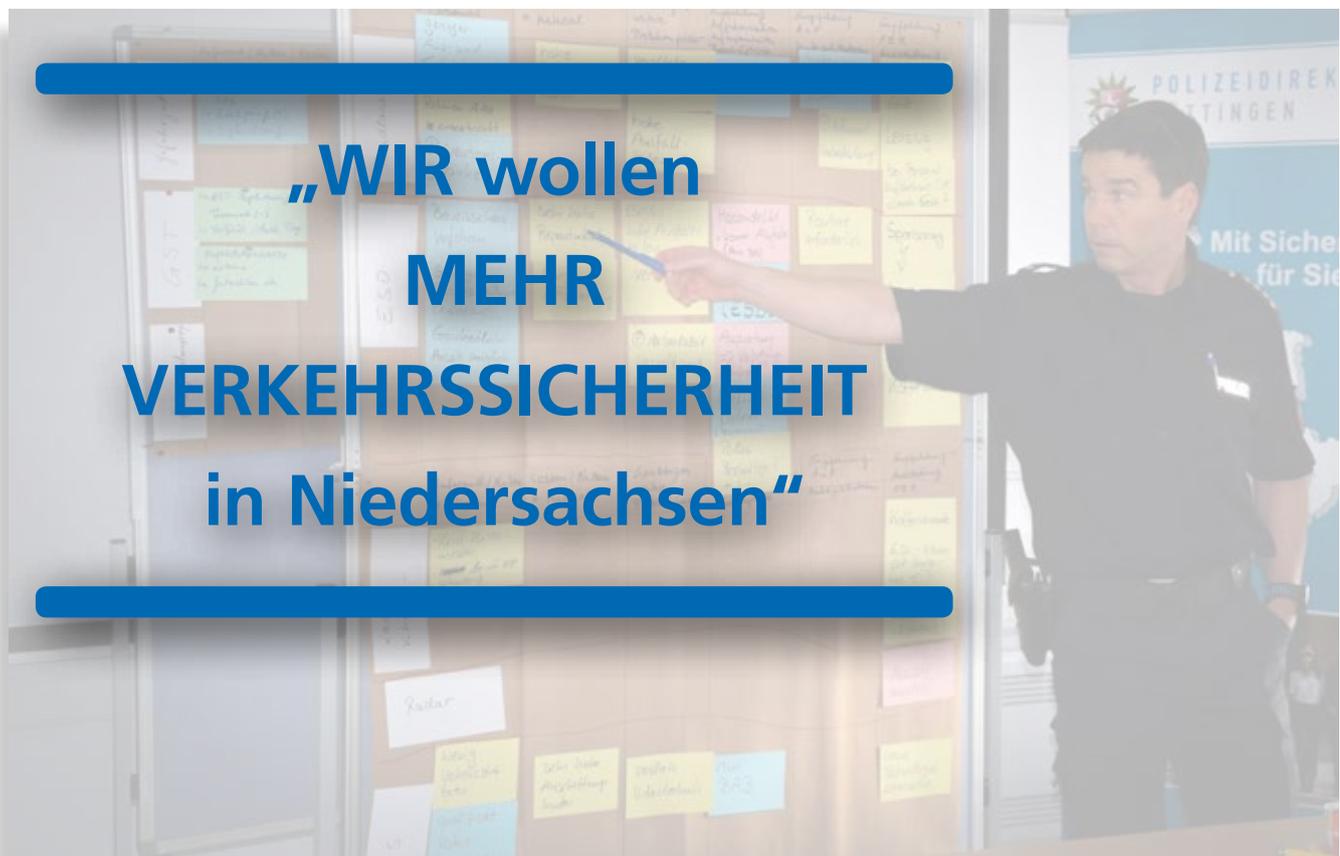
Eine besondere Herausforderung dürfte dabei der „Megatrend“ des Radverkehrs darstellen. Dabei wird sich insbesondere die zunehmende Verbreitung von Pedelecs und anderen Elektrokleinstfahrzeugen auch im Unfallgeschehen niederschlagen. Neben der Beratung und Aufklärung, z.B. im Rahmen der polizeilichen Präventionsarbeit, wird hier auch die Gestaltung des Verkehrsraums als Sicherheitsfaktor an Bedeutung gewinnen.

Als weitere Umweltrends wurden neue Mobilitätsformen wie das autonome Fahren und eine Zunahme des Güterkraftverkehrs identifiziert.

Um alle umfassten Bereiche sachgerecht und konkret beurteilen zu können, wird nun im Rahmen einer Organisationsuntersuchung überprüft, wie die Polizei im Bereich der Verkehrssicherheit aufgestellt ist und welche Optimierungsmöglichkeiten angesichts der aktuellen Herausforderungen bestehen. Damit lehnt sich die Umsetzung der Fachstrategie Verkehr im Vorgehen eng an den Gesamtstrategieprozess der Polizei Niedersachsen an.

Ein Ziel wird es hierbei sein, Zuständigkeiten zu optimieren und neue Standards für die polizeiliche Aufgabenerfüllung festzulegen und gegebenenfalls anzupassen. Dies betrifft unter anderem die Bereiche der Verkehrsunfallprävention, der Unfallaufnahme und –bearbeitung und der Verkehrsüberwachung.

Dabei steht die intensive Arbeit im Sinne der Gesamtstrategie der Polizei Niedersachsen stets unter dem Motto:





Prävention.

Informieren und beraten.  
**Wir informieren und beraten.**

# Präventionsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen

Neben Maßnahmen im Bereich der objektiven Sicherheit kommt auch dem persönlichen Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger eine große Bedeutung für die polizeiliche Arbeit zu. Sowohl im Bereich der Kriminalität als auch der Verkehrssicherheit kann hier gerade eine umfangreiche und professionelle Präventionsarbeit einen wesentlichen Beitrag leisten.

## Kriminalprävention

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung unterschiedlicher Kriminalitätsphänomene nimmt die Prävention eine wichtige Rolle ein, da sie bereits im Vorfeld einer Straftat dazu beitragen kann, dass es gar nicht erst zu einem Schaden kommt. Darüber hinaus fällt darunter auch die Betreuung von Personen, die Opfer einer Straftat wurden.

Schwerpunkte der Präventionsarbeit, die einen Fokus auf mögliche Opfer einer Straftat richten, lagen im Jahr 2019 in den Bereichen der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (Erarbeitung eines Behördenkonzeptes), der Beratung von Schulen zum Thema Radikalisierung und Islamfeindlichkeit und der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls.

In der Kinder- und Jugendprävention lag ein Schwerpunkt des Jahres 2019 im Bereich der Mediensicherheit, wobei insbesondere das Thema Cybermobbing an Bedeutung gewonnen hat.

Mittlerweile verfügen Kinder bereits ab der dritten Grundschulklasse über ein eigenes Smartphone. Gerade im Umgang mit persönlichen Daten fehlt es jedoch oftmals an Vorbildern.

Von Cybermobbing betroffene Schülerinnen und Schüler fühlen sich zudem in besonderem Maße hilflos, da versandte Fotos mit beleidigendem Inhalt regelmäßig über einen längeren Zeitraum im Internet sichtbar sind.

Nachhaltige Kinder- und Jugendprävention hängt im großen Maße von der Zusammenarbeit in interdisziplinären Netzwerken ab. Zum Thema Cybermobbing plant die niedersächsische Landesschulbehörde deshalb in allen Polizeidirektionen Fachtagungen für Lehrkräfte und Angehörige der Polizei, die in der Polizeidirektion Göttingen bereits am 4. September 2019 in der Universität Göttingen stattfand.

Auch die entsprechenden Fachbereiche der Landkreise und kreisfreien Städte sind wichtige Netzwerkpartner der Polizei, wenn es darum geht, dieser Herausforderung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu begegnen. Zudem können Aufklärung und Medienbildung in der Schule wie auch im Elternhaus wesentlich zur Entstehung eines Unrechtsbewusstseins für Straftaten im Internet und zum Erfolg kriminalpräventiver Maßnahmen beitragen. Vor diesem Hintergrund wurden in allen Polizeiinspektionen unterschiedliche gemeinsame Veranstaltungen mit Schulen und Trägern der Jugendarbeit durchgeführt.

### „Sicherheits- und Gewaltpräventionsmaßnahmen in Schulen“

04. September 2019

Georg-August Universität, Netzwerk Lehrerfortbildung, 37075 Göttingen, Waldweg 26



# Präventionsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen

Daneben wurde zum Thema Cybersicherheit mit unterschiedlichen Partnern eine Vielzahl von Präventionsveranstaltungen durchgeführt, die sich an ein breites Publikum jeden Alters richteten. Beispielhaft können die folgenden genannt werden:

## → „Online? Aber sicher!“, 08. Oktober 2019

Veranstaltung des Niedersächsischen Innenministeriums zum Thema IT-Sicherheit mit circa 400 Besucherinnen und Besuchern. Neben vielfältigen Infoständen gehörte auch eine Live-Hacking-Show zum Programm, die Einblicke in das Vorgehen von Tätern gewährte und praktische Hinweise zum Schutz vor Cyberkriminalen gab.



## → Safer Internet Day, 11. Februar 2019

Internationaler Aktionstag, an dem sich unter anderem die Präventionspuppenbühne der Polizeidirektion Göttingen durch Aufführungen ihres Medienstücks beteiligte.

### Verkehrsprävention

Auch im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit hat die Prävention einen hohen Stellenwert. Dabei stellen rasante Entwicklungen im Bereich bekannter wie neuer Mobilitätsformen (z.B. „Pedelecs“) alle Beteiligten immer wieder vor neue Herausforderungen. Aufgrund ihrer Fachkenntnis ist die Polizei dabei wichtiger Initiator verkehrsunfallpräventiver Maßnahmen. Entscheidender Erfolgsfaktor sind auch hier gut funktionierende Netzwerke. Dies gilt

- sowohl intern in der Zusammenarbeit des Einsatz- und Verkehrsbereiches mit den Fachkommissariaten für Verkehrsstraftaten und den Präventionsteams in den Inspektionen
- als auch extern bei der Kooperation mit Vereinen, Schulen und weiteren Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit.

Damit trägt polizeiliche Prävention als Teilbereich zu einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz bei, der zum Ziel hat, gleichzeitig flexibel auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren sowie kontinuierlich und nachhaltig zur Verkehrssicherheit beizutragen. Dabei werden die Hauptunfallursachen Geschwindigkeit, Ablenkung sowie Alkohol und Drogen im Straßenverkehr in besonderem Maße berücksichtigt.

Durch die Zusammenarbeit mit Gremien wie dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR), Verkehrsunternehmen wie z.B. dem Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (VSN) aber auch örtlichen Schulen gelingt eine Präventionsarbeit, die hohe Reichweiten erzielt und individuell auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten ist. Beispiele dafür waren im Jahr 2019 die Kampagnen „Tippen tötet“, „Runter vom Gas“ oder „Alkohol im Straßenverkehr“. Zu Beginn der Motorradsaison liegt zudem stets ein besonderer Schwerpunkt auf der Beratung von Kraftradfahrerinnen und -fahrern. Hier ist besonders die „Spezialisierte Kontrollgruppe Krad“ hervorzuheben, deren Mitglieder ihr Fachwissen neben gezielten Kontrollaktionen auch im Rahmen präventiver Gespräche einsetzen, die sich in besonderer Weise an jüngere Fahrerinnen und Fahrer richten.

Im Jahr 2019 erfolgten zudem erstmals sogenannte präventive Abfahrtskontrollen des Schwerlastverkehrs im Bereich der Autobahn A7. Dabei wurde Fahrerinnen und Fahrern auf freiwilliger Basis die Durchführung eines Atemalkoholtests angeboten, um ihre Fahrtauglichkeit zum Zeitpunkt der geplanten Abfahrt einzuschätzen. An den Test beteiligten sich insgesamt 1.392 Fahrerinnen und Fahrer, von denen 186 unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen standen. Dabei lässt sich feststellen, dass der erhöhte Kontrolldruck und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit bereits kurzfristig einen positiven Einfluss auf die Entwicklung der Zahlen hatten.



# Das Präventionsteam der Polizeiinspektion Hildesheim

Die polizeiliche Präventionsarbeit leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur erfolgreichen Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. In der Polizeiinspektion Hildesheim stehen hierfür sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Sie bilden das Präventionsteam.

## Gabriele Freier

Koordinatorin Präventionsteam  
Beauftragte für Kriminalprävention  
05121 / 939-108  
gabriele.freier@polizei.niedersachsen.de

## Frank Kompe

Beauftragter für Jugendsachen  
05121 / 939-107  
frank.kompe@polizei.niedersachsen.de

## Hans-Joachim Kliem

Verkehrssicherheitsberater  
05121 / 939-259  
hans-joachim.kliem@polizei.niedersachsen.de

## Helmut Brehme

Verkehrserziehung / Jugendverkehrsschule  
05121 / 939-284  
helmut.brehme@polizei.niedersachsen.de

## Unsere Kontaktbeamten:

### Michael Hartleib

05121 / 939-282  
michael.hartleib@polizei.niedersachsen.de

### Frank Meißner

05121 / 939-281  
frank.meissner@polizei.niedersachsen.de

### Bernd Wiltzsch

05121 / 939-280  
bernd.wiltzsch@polizei.niedersachsen.de

## Schwerpunkte im Jahr 2019

### Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Die Bekämpfung der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen war im Jahr 2019 ein Schwerpunktthema der polizeilichen Präventionsarbeit in der Polizeiinspektion Hildesheim. Im Rahmen dessen wurden regelmäßige Informationsveranstaltungen durchgeführt. Zielgruppe waren dabei überwiegend Seniorinnen und Senioren. Neben Informationen zu Phänomenen wie falsche Polizeibeamte, Enkeltrick oder falsche Handwerker wurden Verhaltenshinweise gegeben und Informationsmaterial an Interessierte ausgehändigt. Ferner fanden Veranstaltungen in Banken und Sparkassen statt. Zielgruppe hierbei waren neben älteren Personen und ihren Angehörigen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geldinstitute, um diese zu sensibilisieren, wenn z.B. Seniorinnen oder Senioren eine größere Bargeldabhebung von ihrem Konto beantragen.

### Wohnungseinbruchdiebstahl

Ein weiterer Schwerpunkt der Präventionsarbeit war und ist die Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls. Neben Einzelfallberatungen, bei denen Bürgerinnen und Bürger nach Terminabsprache zuhause aufgesucht und individuell über mögliche Sicherungsmaßnahmen informiert wurden, führten die Kolleginnen und Kollegen auch im Jahr 2019 diverse Informationsveranstaltungen und Vorträge zum Thema durch.





Moderne Technik und Ausstattung.

Wir nutzen sie.

## Einsatzbegleitende Polizeitechnik - zukunftsorientiert und effektiv

Die stetig voranschreitende Digitalisierung bietet auch der Polizeitechnik eine Vielzahl neuer Möglichkeiten. Ziel ist dabei die größtmögliche Unterstützung der operativen Tätigkeiten in allen Bereichen der Polizeiarbeit. Die dynamische technologische Entwicklung macht es dabei erforderlich, auch die polizeiliche IT-Peripherie stetig anzupassen, zu erweitern und zu modernisieren.

Eine moderne technische Ausstattung dient dabei sowohl der Aufgabenerfüllung als auch dem Ziel, gerade auch für die nachfolgenden Generationen als attraktiver Arbeitgeber zu punkten. Eine besondere Bedeutung hat dabei natürlich bei sogenannten Einsatz- und Führungsmitteln die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Jahr 2019 wurde daher erneut umfangreich in Verbesserungen der persönlichen Schutz- und Einsatzausstattung investiert.

### Umstellung der Telefonie auf VoIP (Voice over IP)

Im vergangenen Jahr erfolgten innerhalb der Polizeidirektion Göttingen die ersten 54-standortbezogenen Umstellungen auf die neue VoIP-Technik. Damit erreicht die Umstellung der abgängigen ISDN-Technik auf den neuen Standard, die im privaten Bereich bereits in den letzten Jahren vollzogen wurde, auch die Polizei. Die landesweit erforderliche, zentrale Umstellung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Landes-IT-Dienstleister „IT Niedersachsen“ im Rahmen des Projektes „Voice4Nds“. Dabei werden unter anderem auch neue Telefone ausgeliefert.

Im Jahr 2020 sind in enger Kooperation mit IT.Niedersachsen sukzessiv weitere Umstellungen der größeren Standorte geplant. Die vollumfänglich technische Umsetzung wird voraussichtlich bis in das Jahr 2021 hinein andauern. Eine weitere Folge ist dabei, dass künftig auch der Support rund um die Telefonie durch den zuständigen Vor-Ort-Service des IT Niedersachsen erfolgen wird.





### 62.557-mal von Nord nach Süd

Im Jahr 2019 standen der Polizeidirektion Göttingen 548 Fahrzeuge zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags zur Verfügung. Dabei entsprach die Gesamtfahrleistung etwa 10,3 Millionen Kilometer. Gemessen an der Luftlinie hätte das Direktionsgebiet von der nördlichsten Dienststelle in Hoya bis zur südlichsten Dienststelle in Staufenberg 62.557-mal durchquert werden können.

Für Beschaffung, Betrieb und Unterhalt des Fuhrparks sind Ausgaben in Höhe von rund 3,31 Millionen Euro getätigt worden, was etwa 23 Prozent des Gesamthaushalts der Behörde entspricht.

### Ausweitung der Elektromobilität

Im vergangenen Jahr hat die Polizeidirektion Göttingen die Fahrzeugflotte im Segment der E-Mobilität von 15 auf 27 elektrisch betriebene Einsatzfahrzeuge (davon 17 mit Hybridantrieb) aufgestockt. Zudem stehen im Rahmen des Landesprojektes „air“ die Auslieferung von zwölf weiteren Einsatzfahrzeugen mit Hybridantrieb an.

Der Anteil der E-Fahrzeuge am Gesamtfuhrpark beträgt dann rund 7,1 Prozent. Damit einhergehend wird auch der Ausbau der polizeieigenen Ladeinfrastruktur auf dem Gebiet der Polizeidirektion Göttingen weiter vorangetrieben. Ferner werden in 2020 mindestens zehn weitere Ladepunkte installiert.

# Schutz- und Einsatzausstattung

## Ein Signal, das Leben retten kann

Im Einsatzalltag können Polizeibeamtinnen und –beamte immer wieder in Kontakt mit Rauchgasen kommen. Daher hat die Polizeidirektion Göttingen im September 2019 insgesamt 154 CO-Warngeräte an die nachgeordneten Inspektionen ausgeliefert. Die Geräte ermöglichen es, auch im Einsatz ohne größere Aufwände, sich vor einer Kohlenmonoxid(CO)-Vergiftung zu schützen und entsprechende Gefahrenbereiche rechtzeitig zu erkennen.

Kohlenmonoxid ist farb-, geschmacks- und geruchslos und kann ohne technische Hilfsmittel auch in höheren Konzentrationen nicht bemerkt werden. Genau hierin liegt die „Heimtücke“, da das Gas im Fall des Einatmens zu schweren Gesundheitsschäden bis hin zum Erstickten führen kann. Die CO-Warngeräte stellen daher aus Sicht der Polizeidirektion Göttingen einen wichtigen Beitrag zur Optimierung der Eigensicherung der Kolleginnen und Kollegen im Dienstbetrieb dar.



## Deeskalierende Wirkung erwartet

Im Herbst 2019 wurden insgesamt 57 „Bodycams“ inklusive der zu ihrem Betrieb erforderlichen technischen Infrastruktur in die Polizeidirektion Göttingen geliefert und anschließend auf die Inspektionen verteilt. Die formelle Inbetriebnahme im täglichen Dienst erfolgte im Dezember 2019 und wurde durch regionale Pressetermine begleitet. Die Polizeidirektion Göttingen verspricht sich neben der Beweissicherung von den „Bodycams“ eine deeskalierende Wirkung, die zu einem verbesserten Schutz von Einsatzkräften vor tätlichen Angriffen und weiteren Übergriffen beiträgt.

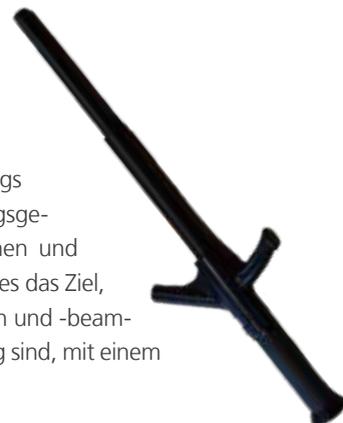


Der Einsatz der Kameras ist strikt an die rechtlichen Voraussetzungen des neuen Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetzes (NPOG) geknüpft. Dazu wurde ein behördeninternes Fortbildungskonzept entwickelt, welches neben technischen Aspekten insbesondere die rechtlichen Voraussetzungen erläutert. Aufgrund der erforderlichen Schulungen sowie der erst kürzlich zurückliegenden Einführung liegen bis dato noch keine „Einsatz-erfahrungen“ vor.

Zudem nimmt die Polizeidirektion Göttingen durch die frühzeitige Entscheidung der Behördenleitung, zur zentralen Beschaffung einer Mindestausstattung für die nachgeordneten Dienststellen in diesem Bereich, eine Vorreiterrolle ein.

## Teleskopierbare Einsatzstöcke

Die bereits im Jahr 2018 begonnene Beschaffung und Auslieferung des teleskopierbaren Einsatzstockes (EKA 21) mit Adapter ist im Jahr 2019 fortgesetzt worden. Inzwischen verfügt die Polizeidirektion Göttingen über 790 EKA 21. Nach einer vorgeschriebenen Einweisung im Rahmen des systemischen Einsatztrainings werden diese als persönliche Ausrüstungsgegenstände an die beschulten Kolleginnen und Kollegen ausgegeben. Perspektivisch ist es das Ziel, zumindest alle Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, die schwerpunktmäßig operativ tätig sind, mit einem eigenen EKA 21 auszustatten.



## Neue Funktionsweste

Ende 2019 wurde das Ausschreibungsverfahren für eine neue Funktionsweste erfolgreich abgeschlossen. Die neue Weste wird die Aufnahme persönlicher Führungs- und Einsatzmittel sowie ballistischer Schutzpakete der aktuellen, individuellen Unterzieh-schutzweste ermöglichen. Auch die „Bodycam“ kann künftig an der neuen taktischen Funktionsweste getragen werden.

Im ersten Quartal 2020 soll die neue Funktionsweste über den Web-Shop des Logistikzentrums Niedersachsen verfügbar und aus dem persönlichen Bekleidungsbudget zu beziehen sein. Die Funktionsweste wird mit einem modularen Taschensystem angeboten, das an die individuellen Bedürfnisse angepasst werden kann.

Damit alle Kolleginnen und Kollegen jeweils eine Weste mit optimalem Schutz und Tragekomfort erhalten, wird gegenwärtig ein Größenschlüssel zur Harmonisierung bereits bestehender ballistischer Schutzpakete mit der neuen Funktionsweste ermittelt. Damit wird künftig der berechtigten Forderung nach einer adäquaten und funktionellen Einsatzkleidung in verstärktem Maße Rechnung getragen.





Veranstaltungen.

Im Sport dabei.



Die Ausübung des Polizeiberufs ist ohne sportliche Fitness nicht denkbar. Daher ist regelmäßiger Sport im und neben dem Dienst fest in den Alltag von Polizeibeamtinnen und -beamten integriert. Am 28. und 29. August 2019 waren die besten Leichtathletinnen und -athleten unter ihnen im Göttinger Jahnstadion zu Gast, um sich im Rahmen der 37. Deutschen Polizeimeisterschaften miteinander zu messen.

Bei besten Wetterbedingungen hatten Besucherinnen und Besucher, die teilweise aus anderen Bundesländern angereist waren, die Möglichkeit eine Vielzahl spannender Entscheidungen zu verfolgen, an denen auch Nachwuchstalente des deutschen Spitzensports teilnahmen.

Veranstalter der Meisterschaften, die alle zwei Jahre ausgetragen werden, ist das Deutsche Polzeisportkuratorium. In diesem Jahr wurde die Polizeidirektion Göttingen mit der Durchführung beauftragt, welche die Organisation der ortsansässigen Polizeiinspektion Göttingen übertrug. Damit wurden die Deutschen Polizeimeisterschaften in der Leichtathletik nach dem Jahr 1999 zum zweiten Mal in der Universitätsstadt ausgetragen.

Insgesamt traten circa 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Reihen der Polizeien aller Länder sowie der Bundespolizei gegeneinander an. Am Ende der Wettkämpfe stand in 18 Disziplinen bei den Frauen, bzw. 21 Disziplinen bei den Männern fest, wer als Deutsche Polizeimeisterin oder Deutscher Polizeimeister zurück in die Heimat fahren konnte. Für die Polizei Niedersachsen nahmen 30 Sportlerinnen und Sportler an den

Wettkämpfen teil. Mit insgesamt 22 Medaillen führte am Ende die Polizei Bayern die Wertung an.

Zur besten Sportlerin wurde Amelie Lederer aus Bayern gekürt, die mit einer Zeit von 11,76 Sekunden auf 100 Meter 1040 Punkte erzielen konnte. Bester Sportler war Patrick Müller von der Bundespolizei, der im Kugelstoßen mit einer Weite von 18,80 Meter 1049 Punkte erzielte.

Um diesen Einsatz der besonderen Art zu stemmen, brauchte es viele helfende Hände - sowohl im Vorfeld der Veranstaltung, währenddessen und auch im Nachhinein. Insgesamt waren 120 Kolleginnen und Kollegen mit verschiedensten Aufgaben im Einsatz und haben so für eine rundum gelungene Veranstaltung gesorgt.









Fazit.

Mit Sicherheit für Sie da.  
**Mit Sicherheit für Sie da.**

## Schlusswort des Polizeipräsidenten Uwe Lührig

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

der Sicherheitsbericht 2019 hat Ihnen Einblicke in ausgewählte Aspekte unserer polizeilichen Arbeit im letzten Jahr gewährt. Unser Ziel war es dabei, sowohl eine Bilanz der vergangenen Monate zu ziehen als auch konsequent den Blick auf die Zukunft zu lenken.

Ungeachtet der stetig wechselnden und hohen Anforderungen an die moderne Polizeiarbeit, ist es uns auf Inspektions- wie Direktionsebene erneut gelungen, das hohe Sicherheitsniveau in der Region aufrecht zu erhalten. Uns ist es sowohl im Bereich der Verkehrssicherheit als auch bei der Kriminalitätsbekämpfung gelungen, mit aktuellen Entwicklungen Schritt zu halten und auch komplexe Herausforderungen zu meistern.

Dabei sind die genannten Erfolge vor allem der Verdienst der fundierten Expertise und des großen Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Göttingen. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Gleichzeitig verdeutlicht dies die entscheidende Bedeutung der Nachwuchsgewinnung für den künftigen Erfolg der polizeilichen Arbeit. Daher ist es uns ein wichtiges Anliegen, junge Menschen für den Polizeiberuf zu begeistern, indem wir die polizeiliche Arbeit transparent machen und ihre besonderen Vorzüge betonen.

Doch auch darüber hinaus gilt es bereits heute, den Blick auf die Herausforderungen von morgen zu richten und die Weichen für eine sichere Zukunft zu stellen. Nicht zuletzt dieser Sicherheitsbericht macht deutlich, dass wir im Jahr 2019 weitere wichtige Schritte auf diesem Weg gegangen sind.

Dies gilt besonders für den Megatrend „Digitalisierung“, dessen Einfluss auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit stets zunimmt. Durch den erfolgreichen Großeinsatz gegen Betreiber und Nutzer der Website „xplosives.net“ konnten wir zeigen, dass die vermeintliche Anonymität des Internets nicht vor Strafverfolgung schützt.

Neben den Herausforderungen gilt es jedoch auch den Chancen der Digitalisierung die gebotene Aufmerksamkeit zu schenken. Welche Möglichkeiten moderne Technologien beispielsweise für die Ermittlungsarbeit eröffnen können, zeigte im vergangenen Jahr unter anderem die erfolgreiche Kooperation der Polizeidirektion Göttingen mit der Hochschule Mittweida.



Kooperation und Dialog sind zudem ein weiterer wichtiger Aspekt zukunftsfähiger Polizeiarbeit. Dabei sind die Verkehrssicherheitsarbeit, Prävention und viele andere Bereiche bereits heute der beste Beleg dafür, dass in vielen Fällen gute und gewachsene Partnerschaften eine der wichtigsten Stärken der Polizeidirektion Göttingen darstellen.

All diese Aspekte stimmen mich daher auch für das Jahr 2020 sehr zuversichtlich. Deshalb möchte ich Ihnen an dieser Stelle versichern, dass sich die Kommunen und Landkreise, aber auch die Bürgerinnen und Bürger auch künftig voll und ganz auf ihre Polizei als Partner für alle Fragen der Sicherheit verlassen können.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Uwe Lührig'. The signature is written in a cursive style.

Uwe Lührig  
Polizeipräsident  
der Polizeidirektion Göttingen

# ONLINE-WACHE

## Digitale Anzeigenerstattung

#WirBleibenZuhause

### Sind Sie Opfer oder Zeuge einer Straftat geworden?

Dann können Sie Ihrer Polizei **auch über das Internet** einen Hinweis geben oder eine Strafanzeige übermitteln.

Wie das geht, sehen Sie in einem Erklärvideo: **[www.polizei-nds.de](http://www.polizei-nds.de)**.

Der direkte Weg zur Online-Wache:

**[www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de](http://www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de)**

Ihre Polizei Niedersachsen



**RUND UM DIE UHR**

**JEDERZEIT UND ÜBERALL**

In Notfällen ☎ 110



**POLIZEI**  
NIEDERSACHSEN

# Impressum

## Herausgeber

Polizeidirektion Göttingen  
Polizeipräsident Uwe Lührig

Groner Landstraße 51  
37081 Göttingen  
Tel.: +49 (0)551 / 491-0  
www.pd-goe.polizei-nds.de

## Redaktion/ Koordination

Dezernat 01 - Pressestelle

## Layout

Dezernat 01 - Pressestelle

## Bildnachweis

Die abgebildeten Fotos wurden von den Urhebern

- Polizeiakademie Niedersachsen,
- Landeskriminalamt Niedersachsen
- Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes ([www.polizei-beratung.de](http://www.polizei-beratung.de)),
- Pixabay ([www.pixabay.com](http://www.pixabay.com)),
- Polizeidirektion Göttingen sowie nachgeordneten Polizeiinspektionen freigegeben.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch den Herausgeber.

## Druck

Klartext GmbH, Göttingen

### Weitere interessante Links:

#### **Fahndung**

[www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung](http://www.pd-goe.polizei-nds.de/fahndung)  
[www.polizei-nds.de/Fahndung](http://www.polizei-nds.de/Fahndung)

#### **Online-Wache**

[www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de](http://www.onlinewache.polizei.niedersachsen.de)

**!** Denken Sie daran:  
**■** Im Notfall 110 wählen!



**POLIZEIDIREKTION  
GÖTTINGEN**



**ZUVERLÄSSIGKEIT.**

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich.